Nr. 206 Juni '95 DM 7,50 M 3477 F



Offene Märkte - geschlossene Gesellschaft

Die WTO und die neuen Dimensionen im Welthandel

außerdem: **Rwanda** Interview: Hilflose Helfer?
Weltfrauenkonferenz Rückschritte vor Peking
Neue Reihe Diskursverschiebungen nach '89

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866
Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Monika Bierwirth, Stefan Günther, Uwe Jungfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Späte, Bernhard Thill, Sigrid Weber, Udo Wolter.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (06 41) 4 30 71
Redaktionsschluß für Nr. 207:
26.6.1995
Anzeigenschluß für Nr. 207:
(Druckfertige Vorlagen) 10.7.1995
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +7,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Titelfoto: H.G. Schiele

Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt von El Puente bei.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00).

Themenschwerpunkt 207:
Türkei
Die Entwicklung der Türkei findet derzeit starke Beachtung. Das ist kein Zufall. Die Türkei befindet sich nicht nur geographisch an der Schnittstelle zwischen Europa und dem islamischen Raum. Staat und Gesellschaft zeigen heute starke Umbruchs- und Zerfallstendenzen. Gleichzeitig spielt die Türkei eine zunehmend wichtige Rolle in der Politik der USA, der EU und der Staaten Westasiens. Wir widmen den Themenblock bewußt der Türkei und nicht dem Thema Kurdistan, das sonst die Berichterstattung dominiert; nicht zuletzt, weil wir meinen, daß sich auch die Kurdistanpolitik der Türkei nicht verstehen läßt ohne Kenntnis des inneren Zustandes der Türkischen Republik. Innerhalb des Schwerpunktthemas Türkei wird es auch um die türkische Minderheit in Deutschland gehen, vor deren Existenz die Mehrheitsgesellschaft immer noch die Augen verschließt.

Inhaltsverzeichnis:

Keep the Boys Home!

Militärische Lösungen 20 Jahre nach Vietnam

Vor zwanzig Jahren endete der Vietnamkrieg. Meine Generation, die den Krieg neben 'Bonanza' im Wirtschaftswunderwohnzimmer vorbeiflimmern sah, bekam im April 1975 nochmals einen Höhepunkt serviert: Auf dem Dach der US-amerikanischen Botschaft klammerten sich verzweifelte Menschen an einen der letzten Hubschrauber, die zu der wartenden Flotte vor der Küste abhoben. Fast schon symbolisch wirkte der Absturz eines dieser feuerspeienden Insekten, die später in keinem Vietnam-Film fehlen durften, auf das Deck eines Flugzeugträgers.

Die letzte Folge, wenige Tage später, zeigte einen Panzer, der den Parkzaun des Präsidentenpalastes in Saigon niederwalzte. 'Charly', so nannten die GIs ihren Gegner, hatte der Weltmacht Nr. 1 neben dem längsten Krieg in ihrer Geschichte eine Niederlage eingebrockt, die nicht nur Kriegsveteranen noch heute als gesellschaftliches Trauma begreifen.

Zehn Jahre später ist die 'Sozialistische Republik Vietnam' so einsam wie ihre früheren Freunde hierzulande. Vietnamesische Militärs besetzen die Nachbarländer Kambodscha und Laos. Zusätzlich stehen sie in einem Grenzkonflikt mit China. Teile der Bevölkerung fliehen als 'boat people' aufs offene Meer oder schlagen sich als Illegale durchs Land, da die zwangsweisen Umsiedlungsprogramme gescheitert sind und die unsäglichen Lebensbedingungen keine Perspektive bieten. Das Land steht vor einem ökonomischen und politischen Scherbenhaufen. Heute, nach der Öffnung des vietnamesischen Marktes, interessieren sich transnational agierende Manager für den potentiellen 'Nachfolgetiger' mit seinen hochmotivierten, gut ausgebildeten, zudem noch billigen Arbeitskräften. Die sozialistische Partei ist dabei ein hervorragendes Disziplinierungsinstrument.

Im Frühjahr 1995 veröffentlicht ein politisches Fossil seine Autobiographie: Robert S. Mc Namara, US-Verteidigungsminister von 1961- 1968, outet sich in einem Wälzer mit dem Titel: „In Retrospect: The Tragedy and lessons of Vietnam" als penetranter Lügner. Die Buchseiten spucken 'mea culpas' am laufenden Band aus: Sorry Jungs, ihr wurdet als Kanonenfutter verheizt und wir wußten spätestens Mitte der sechziger Jahre, daß die Geschichte, jedenfalls für Euch, in den Abgrund schlitterte. Die 'Dominotheorie' hatte keine reale Grundlage: Napalm, Agent Orange, strategische Wehrdörfer und 'free fire zones' - es war schrecklich. Und Mc Namara war mit seinem schlechten Gewissen mittendrin und konnte gegenüber den Falken vom Generalstab leider nicht deutlich auftreten. Warum nicht? Er hatte nicht vor, die Administration zu denunzieren oder gar auszusteigen. Lieber bastelte er an seiner Karriere, die ihn noch auf den Sessel des Weltbankpräsidenten führen sollte. Es ist zum Heulen - und genau dies passiert auf den Lesungen des Autors.

Auch den letzten kalten Kriegern müßte eigentlich jetzt dämmern, daß die winzige Minderheit der US-amerikanischen Gesellschaft in den 60er Jahren, die dem Chef von Mc Namara trotzig ihr „hey hey LBJ[1], how many kids do you kill today" entgegenschleuderten, recht hatte. Leider ist die Zeitungsmeldung über die Buchveröffentlichung schnell vergessen worden, da nur in die Vergangenheit projiziert wurde.

Dagegen müßten die historischen Schleifen uns doch die Augen öffnen. Planen nicht die bundesdeutsche Regierung und ihr Generalinspekteur Naumann weltweite 'humanmilitärische Einsätze' oder 'robustes peace keeping' mit Hilfe der zur Zeit aufgestellten 'Krisenreaktionskräfte'? Und kennen wir nicht die Argumente von der Möglichkeit, Konflikten mit Kriegen ein Ende zu setzen - selbstverständlich immer im Namen der früheren 'freien Welt' und der heutigen 'zivilen Weltgemeinschaft'?

Militärs können bekanntlich Kriege gewinnen. Den Frieden verlieren sie aber immer. Die Tragik des unbewältigten Sieges traf die Vietnamesen hart, fast so hart wie die unsäglichen Kriegsfolgen, die noch heute zu erkennen sind. Die vietnamesische Gesellschaft blieb weiter unter der Fuchtel der Militärs. Sie hielten weiter ein Bedrohungsszenario aufrecht, das schon lange zusammengebröselt war. Als würde der Krieg weitergehen, mußte die wehrpflichtige Jugend in Südvietnam für drei Jahre zur Armee. Der Aufbau der eigenen Rüstungs- und Schwerindustrie stand an erster Stelle, und der legendäre General Giap forderte 1976 „die schnelle Modernisierung der Armee", obwohl ihm die Amis massig Kriegsspielzeug hinterlassen hatten.

Diejenigen Gesellschaften, die Kriege verlieren und ihr militärisches Potential runterfahren, stehen längerfristig besser da. Die US-amerikanischen Soldaten mußten die Fahne in Saigon einholen. Aber viele gewannen mit den StudentInnen in den Universitäten ein neues Lebensgefühl. Sie bekamen den Blues ins Blut, rissen die miefige Fassade ihrer Eltern ein und hörten Musik: Jimmy Hendrix, die Doors oder die Stones waren der musikalische Ausdruck einer politischen Minorität, die aber kulturell bald Oberwasser bekommen sollte. Der Widerspruch zwischen militärischem Drill und dem Feeling dieser Musik ließ weltweit Generäle verzweifeln.

Auch in Deutschland zersetzte der Rock n' Roll der 'Halbstarken' in den 50er Jahren und der Rock der 'Gammler' der 60er Jahre, neben dem politischen Druck von außen, die 'Schule der Nation'. Auf das preußische Militär, für Generationen von männlichen jungen Deutschen der formende „Sozialkörper" (Klaus Theweleit), konnte vierzig Jahre lang nicht zurückgegriffen werden. Militär und Militärisches war out.

Das ist lange her. Der libertäre Geist der 68er ist verflogen, zwischen Buchdeckel gebannt; heute wird die Zeit von konservativer Seite als Periode des Wertezerfalls gebrandmarkt. Heute kann die Aufstellung von 'Kriseninterventionskräften' dazu genutzt werden, die Freicorps der Weimarer Republik in neuer Aufmachung wiederzubeleben. Arbeitslose Jugendliche mit chauvinsitischen Ambitionen, die sich bisher nur als Wehrsportgruppen in den Wäldern tummeln, stehen bereit. Bald können sie sich wieder unter Schwarz-rot-gold Verdienstkreuze an die Brust heften lassen - und Rock kann inzwischen nicht nur gegen rechts, sondern auch für weißen Rassismus eingesetzt werden.

Dagegen gilt es die historische Lektion zu begreifen: Glaubt nicht Politikern und Militärs, die heute - wie Mc Namara vor dreißig Jahren - von „ausweglosen Situationen" reden, die nur militärisch von außen zu lösen seien!

Wenn sich keine relevante politische Gegenwehr entgegenstemmmt - eine kleine Chance haben wir dazu noch - werden die Jungs bald wieder in aller Welt zu finden sein.

Georg Lutz

Anmerkung:
1) Lyndon B. Johnson, damaliger US-Präsident.

„Die UNO ist zum Kasperletheater geworden"

Internationale Organisationen in Rwanda zwischen Gewinnern und Verlierern

Mitte April kam es in Kibeho, dem größten Flüchtlingslager in Rwanda, zu einem Massaker, bei dem bis zu 8.000 Menschen umgebracht wurden. Verantwortlich für das Massaker waren Truppen der im vergangenen Jahr siegreichen Armee. Soldaten trieben die Flüchtlinge zusammen und schossen dann in die Menge. Über die Situation in Rwanda berichtet Jürgen Schulze*, der das Land vor dem Genozid des letzten Jahres kannte und nun als Mitarbeiter einer Hilfsorganisation Augenzeuge des Geschehens wurde.

Du bist vor vier Monaten für eine Hilfsorganisation nach Rwanda gegangen. Was genau war deine Aufgabe ?

Ich habe als Koordinator für medizinische Projekte gearbeitet. Im Bereich der Nothilfe für intern Vertriebene haben wir mehrere rwandische mobile Teams unterstützt und medizinische Hilfe mit mehrheitlich rwandischen und fünf ausländischen MitarbeiterInnen organisiert. Die medizinische Hilfe für das größte Flüchtlingscamp im Süden und Südwesten Rwandas, das Lager Kibeho, war ein Teil unserer Arbeit. Mitte/Ende Januar lebten dort ca. 75.000 Menschen. Am 17. April, bevor die Lager geschlossen wurden, hat man zwischen 120.000 und 150.000 Leute gezählt.

Daneben gab es ein längerfristiges Projekt, den Aufbau eines Gesundheitszentrums für die lokale Bevölkerung. Ein weiterer Bereich war die Überleitung der Nothilfe in eine langfristige strukturelle Hilfe. Das heißt, die RwanderInnen, die wir in Kibeho ausgebildet haben und die Leute aus den mobilen medizinischen Teams sollten in die langfristige Struktur des Gesundheitswesens der Präfektur eingebunden werden.

Du bist in eine Gesellschaft gekommen, die ein Jahr vorher einen Genozid erlebt hat. Es ist wohl kaum vorstellbar, was es bedeutet, wenn von ca. 7 Mio Menschen zwischen 500.000 und 1 Mio umgebracht wurden. Kannst du beschreiben, wie eine derart traumatisierte Gesellschaft auf dich gewirkt hat?

Als ich angekommen bin, habe ich zunächst gar nichts von dieser Traumatisierung gespürt, zumal ich ein Fremder in dieser Gesellschaft bin. Das alltägliche Leben gestalten die Leute so alltäglich wie möglich. Außerdem wird das Erlebte absolut verdrängt. Ich habe die rwandische Gesellschaft als eine sehr verschlossene Gesellschaft erlebt, die eine Aufarbeitung des Geschehens und der Erlebnisse nicht fördert.

Wie stellte sich das in deiner direkten Umgebung dar?

Wir haben ja mit sehr vielen Leuten zusammengearbeitet, vor allem mit Frauen, und haben festgestellt, daß sie keine Freude zulassen können, daß sie sich schämen zu lachen oder Lebensfreude zu äußern. Erst nach zwei Monaten und einem langen Prozeß der Vertrauensbildung konnten die Leute sich wieder ein wenig Lebensfreude zugestehen. Bei den Frauen hängt es vielleicht auch damit zusammen, daß sehr viele Männer als Flüchtlinge in Zaire sind und Angst haben vor Verfolgung und Mord. Die zurückgebliebenen Frauen sind voller Schuldgefühle. Eine starke Verkrampfung, Verschlossenheit, die fast nicht aufzubrechen ist, ist spürbar. Nur ganz langsam fingen sie dann an zu erzählen. Nach zwei Monaten hat eine Frau zwei Tage lang erzählt, wie sie die Traumatisierungen erlebt hat, wie sie selbst Opfer des Krieges war und jetzt quasi als Hutu darunter zu leiden hat, daß sie und ihre Volksgruppe zu den Tätern gezählt werden.

Kannst du uns erzählen, wie sich das Verhältnis zwischen Tutsi und Hutu in der Zeit deines Aufenthaltes in Rwanda entwickelt hat?

Anfang des Jahres war es klar, daß wir uns in einer Aufbauphase befinden und auch die FPR-Regierung hatte ein Interesse am Aufbau des Landes. Die Regierung war noch nicht sattelfest, ihr Selbstbewußtsein war noch nicht übersteigert. Neben den „alltäglichen" „kleineren" Sachen, daß Leichen in Waldstücken gefunden wurden oder Leute einfach verschwanden, war eine Entwicklung in Richtung einer Entspannung zwischen beiden Gruppen bemerkbar. Viele Hutus dachten, mit dem Wiederaufbau anfangen und die Produktion wieder aufnehmen zu können. Dies war in der Zeit, in der die 'operation retour' relativ erfolgreich war. Viele Leute kehrten aus den Flüchtlingslagern und aus Zaire zurück.

Gegen Mitte bis Ende März wurde dann von der Regierung Stimmung gegen die Lager gemacht. Sie wurden von Paul Kagame[1] massiv als 'Mördercamps' bezeichnet. Auch die Presse lancierte diese Lesart. Am 7. April fing eine Trauerwoche zum Gedenken an die Opfer des letzten Jahres an. Während dieser Zeit gab es dann Demonstrationen gegen UNAMIR (United Nations Assisted Mission for Rwanda), gegen Frankreich - gegen die Anwesenheit der internationalen Gemeinschaft überhaupt. Der wurde vorgehalten, daß sie sich während der Massaker zurückgezogen und tatenlos zugesehen habe. Die Demonstrationen waren auch gegen die aktuelle Anwesenheit der internationalen Hilfsorganisationen gerichtet. Diese wurden beschuldigt, nur den Flüchtlingen und damit den Mördern des letzten Jahres zu helfen. Das Erinnern führte letztlich, dazu, daß Wunden wieder aufbrachen und die Wut sich auch gegen diejenigen richtete, die die vermeintlichen Täter schützten.

Waren diese Demonstrationen organisiert?

Ja, da bin ich mir ganz sicher, zumal ich auch mit hochrangigen Politikern gesprochen habe. Sie wurden von der Regierung lanciert, sind nicht spontan entstanden. Bei einigen z.B. war der Innenminister anwesend. Auf diesen Demonstrationen wurde nicht nur gegen die internaionalen Hilfsorganisationen aufgewiegelt, sondern auch die Spaltung zwischen Hutus und Tutsi wieder vertieft.

* Name von der Redaktion geändert.

Du widersprichst also der These, daß die eigentlichen Stimmungsmacher die Männer aus der Armeeführung waren und die Regierung weiter moderat handeln wollte?

Nun, die Falken sitzen schon eher in der Armee, die Tauben eher in der FPR, also in der Regierungspartei. Beide machen aber hauptsächlich Politik für ihre Klientel, für die, die sie „the survivers" nennen. Ein Begriff, der sich vor allem für einige Politiker aus der FPR nicht allein auf die Ethnie bezieht, sondern auf all jene Kräfte, die in den Friedensverhandlungen von Arusha 1993/94 aktiv oder der FPR freundlich gesonnen waren.
Ein Beispiel: Am 7.April wurde die ehemalige Ministerpräsidentin Agathe Uwiligimana, eine Hutu, die sehr stark zu den Friedensverhandlungen beitrug und die an diesem Tag vor einem Jahr ermordet wurde, feierlich beerdigt. Wie sie wurden ja im letzten Jahr auch viele Hutus umgebracht, die entscheidende Positionen innehatten, z.B Leute aus der Kirche oder Intellektuelle - solche also, die moderate Positionen bezogen hatten, die in der Regel Tutsi-freundlich waren.

Wie kannst Du Dir diesen Stimmungsumschwung seitens der Armee und Teilen der FPR-Regierung erklären?

Dies ist sehr schwer zu sagen - nicht zuletzt deshalb, weil unklar ist, wer in Rwanda tatsächlich die Macht hat. Nur soviel: Der Stimmungsumschwung gegen die UNO wurde zum Teil lanciert, weil die UNAMIR von den FPR-Chefs aus dem Land befördert werden sollte. Die Existenz der Lager wurde als ein wesentlicher Faktor innenpolitischer Destabilisierung erkannt, der für die Anwesenheit der UNO-Organisationen und NRO-Organisationen verantwortlich war.

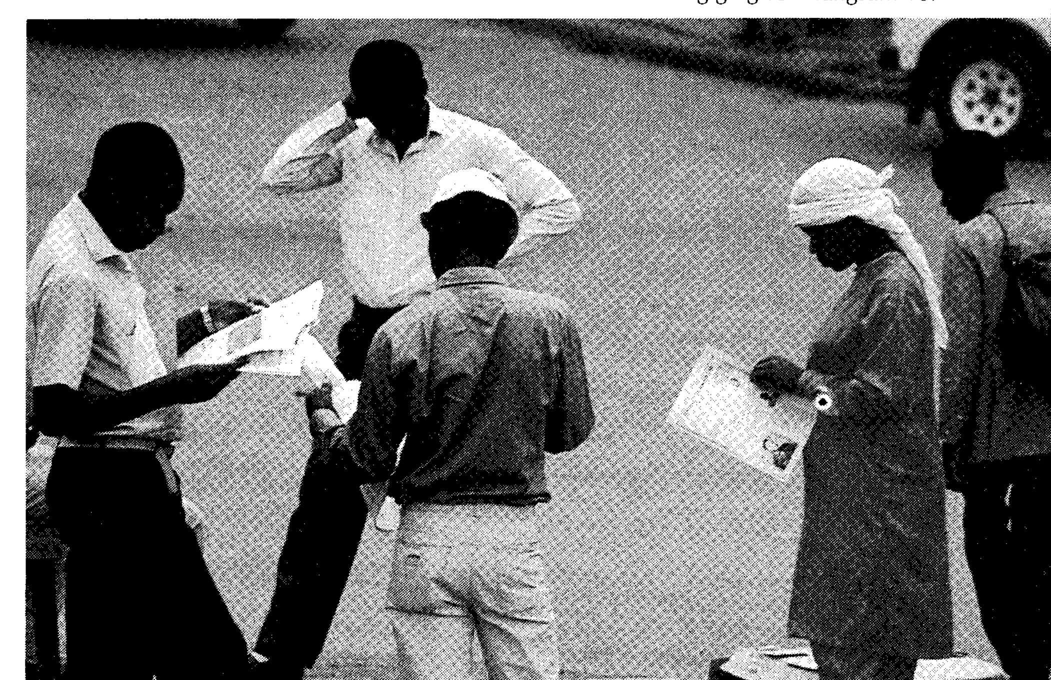
Legitimation war also, daß erklärt wurde, die internationalen Organisationen schützten die Mörder?

Genau. Offiziell wurden UNO-Organisationen als kontraproduktiv für die freie Entwicklung des Landes betrachtet, da sie die Lager versorgen und damit erhalten - inoffiziell wurden sie als Besatzer angesehen. Daher der starke Druck gegen die UNO. Ein hoher FPR-Politiker sagte mir: „Ich differenziere zwischen UNO-Organisationen und den Hilfsorganisationen, die für das Land da sind. Und diese Differenzierung erwarte ich nicht von dem einfachen Mann von der Straße". Dies war eine unverhohlene Drohung gegen die UNO. Daß diese Stimmung zum Selbstläufer wird, daß sie umschlägt in eine Stimmung gegen sämtliche muzungus (Weiße), war ihnen klar. Jedenfalls gerieten nun auch die Hilfsorganisationen unter Druck: Immer wieder werden Leute überfallen, bedroht, vor allem von den Militärs.
Möglicherweise hängt diese Stimmung gegen die Weißen aber auch mit der jahrzehntelangen Abhängigkeit des Landes von der Entwicklungshilfe zusammen: Rwanda war das El Dorado für zahllose „Hilfs"projekte vor allem aus den europäischen Staaten. Diese haben im Land wahrscheinlich auch ein Gefühl erzeugt, selbst irgendwie nicht fähig zu einer eigenständigen Entwicklung zu sein - ein Gefühl, von dem man sich nun vielleicht zu befreien sucht.

Kannst du die Entwicklung bis hin zu dem Massaker und eure Rolle in der Hilforganisation dabei darstellen?

Uns war klar, daß die Camps geschlossen werden sollten und wir als humanitäre Hilfsorganisation befürworteten das auch. Seit Ende März/Anfang April wurde eine sogenannte „option 6" besprochen, die vorsah, mit dem kleinsten aller Camps im Süden, dem Camp Kamana mit 22.500 Einwohnern zu beginnen. Das Camp sollte umstellt werden, damit die Leute nicht in andere Camps abwandern können. Die kleinen Märkte sollten geschlossen, die Nahrungsmittellieferungen eingestellt und die Flüchtlinge dazu gebracht werden, an einem sogenannten „screening" teilzunehmen. Dabei sollten zum einen die Personalien und der Herkunftsort festgestellt werden, damit die Leute dann dahin zurückgebracht und wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden konnten. Zum anderen sollte durch dieses „screening" auch festgestellt werden, was sie während des Krieges gemacht haben, um die Mörder des letzten Jahres zu identifizieren. Ein Knackpunkt der Verhandlungen war natürlich, wer diese Identifizierung vornimmt, wobei das Militär diese Rolle klar für sich in Anspruch genommen hat. Am 17. April ist es zwischen UNO-Organisationen und der Regierung zu einem Einverständns über diese „option 6" gekommen. Sie wurde dann vertraglich festgelegt.

Am 18. April um fünf Uhr morgens wurden ganz entgegen diesem Vertrag die drei größten Camps geschlossen, eben Kibeho mit 150.000 Einwohnern, Ndago mit 45.000 und Munini mit 30.000 Einwohnern. Bei den Leuten wurde eine Massenpanik ausgelöst, indem von allen Seiten geschossen wurde. Sie wurden auf zentrale Hügel zusammengetrieben, so eng, daß sie noch nicht mal ihre Notdurft in einer menschenwürdigen Art verrichten konnten. Sie bekamen fünf Tage lang kein Wasser, keine Nahrungsmittel. Dabei liegt das Gebiet in einer Höhe von ca. 2.000 Metern und da die Regenzeit auf ihrem Höhepunkt und es sehr kalt war, wurden die Menschen natürlich krank. Das screening ging sehr langsam vor sich, so daß nur wenige Tausende pro Tag das Lager verlassen konnten.



Der Alltag in Kigali kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Spannungen zischen Gewinnern und Verlierern wieder anwachsen.

Standen die UNO-Truppen dem Geschehen hilflos gegenüber oder gab es Versuche zu intervenieren?

Solche Versuche gab es. Am dritten Tag wurde dadurch eine Wasserlieferung von eineinhalb Litern pro Person und Tag zugestanden...

Die UNO beschränkte sich also auf Verhandlungen etwa um die Wasserrationen. Sie hatte demnach keine Möglichkeiten, grundsätzlich zu intervenieren?

Die UNO hatte kein Mandat. Eine Reihe von UNO-Organisationen haben immer wieder versucht zu verhandeln, um die Lebenssituation der Leute zu verbessern. Es gab auch von höherer Seite Druck, aber man muß ganz klar sehen: Die UNO ist verarscht worden. Nach wochenlangen Verhandlungen um eine halbwegs humane Schließung der

Camps ist diese menschenverachtende Aktion herausgekommen. Die UNO wurde hingehalten, es wurden leere Versprechungen gemacht. Die UNO ist letztlich zum Kasperletheater verkommen.

Wie ging es dann weiter?

Entgegen vielen Darstellungen in BBC und der englischsprachigen Presse ist dann am 22.April ohne Vorwarnung von Seiten der APR das Camp gewaltsam aufgelöst worden. Es gab ein Massaker und es war offensichtlich, daß es keine Provokation seitens der Campbewohner gegeben hatte. Die Menschen wurden wie Vieh zusammengetrieben, wobei sie sich gegenseitig totgetrampelt haben und die APR-Soldaten schossen lachend in die Menge.

Sind jetzt alle Flüchtlingslager in Rwanda aufgelöst?

Mittlerweile ja.

Ist die Lagerbevölkerung tatsächlich in ihre Dörfer zurückgekehrt?

Ja, sie sind über Umwege in ihre Dörfer zurückgekehrt. Auf dem Weg sind aber immer wieder Leute zu Tode gesteinigt worden oder durch andere Rachemaßmnahmen von Armee und Zivilisten zu Tode gekommen. Im Land herrscht eine immense Rechtsunsicherheit, ständig verschwinden Leute, werden ohne Angaben von Gründen abgeholt.

Die Rechtsunsicherheit ist meiner Ansicht nach politisch gewollt. Beispielsweise gibt es keine Regelung für Landrechtsfragen: Wenn Leute jetzt auf ihr Land zurückkehren wollen, kann es sein, daß es schon besetzt ist und es reicht eine Denunziation aus, um mißliebige Leute abzuschaffen. Es existieren keine Mechanismen, Leute zu schützen, die denunziert werden. Der Justizminister, die Richter und Rechtsanwälte im Land haben noch keinerlei Möglichkeiten. Diese politische Entscheidung ist, denke ich, dazu gedacht, den Siegern und den Kriegsgewinnlern die Möglichkeit der Rückkehr und der Etablierung zu geben, Fakten zu schaffen. Und wenn diese Fakten mal geschaffen sind, wird das Rechtssystem langsam wieder etabliert.

Wir haben im Laufe dieses Gesprächs den Konflikt weniger anhand der ethnischen Linien analysiert, sondern vielmehr über Gewinner und Verlierer gesprochen. Wie siehst du die Frage der „ethnischen" Konflikte?

Mich ärgert die Sichtweise, den Konflikt zu einem zwischen Hutu und Tutsi zu machen. Zum einen, weil die Menschen gezwungen werden eine ethnische Identität anzunehmen. Zum anderen finde ich es angemessener, wenn man ihn als einen zwischen Verlierern und Gewinnern betrachtet. Auf beiden Seiten gibt es Gewinner und Verlierer. Ehemalige Opfer, die überlebt haben, werden von den eigenen Leuten zu Tätern gemacht, weil sie überlebt haben. Oder Hutus, die Tutsis geholfen haben, werden jetzt als Täter bezeichnet.

Man kann auch nach den Ereignissen, d.h. der brutalen Räumung des Hutu-Lagers durch die Tutsi-Armee nicht sagen, daß die Tutsis jetzt die „Bösen" sind. Es gibt viele Tutsis, die dieser Gewalt hilflos gegenüberstehen, die Angst haben vor dieser Gewalt und sich in ihrem Aufbauprozeß gestört fühlen. Angehörige beider Gruppen fürchten, daß es nicht zu einer Befriedung kommt. Deswegen finde ich es verkehrt, daß man weiterhin mit Ethnisierungsargumenten diskutiert.

Kannst du uns aus deinen persönlichen Erfahrungen das Verhalten der Gewinner darstellen?

Ich habe das Verhalten der Gewinner in Butare mitbekommen. Dort hat man den Umschwung der Stimmung sehr stark bemerkt. In der Zeit der Trauerwochen, fing die Universität wieder an zu arbeiten, einige tausend Studenten haben sich eingeschrieben. Nun ist dort eine Zweiklassengesellschaft entstanden. Ein Hutu-Student berichtete mir, daß er nicht alle Vorlesungen besuchen kann. Er könne nicht in Ruhe studieren und müsse extra für die Vorlesungen bezahlen. Die Tutsi führen sich in der Stadt wie Besatzer auf. Die Stimmung in der Stadt wurde auf Seiten der Sieger immer aggressiver. Hutus sollen nicht mehr an Entscheidungsprozessen teilnehmen, sie werden systematisch ausgegrenzt.

Was für eine Perspektive gibt es in einer solchen Situation für Hilfsorganisationen?

Jetzt müssen alle Hilfsorganisationen neu überlegen. Daß man humanitäre Hilfe leisten muß, auch in dieser Situation, ist klar, auch wenn es für viele nicht einfach ist. Es gibt großen Bedarf an humanitären Überlebenshilfen, zum Beispiel an Nahrungsmittelhilfen bis zur nächsten Erntezeit. Auf der anderen Seite muß man sehen, daß dieser Konflikt weitergehen wird und daß von einer Nachkriegssituation noch keine Rede sein kann. Langfristige Projekte können noch nicht initiiert werden, weil dazu die Voraussetzungen fehlen. Es gibt noch zu viele Unbekannte in der Entwicklung Rwandas: Ob etwa die 1,2 Mio Flüchtlinge in Zaire, die zum Teil militärisch ausgebildet werden, in der „operation retour" friedlich zurückgehen werden oder gewaltsam, ist unklar. Das gilt auch für 600.000 Flüchtlinge in Tansania.

Mit unserer Präsenz müssen wir als internationale Hilfsorganisation zweierlei Signale geben: einmal an die Regierung, daß internationale Organisationen im Lande sind, die für bestimmte Ziele arbeiten wollen; und zum anderen an die Bevölkerung, daß wir sie nicht alleine lassen, daß wir bestimmte Vorstellungen von Humanität und Menschenrechten haben, für deren Einhaltung wir eintreten ...

Womit ihr euch jedoch zwischen die Fronten stellt: Wenn ihr den Verlierern zur Seite steht, steht ihr dann nicht den Siegern im Weg?

Wir stehen sicherlich immer auf der Seite der Verlierer, ob das nun Hungernde sind oder Flüchtlinge. Wir probieren, denen unsere Solidarität zu vermitteln. Wir wollen aber gleichzeitig keine Feindschaft zur Regierung aufbauen.

Dies ist nun genau der klassische Kritikpunkt, den sich die Hilfsorganisationen immer wieder anhören müssen: Sie betonen zwar, daß sie auf Seiten der Verlierer stehen, in der praktischen Arbeit sind sie aber immer wieder auf eine Zusammenarbeit mit der Regierung angewiesen. Macht man mit solchen Verhandlungen unterdrückende Regierungen nicht hoffähig?

Dies berührt die grundsätzliche Frage danach, wer die Macht im Lande hat und das kann man derzeit nicht sagen. Man kann nicht sagen, die FPR oder die APR hat die Macht - die Situation ist unklar. Und wenn die BRD und die EU die Gelder streichen, befürchten einige, daß jetzt den Falken in die Hände gespielt wird, weil die Tauben keine Mittel mehr haben. Auf der anderen Seite denke ich, daß eine Konditionierung von Mitteln notwendig ist.

Vor diesem Hintergrund muß die Aufgabe der Organisationen im Land, die trotz der Ereignisse in Kibeho nicht aufgeben wollen, darin bestehen, zu schauen, wie die bestehenden zivilen Kräfte unterstützt und gestärkt werden können, um aus dem Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt herauszukommen. Unter zivilen Kräften sind dabei zum einen die moderaten Kräfte in den politischen Kreisen zu verstehen. Teile in der Regierung denken sehr konkret über den Wiederaufbau des Landes zwischen einer Exportorientierung und der Gefahr erneuter Abhängigkeit nach. Weiterhin gilt es aber vor allem auch jene zu unterstützen, die versuchen, mit kleinen Ansätzen Veränderungen beizuführen. Hier geht es vor allem um Projekte und Initiativen, die den Menschen helfen, das Erlebte zu verarbeiten und versuchen, einen Versöhnungsprozeß in Gang zu bringen.

Das Gespräch führten Jochen Müller und Georg Lutz am 18. Mai.

Anmerkung:

1) Paul Kagame war Führer der im vergangenen Jahr siegreichen Truppen der FPR. Jetzt ist er Vizepräsident und Chef der rwandischen Armee, APR (Armée Patriotique Rwandaise). Momentan deutet in Rwanda vieles auf eine Differenz zwischen Hardlinern im Militär und moderateren Kreisen in der FPR hin. In der FPR waren seit jeher auch Hutus vertreten, wie etwa der derzeitige Präsident des Landes, Bizimungu.



Der lange Marsch nach Peking

Frauenpolitische Rückschritte vor dem Gipfel

Anfang September findet in Peking die 4. Weltfrauenkonferenz statt. Die Septemberausgabe der blätter wird sich der Konferenz mit einem Themenschwerpunkt widmen. Der folgende Beitrag ist ein Versuch, die Mammutveranstaltung im UN-Gipfel-Zirkus einzuordnen und ihre politischen Vorzeichen zu deuten.

Zur Erinnerung: Die Jahre 1975-85 deklarierten die Vereinten Nationen zur Frauen-Dekade; drei Weltfrauenkonferenzen fanden statt: 1975 in Mexiko, 1980 in Kopenhagen, 1985 in Nairobi.

Während dieser Dekade standen zuerst Frauenbewegungen im Norden im Zenit, dann Frauenbewegungen im Süden. Sie machten den Regierungen Druck von unten, und gleichzeitig kam Druck von oben durch die UN, die Dekade und Konferenzen. Diese Konstellation wirkte als Motor für Frauenpolitik: Regierungen richteten Frauenbüros und -ministerien ein, begannen Frauenförder- und Gleichstellungsprogramme, änderten frauenfeindliche Gesetze und führten Antidiskriminierungsparagraphen ein - alles unzureichend und kritikabel, aber es wurde frauenpolitisch gehandelt.

Auf den drei NGO-Foren 1975, 1980 und besonders 1985 konstituierte sich eine (neue) internationale Frauenbewegung. Die politisch nachhaltigsten Themen und Ereignisse der Foren waren:

- Die Feststellung: Jedes Thema ist ein Frauenthema. Frauen beschränken sich nicht auf sogenannte Frauenthemen.
- Die neue westliche Frauenbewegung brachte ihren zentralen Slogan ein: Das Private ist politisch. In Nairobi konnte ein Konsens darüber hergestellt werden, daß das Thema Gewalt ein gemeinsamer Nenner von Frauen weltweit ist.
- Frauen des Südens stellten in Nairobi ein neues Paradigma von Entwicklung vor. Motto: Wir wollen kein größeres Stück vom vergifteten Kuchen, wir brauchen eine andere Entwicklung, die sich an Grundbedürfnissen orientiert, nicht nur an Wirtschaftswachstum und Weltmarkt. Als Strategie zur Annäherung an eine Feminisierung der Entwicklung forderten sie 'empowerment', Machtbildung für Frauen, damit sie Entscheidungs- und Gestaltungsmacht für eine frauengerechtere Entwicklung gewinnen.
- Das Thema Umwelt wurde aufgegriffen und nun auch ganz stark von Frauen aus dem Süden als Entwicklungsproblem und als Frauenproblem definiert.
- Interkontinentale Netzwerke wurden geknüpft.

Die auf der 3.Weltfrauenkonferenz in Nairobi verabschiedeten Zukunftsstrategien wurden als 'Blaupause der Emanzipation' und als 'Katechismus der Frauenförderung' gefeiert. Als die UN 1989 eine Zwischenbilanz über ihre Implementierung ziehen wollten, beantworteten nur 30 Regierungen den entsprechenden Fragebogen - eine grandiose Demonstration politischen Desinteresses.

Das politische Rollback vor dem Hintergrund einer allgemeinen konservativen Wende ist der Pendelschlag gegen die Frauenbewegungen und frauenpolitische Fortschritte. Heute sind die meisten nationalen Frauenbewegungen zersplittert, entkräftet oder durch existentielle Bedrohungen wie Wirtschaftskrisen und diverse Fundamentalismen gelähmt. Dadurch hat der politische Druck von unten auf die Regierungen nachgelassen.

Im selben Zeitraum sind jedoch die interna-

tionalen Netzwerke erstarkt. 1991 bei den Preplans für UNCED stellten Frauen aus solchen Netzwerken fest, daß Frauen in den Entwürfen für die Agenda 21 so unsichtbar waren wie vor der Frauendekade. Deshalb veranstalteten sie einen Kongreß, um eine eigene frauenpolitische Position zu formulieren. Dies geschah in Miami mit der Frauen-Agenda-21, die die zentrale Forderung nach einer neuen Ethik des Wirtschaftens, des Produzierens und Konsumierens enthielt.

Netzwerke und Papiertigerinnen

Auf dem Global Forum in Rio präsentierten sich die Frauen mit ihrem Zelt 'Planeta Femea' als bestorganisierte Gruppe in der nicht-staatlichen Szene und verstärkten bei der Konferenz ihre Lobbyaktivitäten. Resultat war, daß die Leistungen von Frauen bei Ressourcennutzung und -schutz sowie ihr Wissen darüber anerkannt wurden. Natürlich gelang es nicht, die Forderung nach einer ethischen Umorientierung von Politik und Wirtschaft gegen die technokratischen Ansätze durchzusetzen.

Seit der Rio-Konferenz haben die Frauen ihr Lobbying perfektioniert, generalstabsmäßig professionalisiert und eine neue Spezies von Frauenpolitikerin geschaffen: die NGO-Berufslobbyistin. Mit der Frauenbewegung oder deren Relikten an der Basis hat dieses Lobbying so gut wie nichts mehr zu tun. Damit ist eine neue abgehobene Ebene frauenpolitischer Aktion und feministischen Spezialistinnentums etabliert: die Papiertigerinnen in den Eingangshallen der Vereinten Nationen. Der frauenpolitische Druck auf die Regierungen hat sich so zu einem entscheidenden Teil von der Basis in den einzelnen Ländern auf eine Mezzoebene im Kontext der UN-Konferenzen verschoben.

Auch auf der Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien und auf der Bevölkerungskonferenz 1994 in Kairo waren Frauen die eindrucksvollste und eine äußerst durchsetzungsfähige Lobbygruppe. In Wien brachte ihnen das die Anerkennung privater Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung. Das war ein Erfolg, weil damit dem Diktum der Frauenbewegung, daß das Private politisch ist, recht gegeben wurde.

Vor Kairo hatten Frauen wieder ein eigenes Konzept formuliert, das von reproduktiven Rechten und reproduktiver Gesundheit, und dies tatsächlich auch durch massives Einmischen bei der letzten PrepCom in den Aktionsplan eingebracht. In Kairo stand dann das ganze NRO-Forum unter dem Vorzeichen des Lobbying. Damit erhielt es eine neue Qualität: Es war nicht mehr Gegenveranstaltung zur offiziellen Konferenz, wie sich NRO-Foren früher verstanden hatten. Es war kaum noch Kritik- und Kontrollinstanz, sondern Zulieferbetrieb zur Regierungskonferenz. Inhalte und Sprache waren gleichgeschaltet und nicht mehr unterscheidbar. Den Aktionsplan von Kairo feierten Frauen schließlich als „unser Dokument" und als Sieg ihres Lobbying. In Kairo zogen die Lobbyistinnen auch ihren Schluß aus den Erfahrungen von Rio: Es reicht nicht, sich bei den Vorverhandlungen und den Konferenzen selbst einzumischen, vor allem das Monitoring nach den Konferenzen ist wichtig; Kontrollmechanismen müssen installiert werden. Also riefen die Lobbyistinnen ein 'Kairo-Watch' ins Leben. Dieser massive Aufwand vor, während und nach den Konferenzen bindet immer mehr Kräfte und frauenpolitische Aufmerksamkeit und zieht Arbeitskapazitäten von der Basis ab.

Das Lobbying hat zum einen dazu beigetragen, daß kritische Begriffe aus der Frauenbewegung sich nun in sämtlichen UN-Dokumenten wiederfinden, allen voran das durch technokratisches Weich- und Wiederkäuen powerlos und unkritisch gewordene Modewort des 'empowerment'. Zum zweiten haben auch Ansätze aus der Frauenbewegung in die Politikkonzepte verschiedener UN-Organisationen Eingang gefunden, so z.B., Frauen nicht nur als Opfer zu sehen. Ausschlaggebend hierfür war die Debatte über Menschenrechte für Frauen. Sie werden nun weniger als Bedürftige, sondern vielmehr als Subjekte und Akteurinnen, vor allem aber als Trägerinnen eines Rechtsanspruchs wahrgenommen. Auf diesem Hintergrund definiert sich Frauenpolitik als Maßnahmenbündel, das der Einlösung von Menschenrechten von Frauen dient.

Peking und die neue Sachlichkeit

Gertrude Mongella, die tansanische Generalsekretärin der 4. Weltfrauenkonferenz, betont unermüdlich, daß die Vorzeichen für diese Konferenz völlig anders stehen als bei ihren Vorläuferinnen. Die ersten drei Weltfrauenkonferenzen hatten sich den Vorwurf der „Politisierung" eingehandelt, weil sie von Konflikten über Apartheid, Zionismus, Imperialismus und die Weltwirtschaftsordnung dominiert wurden. Aufgrund der veränderten globalen Politikkonstellationen hofft die Generalsekretärin nun auf sachorientierte Debatten von Frauenfragen, die sich nicht in außenpolitischem Gerangel verausgaben. Peking wünscht sie sich als Wendepunkt für politisches Handeln; Analysen gäbe es genug. Auch Konflikte mit Männern stehen laut Mongella in Peking nicht auf der Tagesordnung. Kooperation statt Konfrontation sei angesagt. Den Streit mit Männern hält sie für eine feministische Verirrung der siebziger Jahre.

Die Vorbereitungscrew um Gertrude Mongella weiß nur zu gut, daß die Konferenz angesichts wirtschaftlicher Krise und frauenpolitischem Rollback eine auf Jahre hin einmalige Chance bietet, öffentliche Aufmerksamkeit und finanzielle Mittel für Frauenbelange zu mobilisieren.

Am jetzt (der Beitrag entstand noch vor der 3. PrepCom in New York; zu den dortigen Diskussionsschwerpunkten s. Kasten) vorliegenden Entwurf für die Aktionsplattform von Beijing lassen sich m.E. einige grundlegende politische Tendenzen ablesen. Gleichheit, Entwicklung und Frieden sind seit der 1. Weltfrauenkonferenz als Dachthemen beibehalten. Neu ist die thematische Untergliederung der Aktionsplattform in elf „Problemfelder", in denen frauenpolitische Maßnahmen in den kommenden Jahren greifen sollen. Menschenrechte von Frauen, Gewalt gegen Frauen und Umwelt - drei Themen, die in den Zukunftsstrategien von Nairobi nur kurz angesprochen, aber nicht ausgeführt wurden - sind eigenständige Problemfelder.

„Action now" statt Analyse

Die Generalsekretärin Mongella setzte das Thema Armut ganz oben auf die Prioritätenliste, und zwar gegen das Votum der im Vorbereitungsprozeß stark vertretenen US-Amerikanerinnen für Gleichheit in Macht- und Entscheidungsstrukturen. Zwei der fünf regionalen Vorbereitungskonferenzen gaben ihr recht: Die afrikanische und die asiatische betrachteten Armut ebenfalls als Problem Nummer eins. Das ECE-Vorbereitungstreffen behandelte Menschenrechte für Frauen als oberste Priorität, das arabische Treffen Partizipation an Macht- und Entscheidungsstrukturen, das lateinamerikanische die Gleichstellung. Im ECE-Dokument ist das Thema 'Frauen beim Umweltschutz und Ressourcenmanagement' im 'wirtschaftlichen Beitrag' von Frauen verdunstet. Die asiatische Konferenz hat dieses Thema dagegen, vor allem auf Drängen der Frauen aus der pazifischen Region, die unter den lebensbedrohenden Folgen nuklearer Tests leiden, auf ihrer Prioritätenliste weit nach oben gerückt.

Mongellas pragmatischer Ansatz - keine Analyse, sondern „action now" - reflektiert sich in der Struktur der Aktionsplattform. Ihre Stärke liegt in der Vielzahl von Handlungsempfehlungen, die sie an konkrete Adressaten wie z.B. Zentralbanken, Finanzinstitute und Wirtschaftsministerien richtet. Die zusammenfassende Bilanz des letzten Jahrzehnts ist dagegen kurz, oberflächlich und wenig analytisch. Deutlich spiegelt sie das Bedürfnis nach Konfliktvermeidung. Begriffe wie Imperialismus, Ausbeutung, Machtpolitik, die im Dokument von Nairobi ebenso geläufig wie umstritten waren, kommen nicht mehr vor. Seit dem Ende der Apartheid scheint es überhaupt keinen Rassismus auf dieser Welt mehr zu geben. Von der Ungerechtigkeit der Weltwirtschaftsordnung ist nicht mehr die Rede. Der politische 'Backlash' und die verschiedenen Fundamentalismen werden nicht erwähnt. Kein

Fordern und Vergessen

Auf dem dritten offiziellen Vorbereitungstreffen für die Pekinger Weltfrauenkonferenz in New York wurden von Regierungen und NROs verschiedene Schwerpunkte kontrovers diskutiert und zum Teil beschlossen.

■ Die Post-Peking Action ist eine gemeinsame Vision. Keine Konferenz klangvoller Rhetorik zur Gleichheit von Mann und Frau, sondern konkrete Handlungszusagen, institutionelle und finanzielle Festlegungen verlangen die Lobbyistinnen. Sie griffen den Vorschlag Australiens auf, Peking zu einer „Konferenz der Zusagen" zu machen. Obwohl der Ruf nach Rüstungskonversion beim Weltsozialgipfel auf taube Ohren stieß, fordern die NRO-Frauen weiterhin einen Abbau der Militärausgaben um jährlich fünf Prozent zur Finanzierung von Frauenförder- und Antidiskriminierungsprogrammen.

■ Die ökonomischen Rahmenbedingungen, die verantwortlich sind für die Benachteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen, sind in der offiziellen Aktionsplattform nicht analysiert. Schon bei den regionalen Vorkonferenzen hatte sich gezeigt, daß es zunehmend schwieriger wird, das zu thematisieren, was in Zukunftsstrategien der letzten Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi noch klar benannt wurde: globale Strukturen wirtschaftlicher und politischer Macht.
Die Industrienationen möchten sich über Strukturanpassung, Verschuldung und Neoliberalismus, die wachsende Bedeutung transnationaler Unternehmen und multilateraler Finanzinstitutionen ausschweigen. Die Regierungen des Südens wollen Strukturanpassung und Schuldenlast wieder einmal auf die Tagesordnung setzen. NRO-Frauen gehen noch einen wesentlichen Schritt darüber hinaus: Sie hinterfragen das gesamte Entwicklungsmodell mit seinem Primat von Wirtschaftswachstum und Profit. Einen grundsätzlichen Widerspruch sehen sie darin, einerseits von menschen- oder gar frauenzentrierter Entwicklung zu sprechen - wie die offizielle UN-Rhetorik dies inzwischen im Anschluß an UNDP und dessen Orientierung auf human development tut -, andererseits aber an den Prinzipien des globalen freien Marktes, seinen Regel- und Sanierungsmechanismen festzuhalten. Empowerment für Frauen zu fordern, aber Macht und Interessen auf globaler und nationaler Ebene nicht in Frage zu stellen, ist für sie ein Paradoxon.

■ Die Forderung nach Anerkennung unbezahlter Frauenarbeit stößt erneut auf mehr Gleichgültigkeit als Unterstützung. Eine Neubewertung von Arbeit und Neudefinition von Produktivität wurden bereits in den Zukunftsstrategien der 3. Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi gefordert. Doch bis heute wird unbezahlte Arbeit nicht in Wirtschaftsstatistiken gezählt. Und beim Zugang zu existenzsicherndern Vollzeitjobs sind Frauen nach wie vor benachteiligt.

■ Die unheilige Allianz von Vatikan und einigen islamischen Regierungen bemüht sich erneut, reproduktive und sexuelle Rechte von Frauen zu verwässern. Unterstützt werden sie auch von einigen muslimischen Frauen-NGOs. Dies geschieht im Namen der Familie, genauer der patriarchalen Familie, denn anderen Familienformen wird die Anerkennung verweigert. Vor allem Frauen aus der Karibik verlangen dagegen volle Achtung für von Frauen geführte Familientypen. Lesben protestieren heftig dagegen, daß ihnen ein Recht auf selbstbestimmte Sexualität und Lebensweise verweigert wird. Kein Kapitel der Aktionsplattform wurde denn auch so kontrovers diskutiert wie das Gesundheitskapitel. Außerdem ließ die katholische Fraktion den Begriff „gender", der im Englischen die soziale Konstruktion und Veränderbarkeit von Geschlechterrollen meint, im ganzen Dokument in Klammern setzen und forderte, ihn durch „sex", als biologische Kategorie zu ersetzen.

■ Der Focus auf Menschenrechte im feministischen Diskurs markiert einen frauenpolitischen Paradigmenwechsel. Frauen treten nicht mehr als Bittstellerinnen gegenüber Staat und Gesellschaft auf, sondern als Trägerinnen eines Rechtsanspruchs. Daß Menschenrechte auch Frauenrechte sind, ist jedoch heute genausowenig global sense wie 1993 bei der Menschenrechtskonfernez in Wien. Die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte wird vor allem von China immer neu in Frage gestellt. Der Vatikan, einige katholische und islamische Regierungen sprechen vom Schutz der „Würde" der Frauen, wenn sie ihnen Rechte vorenthalten wollen. Der Iran fordert dann stets gleichwertige (equal) Rechte.

■ Rechte und Schutz von Migrantinnen, Flüchtlingsfrauen und indigenen Frauen müssen garantiert weden. „Inklusion" statt Ausschluß ist das Schlüsselwort. Obwohl Rassismus überall als wirkungsvoller Ausgrenzungsmechanismus funktioniert, vermittelt die Aktionsplattform den Eindruck, als gäbe es seit dem Ende des südafrikanischen Apartheidsregimes keinen Rassismus mehr auf diesem Globus.

C.Wichterich
(leicht gekürzt aus: epd-Entwicklungspolitik, 9/95)

kritisches Wort wird über Marktwirtschaft, Neoliberalismus und GATT verloren, obwohl Frauenorganisationen aus dem Süden dies fordern. Im Gegenteil: Implizit setzt die Plattform - neben der Hoffnung auf Teilhabe an der Macht - auf die Marktmechanismen als Schlüssel zur Veränderung der Frauensituation.

Die Gliederung in Problemfelder ist Indikator dafür, daß das Problembewußtsein sowohl differenzierter als auch komplexer geworden ist. Dieses Gliederungsprinzip und die explizite Orientierung auf Handlungsempfehlungen spiegelt aber auch die allgemeine Tendenz wider, Debatten über politsche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen auszuweichen und über eine Politik der kleinen machbaren Schritte die notwendigen Stukturveränderungen aus dem Blick zu verlieren. Dies wird verstärkt durch den propagierten menschen- bzw. frauenzentrierten Ansatz von Entwicklung - eine Orientierung auf die individuelle Ebene. So fällt auf, daß zwar immer mehr von 'empowerment' der Frauen die Rede ist, aber immer weniger von Macht und Interessen im globalen und nationalen Maßstab.

In vielen Punkten fällt der Entwurf hinter Dokumente bisheriger UN-Konferenzen zurück. Die Forderung der Zukunftsstrategien von Nairobi, daß unbezahlte Frauenarbeit in Wirtschaftsstatistiken aufzunehmen und in ihrer ökonomischen Bedeutung zu würdigen ist, ist unter den Tisch gefallen. Ebenso fehlt im Gesundheitskapitel die Festschreibung reproduktiver Gesundheit, vor allem aber reproduktiver Rechte, so wie dies im Aktionsplan der Bevölkerungskonferenz von Kairo geschehen ist. Die Probleme von Asylantinnen, Migrantinnen und indigenen Frauen sind völlig unterbelichtet.

Auf Lobbyismus folgt Ausschluß

Frauenpolitisches Rollback und Backlash finden nicht nur in anderen Ländern statt sondern auch hier in Deutschland. Mittelkürzungen für Frauenförderung in der Entwicklungszusammenarbeit werden absehbar unvermeidbar sein. Frauenhäuser, ABM-Stellen in Frauenprojekten, Gleichstellungsstellen, um gar nicht erst von Kindergärten zu sprechen - da hat der Rotstift bereits heftig gewirbelt. Wie Schuppen fiel es mir aber auch von den Augen, als ich kürzlich das Memorandum von führenden entwicklungspolitischen NGOs zu Rettung des BMZ sah: Nur männliche Unterzeichner, keine einzige Frauenorganisation war beteiligt. Wir leben wahrlich in einem Entwicklungsland. Das Thema Frauen und Ökologie hat nach Rio einen gigantischen Absturz im frauenpolitischen Interesse erlebt. Es findet derzeit in der hiesigen Frauenbewegung kaum Beachtung, und auch die internationale Frauenbewegung und Lobbyfraktion scheint inhaltich und politisch auf der Stelle zu treten. Diese Talfahrt in der öffentlichen Aufmerksamkeit reflektierte sich auch im nationalen Vorbe-



Die reproduktiven Rechte der Frau - kein Thema in Peking

reitungsprozeß für Peking. Da richtete das Frauenministerium themenspezifische Arbeitsgruppen ein. Umwelt war nicht dabei, obwohl dies kurz nach der Rio-Konferenz festgelegt worden war. Auf Druck von Frauen aus Verbänden und engagierten Expertinnen wurde dann doch noch eine AG Frauen und Umwelt etabliert. Der nationale Bericht der Bundesregierung für Peking enthält nicht einmal das Wort Umwelt, geschweige denn geht er auf die Thematik ein.

Dabei war der Anfang vielversprechend: Ministerin Merkel berief schon 1992 ein Nationales Vorbereitungskomitee (NVK) ein und setzte damit eine vor der Rio-Konferenz begonnene Tradition fort. Die zusätzliche Einrichtung von zwölf Arbeitsgruppen versprach, der Frauenbewegung Tribut zu zollen und den nicht-staatlichen Sektor noch stärker als bisher zu beteiligen. Daß diese Arbeitsteilung ihre Grenze an der Bereitschaft der Ressorts hat, ihre Politk kritisieren zu lassen, ließ Merkel bereits durchblicken, als sie der Arbeitsgruppe „Frauen und Umwelt" sagte: „Der Herr Töpfer wartet nicht darauf, sich von Ihnen seine Umweltpolitik auseinandernehmen zu lassen." Schließlich einigte man sich auf den Kompromiß, daß die Arbeitsgruppenberichte unzensiert als Anhang des Regierungsberichts veröffentlicht werden sollten. Nach langwierigen „Abstimmungsschwierigkeiten" zwischen den Ressorts schuf die Regierung nicht nur Fakten, sondern auch vollendete Tatsachen: Das Kabinett verabschiedete den Regierungsbericht, Merkel entschied, daß die Arbeitsgruppenberichte abgekoppelt vom Regierungsbericht veröffentlicht werden sollten. Die Sprecherinnen der Arbeitsgruppen schimpfen das Verhalten der Regierung als „Farce, Marionettentheater, Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik". Sie sehen die Abtrennung ihrer Berichte als Entwertung ihrer Arbeit und glauben, daß die Regierung den NGOs nur eine Spielwiese zum Austoben und sich selbst ein Alibi für Peking geschaffen habe. Wie wenig Interesse das Frauenministerium an der Konferenz hat, zeigt auch die Tatsache, daß das zuständige Referat im Ministerium während des Vorbereitungsprozesses dreimal neubesetzt und die Federführung für die Konferenz dem Auswärtigen Amt überlassen wurde.

Netzwerkelei zum Selbstzweck?

Mitte Februar veranstaltete das Ministerium ein Hearing zum jetzt vorliegenden Entwurf der Aktionsplattform für Peking. Interessant war, daß durch das line-by-line-Verfahren des Lobbying der Gesamttenor des Dokuments überhaupt nicht mehr zur Debatte stand. Einige Stunden lang lieferten Vertreterinnen von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen emsig ihre Kommentare und Ergänzungen ab. Als sie zum Schluß fragten, was nun mit ihren Einwürfen geschehe und welche die Bundesregierung zu beherzigen bedenke, wurde ihnen beschieden, daß sich dies niemals feststellen ließe, weil der Prozeß durch so viele Filter liefe.

Die gesamte Erfahrung im Vorbereitungsprozeß hat Joachim Spangenbergs Beobachtung bestätigt: Regierungen lassen NGOs gern bei der Implementierung ihrer Politik partizipieren, als Vollzugsorgane mit Basishaftung und zur Sicherung politischer Akzeptanz. Bei der Entscheidungsfindung tun sie sich mit demokratischen Gehversuchen jedoch äußerst schwer.

Nun versuche ich diese Erfahrungen auf verschiedenen Politikebenen noch einmal zu bündeln. Sicher ist die internationale Netzwerkelei faszinierend und die koordinierte Einflußnahme auf UN-Ebene auch. Aber in der Frauenszene, fürchte ich, beginnt das Lobbying zum Selbstzweck zu werden und eine eigene Dynamik zu entfalten. Gewiß nehmen Frauen dadurch wie selten zuvor im Bereich der 'großen Politik' ihre vielfältigen Handlungsmöglichkeiten wahr, aber sie haben einen Teil ihrer Utopiefähigkeit und ihrer Rückkoppelung an die Basis verloren. Lobbying in der UN-Arena macht nur Sinn, wenn nach einer Konferenz die Inhalte des Lobbying in frauenbewegten Kampagnen weitergeführt werden. Entscheidende Frage ist deshalb für mich, wie eine Verklammerung von Frauenbewegungen an der Basis, nationaler Frauenpolitik und Lobbying auf internationaler Ebene geleistet werden kann. Bisher steht jedenfalls der Aufwand des Lobbying in keinem Verhältnis zum realen Ertrag für die Lebenssituation von Frauen. Eine Verkopplung der drei Politikebenen kann versuchen, Aufwand und Ertrag ins Verhältnis zu setzen und die Regierungen in einen Schraubstock politischen Drucks von unten und von oben zu bringen.

Ein Beispiel, wo ich dies derzeit für politisch sinnvoll und wünschenswert halte, wäre eine Kampagne gegen novel food, gentechnisch behandelte Nahrungsmittel. Im Kontext des Themendreiecks Frauen-Ökologie-Entwicklung würde eine solche Kampagne Mütter und Hausfrauen ansprechen, als diejenigen, die immer noch hauptsächlich für Ernährung und Gesundheit zuständig sind. Sie würde Frauen als Konsumentinnen ansprechen und damit in die Lebensstildebatte hineinreichen. Sie betrifft Frauen in der Landwirtschaft und reicht in die Biodiversity-Debatte hinein. Sie betrifft sowohl Frauen im Norden als auch im Süden.

Ich halte es für politisch weiterführend, für das Problemfeld Frauen-Ökologie-Entwicklung nach Themen zu suchen, die ein strategisches Denken und Handeln über die drei Politikebenen von Basis, nationaler Politik und Lobbying auf internationaler Ebene zulassen.

Christa Wichterich

Der Text wurde - von der Redaktion leicht gekürzt - entnommen aus 'Forum Umwelt und Entwicklung' - Rundbrief 1/1995.

Vorwort

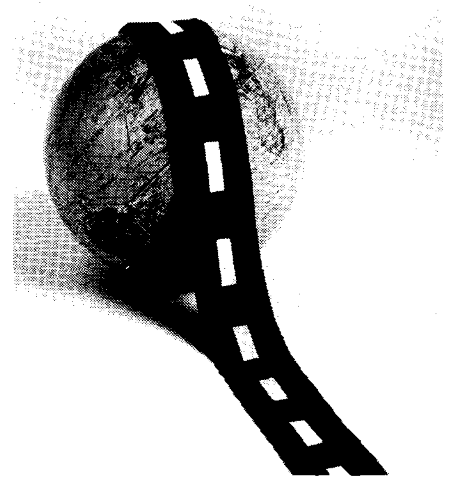
Das prunkvolle Ambiente des königlich marokkanischen Hofes in Marrakesch bot im April 1994 den Regierungsdelegationen einen würdigen Rahmen, nach acht Jahren langen Verhandelns über Zollsätze, Agrarsubventionen, Patente und die Freizügigkeit von Dienstleistungen die letzte GATT-Runde zu beschließen. Knapp 120 Staatschefs oder deren Vertreter zückten die Füllfederhalter und setzten ihre Unterschrift unter ein Vertragsdokument mit dem Titel: 'Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO)'. Es überführte die Verträge der GATT-Runden in die neue WTO.

Alles hatte Ende der vierziger Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg als Dauerprovisorium begonnen. Zwar erzielten die Industrienationen im monetären Bereich eine schnelle Lösung - IWF und Weltbank wurden aus der Taufe gehoben - für den internationalen Handel gab es allerdings keine institutionelle Neuregelung. Die Internationale Handelsorganisation (ITO), obwohl 1948 in Havanna beschlossen, scheiterte, da in erster Linie die US-Politik negative Einflüsse auf die heimische Wirtschaft befürchtete. In der gleichen Furcht fordern dagegen die USA heute die Aufnahme von Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen - eine Forderung, die sie unter dem Banner des Liberalismus 1948 noch vehement abgelehnt hatten.

Das Prinzip der GATT-Runden war einfach und im Sinne der Freihändler auch erfolgreich. Durch den schrittweisen Abbau von Schutzmaßnahmen für nationale oder regionale Binnenmärkte sollten sich die Marktkräfte so richtig austoben können. Oder um es volkswirtschaftlich zu sagen: Die Allokationskräfte des Marktes sind wunderbar, wirksam und grenzenlos.

Unter den Staaten der 'Dritten Welt' galten die GATT-Runden lange als 'rich man's club'. Zunächst kümmerten sich die 22 Gründungsmitglieder nicht einmal verbal um die Belange südlicher Staaten. Diese sammelten sich dann in der UN-Sonderorganisation UNCTAD, der United Nations Conference on Trade and Development. Im Rahmen der Forderung nach einer 'Neuen Weltwirtschaftsordnung', in der gerechtere Handelsbeziehungen und eine neue Ressourcenverteilung im Mittelpunkt standen, bestimmten die Staaten der Blockfreien und des Südens den politischen Diskurs der 70er Jahre. Die Metropolen standen derweil unter dem psychologischen Schock der Macht der OPEC-Staaten (Ölpreiserhöhungen) und der beginnenden Strukturkrise des Fordismus (dauerhafte Massenarbeitslosigkeit).

Die Hohepriester des Freihandels erholten sich schnell. Aus der UNCTAD ist ein billiges Dienstleistungsunternehmen geworden, und die Zahl der Vertragsparteien des GATT stieg auf 117. Ein Ende ist nicht abzusehen: Unter den Bedingungen von 'Sachzwang Weltmarkt' pochen die Staaten der 'Dritten Welt' heute auf den Abbau protektionistischer Maßnahmen der alten Industrienationen. Der ist in der neuen WTO zwar verankert, aber auf der Suche



nach neuen nichttarifären Handelshindernissen haben die Staaten der EU schon diverse Ersatzinstrumente aus dem Hut gezaubert.

Auf der anderen Seite mußten die Staaten der Peripherie weitere Nackenschläge hinnehmen, die sich an drei neuen Vertragspunkten festmachen lassen:

- Der verbesserte Schutz geistiger Eigentumsrechte (Trade-Related Intellectual Properties, TRIPs) verfestigt die ungleichen Strukturen weltweit. In wessen Händen befinden sich die Rechte und Patente im agrarischen Bereich, der industriellen Chemie oder der pharmazeutischen Industrie? In Zukunft haben Länder auf der südlichen Halbkugel nur eine Chance, eigene Strukturen aufzubauen, wenn sie die Technologien zur Herstellung eigener Produkte (beispielsweise im Staatgutbereich) entwicklen und finanzieren können. Andernfalls müssen sie sich mit Lizenzgebühren ohne Ende herumschlagen, die an die jeweiligen Multis, den Patentinhabern, auszurichten sind (s. dazu auch 'blätter' Nr. 202 zur Biotechnologie).

- Die Aufnahme von handelsrelevanten investitionspolitischen Maßnahmen (Trade Related Investment Measures, TRIMs) verkleinert die Spielräume jeder nationalen ökonomischen Regulierung drastisch. In den Verträgen wird gefordert, daß innerhalb festgelegter Zeitspannen die Verordnungen und Gesetze, die die Investitionstätigkeit ausländischer Firmen regeln, schlicht abzuschaffen sind. Für „entwickelte" Länder gilt eine Frist von zwei Jahren, für die 'least-developed Countries' sind es sieben Jahre. Nicht etwa die Fragen nach der Verwendung von inländischen Vorprodukten, der Beschäftigung und Beteiligung von inländischen Arbeitern oder Investitoren stehen also im Vordergrund, sondern relevant sind ausschließlich die Handelseffekte.

- Nachteile sind für die meisten Staaten der Dritten Welt auch durch die Einbeziehung von Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, GATS) zu erwarten - ein Wirtschaftssektor, der in den letzten Jahren weltweit gewaltig an Bedeutung gewonnen hat. Die schwache Wettbewerbsposition in Bereichen wie Telekommunikation, aber auch im Bereich der Finanzdienstleistungen ist offensichtlich.

Die politische Klasse der Freihändler hat mit dem WTO- Vertragswerk den transnationalen Konzernen und Finanzmagnaten ein Instumentarium geschaffen, das sich in die kleinsten staatlichen Nischen frißt. Ob die Staatschefs in Marrakesch wußten oder ahnten, daß sie sich selbst entmachten würden?

Im Einleitungstext des Abkommens steht die Forderung nach „Wachstum von Produktion, Handel, Waren und Dienstleistungen" an erster Stelle. Alles andere, wie etwa ökologische Belange oder soziale Forderungen, hat sich dieser Priorität unterzuordnen. Als dritte Säule nach IWF und Weltbank festigt nun die WTO die Hegemonie eines entfesselten Weltmarkts. Die GATT-Runden, die bisher den Handel regelten, mutierten zu einer starren Institution, die die Welt nach Kriterien eines effektiven - und das heißt profitablen - Handels organisiert. Bisher noch schwach und nicht unumstritten sind die Versuche von nördlichen Nichtregierungsorganisationen, in Zusammenarbeit mit südlichen Kooperativen gegen die Macht des Weltmarkts, den Aufbau fairer Handelsstrukturen zu betreiben.

Die 'totale Liberalisierung', die wir im letzten Themenblock zum Thema GATT und Welthandel (blätter des iz3w, Nr. 160/1989) noch befürchteten, ist eingetreten.

Die Redaktion

Startschuß für die WTO

Die Institutionalisierung des Welthandels

Das bisherige System der 'lockeren' Verhandlungsrunden des GATT wird durch eine Institution mit Kontrollbefugnissen, die Welthandelsorganisation, ergänzt. Zusammen mit den Bretton Woods-Institutionen Weltbank und IWF soll die neue Welthandelsorganisation (WTO) für eine größere globale Einheitlichkeit der nationalen Wirtschaftspolitiken sorgen. Michael Windfuhr gibt neben einem Rückblick auch einen Ausblick auf die neue Qualität der WTO.

Fast acht Jahre dauerten die Verhandlungen der Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), in deren Rahmen schließlich mehr als 120 Staaten versuchten, neue Regeln für den Welthandel zu vereinbaren. Teil des Abschlußpaketes der Uruguay-Runde ist die Entscheidung, das GATT in eine neue Organisationsform zu überführen: die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization). Rechtzeitig zum Jahreswechsel 1994/95 hatten 85 Mitgliedsstaaten die Beitrittsverträge ratifiziert. Der Ire Peter Sutherland, noch vorläufiger Generaldirektor der neugegründeten Welthandelsorganisation, konnte Anfang Januar 1995 stolz ein neues Namensschild am Centre William Rappard, dem Gebäude des alten GATT, direkt am Ufer des Genfer Sees, anbringen. Damit ist die 'Familie' der internationalen Organisationen um eine neue Institution gewachsen, ebenso auch das Abkürzungsverzeichnis der Vereinten Nationen um die Buchstabenkombination WTO. Ihr Vorgänger, das GATT, wird nicht aufgelöst, sondern es wird als Abkürzung und als Vertrag erhalten bleiben. Das GATT war aber nie eine internationale Organisation, sondern nur ein Vertragswerk, das zuletzt von 124 sogenannten 'Vertragsparteien' angewendet wurde. Was ist neu an der Welthandelsorganisation? Warum wurde eine neue internationale Organisation für einen Bereich gegründet, in dem es mit dem GATT seit 1948 einen internationalen Vertrag gab?

Die WTO wurde als Teil der Ergebnisse der achten Verhandlungsrunde des GATT etabliert. Im April 1994 war unter allgemeinem Aufatmen in Marrakesch (Marokko) die sogenannte Uruguay-Runde, benannt nach dem Land der Eröffnungskonferenz im Jahr 1986, beendet worden. Knapp acht Jahre hatten die Vertreter der Mitgliedsstaaten versucht, einen neuen Mittelweg zwischen unbeschränktem Freihandel und für notwendig erachteten Schutzinteressen (Protektionismus) zu finden. Die Grundidee des GATT, das Liberalisierungsprinzip, ist bestechend einfach: Der Welthandel soll von Zöllen und anderen Handelshemmnissen befreit werden. Dies soll wiederum durch die Anwendung von einigen Grundprinzipien erreicht werden: Jedes Land muß die Erleichterungen im Warenhandel, die einem Land gewährt werden, auch allen anderen Vertragsparteien einräumen (Meistbegünstigungsklausel). Handelserleichterungen werden immmer gegenseitig zwischen Ländern gewährt (Reziprozität). Produkte aus anderen Ländern dürfen auf dem heimischen Markt nicht schlechter behandelt werden als inländische Produkte (Nichtdiskriminierung).

Das GATT - 1948 in Kraft getreten - ist zusammen mit den Bretton Woods-Institutionen zu einem wichtigen Teil der weltwirtschaftlichen Nachkriegsordnung geworden, wie sie vor allem von den USA und England in den letzten Kriegsjahren angedacht worden war. 1947 war zunächst noch über die Einrichtung einer Internationalen Handelsorganisation (ITO) verhandelt worden, doch scheiterte deren Verabschiedung im Kongreß der USA. Zu viele Abgeordnete befürchteten, daß diese neue Handelsorganisation mit den geplanten Kompetenzen die Souveränitätsrechte der USA einschränken würde, zumal die damals geplante ITO auch über Handelsregeln hinaus Aufgaben erhalten sollte, wie die Durchführung einer Wettbewerbsordnung. In Kraft trat nur der geplante handelspolitische Teil des ITO-Vertragstextes: das GATT.

Hintertürchen des GATT

Im Hinblick auf das vorrangige Ziel - Abbau der Zollbelastungen im internationalen Handel - erwies sich das GATT im Laufe seiner Entwicklung als relativ erfolgreich. Vor allem in der Kennedy- und Tokio-Runde (1964-1967 bzw. 1975-1979) konnte die Zollbelastung im Handel mit Industrieprodukten substantiell abgebaut werden. Auch in der Uruguay-Runde wurde diese Tendenz beibehalten. Diese Liberalisierungsmaßnahmen kamen vor allem dem Handel zwischen den Industrieländern, den Hauptanbietern von verarbeiteten Produkten, zugute. Viele für Entwicklungsländer sehr wichtige Bereiche des Warenhandels, wie der Agrar- oder der Textilbereich, gehörten zu den Ausnahmen des GATT, auf die die Liberalisierung nicht angewendet wurde, bzw. für die Sonderabkommen existierten.[1] Auch die gängige Praxis der Zolleskalation, die besonders Entwicklungsländerprodukte benachteiligt - mit dem Grad der Verarbeitung steigt die Zollbelastung von Produkten - wurde nicht substantiell abgebaut.

Dem Liberalisierungsprinzip des GATT steht eine gegenteilige handelspolitische Praxis gegenüber. Mit der schwindenden Möglichkeit, heimische Industrien mit Zöllen vor Konkurrenz zu schützen, nahmen in den 70er und vor allem in den 80er Jahren andere Formen von Protektionismus im Welthandel zu. Der wachsenden Anwendung von sogenannten nichttarifären Handelshemmissen (Quoten, Kontingente, Standards, Subventionen) versuchte bereits die Tokio-Runde zu begegnen. Das GATT wurde um verschiedene Abkommen, wie die über technische Handelshemmnisse (z.B. die Normierung von Elektrosteckern auf zwei Pole) oder den Einsatz von Anti-Dumping-Maßnahmen, ergänzt.[2] Neben der Zunahme von nichttarifären Handelshemm-

nissen ist in den 80er Jahren eine wachsende Verwendung von Anti-Dumping-Maßnahmen zu beobachten. Über 2000 Verfahren wurden in dieser Dekade initiiert, so daß einige Beobachter bereits davon sprechen, daß sie zur vorherrschenden Protektionismusform wurden. So nahm paradoxerweise die Glaubwürdigkeit der GATT-Regeln und -Verfahren parallel zu dem erfolgreichen Abbau von tarifären Handelshemmnissen ab.

Das GATT läßt sich deshalb insgesamt als 'bargaining process' kennzeichnen, als Verhandlungsprozeß, in dem sich die beteiligten Staaten mühselig darauf verständigen, einige Bereiche des internationalen Handels zu liberalisieren. Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß die Zahl der Bereiche groß ist, die von der Liberalisierung ausgenommen sind. Die Durchsetzungsfähigkeit nationaler Interessen ist dabei vor allem von der wirtschaftlichen Stärke der jeweiligen Handelsnation bestimmt. Die Möglichkeiten Tansanias, die USA durch Androhung eines Kaffee- und Teeboykotts zu beeindrucken, sind ungleich geringer, als die der USA, Tansania empfindlich zu treffen.

Die Uruguay-Runde: Ausgangspunkt der WTO

Die achte Runde des GATT erwies sich als wesentlich komplexer als die vorhergehenden Runden. Dies hing damit zusammen, daß das GATT, das sich traditionell nur mit dem Warenhandel befaßte, in der Uruguay-Runde in doppelter Hinsicht eine Ausweitung erfahren hat: Zum einen wurden ganz neue Regelungsbereiche wie der Handel mit Dienstleistungen und der Schutz geistigen Eigentums in die Verhandlungen aufgenommen, zum anderen sollten die traditionellen Ausnahmeregelungen vom GATT, wie z.B. der Agrar- oder der Textilbereich, unter die GATT-Regeln gebracht werden.

Neben dem Warenhandel hat in den letzten Jahren der Handel mit Dienstleistungen (z.B. Versicherungen, Banken, Transport und Kommunikation) erheblich an Bedeutung zugenommen. Er hat im letzten Jahr zum ersten Mal die Grenze von 1.000 Mrd. US-Dollar überschritten und macht damit bald 30 Prozent des Handels aus (mehr als 4.000 Mrd. US-Dollar). Während der Uruguay-Runde bestand deshalb das Interesse (besonders der Industrieländer, der Hauptanbieter von Dienstleistungen), auch für den Handel mit Dienstleistungen eine verbindliche Liberalisierung zu erreichen, zumal gerade in Entwicklungsländern erhebliche Handelshemmnisse gegenüber Dienstleistungsimporten bestanden.

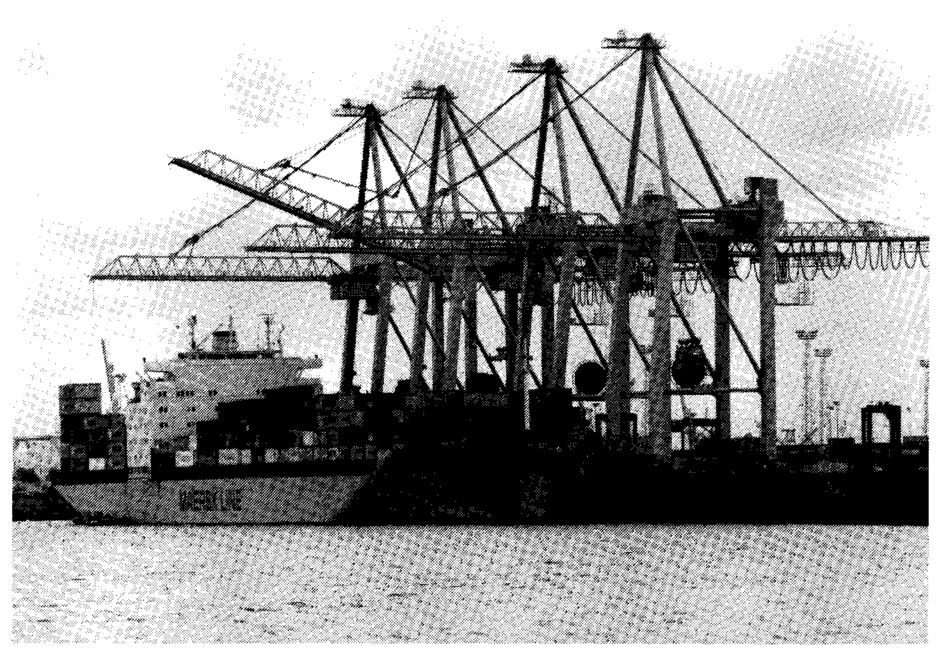
Zweites wichtiges Thema für die Industrieländer war der Schutz geistigen Eigentums. Auf hunderte von Milliarden US-Dollar bezifferten die USA im Vorfeld der Uruguay-Runde die jährlichen Verluste, die weltweit durch den Diebstahl von Patenten, durch Raubkopien in der Software-Industrie, durch Imitation von Medikamenten etc. entstehen würden. Deshalb sollte im GATT auch die weltweite Anerkennung und der Schutz geistiger Eigentumsrechte festgeschrieben werden.

Wenig begeistert von der Ausdehnung der GATT-Regeln auf neue Themen waren zunächst die Entwicklungsländer. Sie forderten statt der thematischen Ausdehnung eine echte Öffnung der Märkte der Industrieländer für Waren der Entwicklungsländer, insbesondere in den für viele dieser Länder wichtigen bisherigen Ausnahmebereichen des GATT, wie dem Agrar- und Textilsektor. Eine gemeinsame Position der Entwicklungsländer spielte in den weiteren Verhandlungen allerdings kaum noch eine Rolle: Zu unterschiedlich sind die handelspolitischen Interessen z.B. der asiatischen Schwellen- bzw. neuen Industrieländer von denen afrikanischer Länder, die oft nach wie vor vom Export weniger Rohstoffe leben. Einige Schwellenländer werden z.B. selbst im Bereich von Dienstleistungen (Software-Erstellung, Ingenieurdienstleistungen, Tourismus etc.) zu konkurrenzfähigen Anbietern. Im Agrarbereich kamen die großen Differenzen zwischen den wenigen großen Agrarexportnationen und den vielen nahrungsmittelimportierenden Ländern hinzu.

Symbolisch deutlich wird diese Differenzierung der Positionen zwischen Entwicklungsländern in dem Bedeutungsverfall der internationalen Institution, in der die Entwicklungsländer in den 70er Jahren noch eine neue Weltwirtschaftsordnung eingefordert hatten, der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Damals formulierten die Entwicklungsländer eine gemeinsame Strategie, um ihre Position auf dem Weltmarkt zu verbessern. Spätestens seit Mitte der 80er Jahre, mit der Unterzeichnung des GATT durch viele Entwicklungsländer und dem Vordringen einer Entwicklungsstrategie, die auf Außenhandel und Investitonen setzt, hat die UNCTAD ihre Bedeutung eingebüßt. Auf der UNCTAD-Konferenz in Cartagena (Kolumbien) 1992 wurde die Rolle von UNCTAD weitgehend auf technische Hilfestellungen und Beratungsdienste begrenzt.

Eine neue Qualität

Die WTO bildet nun den neuen internationalen Rahmen für die Regelung der Handelsbeziehungen, mit dem Ziel, eine größere globale Kohärenz in der Wirtschaftspolitik herzustellen. Die neue Welthandelsorganisation umschließt alle während der Uruguay-Runde ausgehandelten multilateralen und plurilateralen (nur für bestimmte Länder gültigen) Handelsabkommen. Der Vertragstext der WTO behandelt im wesentlichen die Struktur und die Funktion der neuen Organisation.



Container lassen sich nicht per Datenhighway um die Welt jagen - Verladung im Hamburger Hafen, Foto: FotoArchiv-Hamburg

Die WTO ist eine eigenständige internationale Organisation, die satzungsgemäß eng mit den Bretton Woods-Organisationen Weltbank und Internationalem Währungsfonds zusammenarbeiten soll, um die erwünschte globale Einheitlichkeit in der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten zu erreichen. Nebem dem GATT von 1947 gelten die weiteren Abkommen der Uruguay-Runde, das GATS (General Agreement on Trade in Services), das den Dienstleistungshandel regulieren soll, und das TRIPS-Abkommen (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights), das den Schutz

Die UNCTAD

Die UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) wurde auf Drängen von Staaten der Dritten Welt erstmalig 1964 vom Wirtschafts- und Sozialausschuß der Vereinten Nationen (ECOSOC) einberufen. Die Dritte Welt Staaten wollten eine eigenständige Welthandelsorganisation gründen. Es wurde aber nur ein ständiges Organ der UN-Vollversammlung daraus. In regelmäßigen Abständen fanden Konferenzen statt und weckten große Hoffnungen auf ein gerechtes Weltwirtschafssystem.
Die Dritte Welt Staaten, die sich in der blockfreien Bewegung „Gruppe der 77" (später 125) zusammenschlossen forderten in und über die UNCTAD eine Neue Weltwirtschaftsordnung.
Zentrale Forderung war dabei die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung der Länder der Dritten Welt, die das Recht einschloß, ihre Wirtschaft ohne Einmischung von außen aufzubauen. Desweiteren forderten sie die Unterstützung einer rohstoffverarbeitenden Industrie, sowie eine Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Halbfertig- und Fertigprodukte aus den Dritte Welt Staaten und die Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der Dritte Welt Staaten untereinander.
Eine wichtige Rolle spielte auch das sog. „integrierte Rohstoffprogramm", das vorsah, - die extremen Preisschwankungen von wichtigen Rohstoffen aus Dritte Welt Staaten durch Ausgleichslager einzudämmen, - einen Fond einzurichten, der durch Produzenten- und Konsumentenländer finanziert würde und evtl. Produktions- oder Einahmeverluste der Rohstoffexporteure ausgleichen sollte, - und die einseitige Abhängigkeit vieler Länder von einem Rohstoff durch eine Auffächerung der Produktionsstruktur aufzuheben.

Nachdem es den Dritte Welt Staaten in den 70er Jahren aufgrund ihrer numerischen Überlegenheit ge-lungen war, diese Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordung zumindest in der UNCTAD und der UNO auf dem Papier durchzusetzen, veränderte sich dies in den 80er Jahren. Mit dem Beginn der Schuldenkrise und dem damit verbundenen Zwang der Dritte Welt Staaten, alles auf den Export und damit auf die Karte Weltmarkt setzen zu müssen sowie dem zunehmenden Wegfall der solidarischen Massenbasis von Seiten der NGOs, sind die oben genannten Forderungen seitens der Dritte Welt Staaten immer mehr zurückgenommen worden. Inzwischen ist die UNCTAD zur entwicklungspolitischen Bedeutungslosigkeit verkommen.

geistiger Eigentumsrechte anstrebt, als Vertragsgrundlage.

Eine regelmäßig (mindestens zweijährlich) tagende Ministerkonferenz fungiert als oberstes Organ. Sie tritt an die Stelle der Versammlung der Vertragsparteien, dem höchsten Gremium des GATT. Das GATT-Gremium war allerdings nur mit diplomatischen Vertretern besetzt, während die neue Ministerkonferenz eine substantielle Erhöhung der politischen Bedeutung der Organisation darstellt.

Der Allgemeine Rat (General Council) überwacht die Umsetzung der Abkommen. Die WTO soll darüberhinaus die Durchsetzung des Abkommens gewährleisten, d.h. insbesondere Handelsstreitigkeiten schlichten. Regelmäßig soll zudem die Handelspolitik der Mitgliedsstaaten begutachtet und überprüft werden. Dazu wurde ein bereits im GATT existierendes Instrument übernommen, der TPRM (Trade Policy Review Mechanism), ein Ausschuß, vor dem die Vertragsparteien regelmäßig über die Befolgung der eingegangenen Verpflichtungen berichten müssen. Anders als sein Vorgänger beim GATT wird allerdings der Allgemeine Rat der WTO auch Streitschlichtungsstelle (Dispute Settlement Body) und Aufsichtsorgan für die Überprüfung nationaler Handelspolitiken (Trade Policy Review Body) sein. Drei spezielle Räte ergänzen die Struktur der Institution (Councils für den Warenhandel, für Dienstleistungen und für den Schutz geistigen Eigentums). Sie werden die Überwachung der Teilabkommen übernehmen. Hinzu kommen noch einige Komitees, z.B. für die Haushaltsführung der WTO, für Handel und Entwicklung und das neu geschaffene Komitee für Handel und Umwelt.

Die WTO geht auf eine gemeinsame Initiative der Europäischen Gemeinschaft und Kanadas zurück, die damit den Vorschlag eines amerikanischen Völkerrechtlers und GATT-Experten aufgriffen. Beiden war daran gelegen, die zukünftige Welthandelsregulierung so zu gestalten, daß Möglichkeiten einseitiger Mißachtung der Handelsregeln in Zukunft begrenzt würden. Dies zielte bei beiden Initiatoren vor allem auf die USA, die in der Vergangenheit ihre Handelsmacht häufig durch Ankündigung von Importverboten und Handelsbegrenzungen mißbraucht hatten, um handelspolitisches Wohlverhalten anderer Länder zu erzwingen.

Schein und Sein der USA

Die USA hatten sich 1974 mit der Sektion 301 ihres Handelsgesetzes ein wirkungsvolles Instrumentarium geschaffen, um einseitig Verstöße anderer Länder gegen amerikanische Rechte aus Handelsabkommen zu ahnden. Den USA war das GATT- interne Streitschlichtungsverfahren zu langwierig und zu wirkungslos. Die Sektion 301 erlaubt es den USA, Importrestriktionen gegenüber Ländern zu ergreifen, die - nach US-Ansicht - Exporte der USA „unfair" behandeln. 1984 wurde diese Regel auch auf den Dienstleistungshandel ausgedehnt. Seit 1988 wird sogar von einem „Super 301" gesprochen, da mit der Neufassung des Handelsgesetzes von 1988 der US-Handelsbeauftragte verpflichtet ist, dem Kongreß einen Bericht über Handelspraktiken des Auslandes vorzulegen, deren Beseitigung das Wachstum der US-Exporte besonders begünstigen würde. Der Handelsbeauftragte ist verpflichtet, den Beschwerden auch von Privatindustrien nachzukommen und sofort Verhandlungen mit den beschuldigten Ländern aufzuneh-



Exporte sind das Wundermittel des Neoliberalismus -Baumwollverladung in Nicaragua, Foto: FAO

men, die - sollte es nicht zu einer Einigung kommen - mit bilateralen Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen. Länder wie Südkorea, Brasilien aber auch die EU waren bereits mehrfach Opfer dieser oft aggressiven Außenhandelspolitik der USA geworden.

Um die USA von der häufigen Anwendung des „Super 301" abzubringen, wurde die WTO mit einem Streitschlichtungsverfahren versehen, das wesentlich mehr Durchsetzungskraft verspricht. Die USA sollen so dazu gebracht werden, im Konfliktfall vor allem dieses internationale Instrumentarium zu nutzen. Wenn früher ein Streitschlichtungsverfahren (GATT-Panel) ein Land verurteilte, trat der Schiedsspruch nur dann in Kraft, wenn alle Mitglieder im GATT-Rat - einschließlich des betroffenen Landes - dem Spruch zustimmten. Nach den neuen Regeln ist ein Schiedsspruch immer gültig, es sei denn, alle im Rat vertretenen Länder lehnen das Ergebnis einstimmig ab. Bislang hatten die betroffenen Länder damit ein Vetorecht. Zweimal war z.B. in der letzten Zeit die neue Bananenmarktordnung der Europäischen Union als GATT-widrig beurteilt worden, zweimal war noch nicht einmal im GATT-Rat über den Panelbeschluß abgestimmt worden, weil die EU sowieso nicht zugestimmt hätte.

Neben dem Streitschlichtungsverfahren wurden in der Uruguay- Runde das Übereinkommen zur Durchführung von Artikel VI (Antidumping) und die GATT-Schutzklauselbestimmungen gestärkt, mit der Absicht, den Mißbrauch dieser Regeln zu begrenzen.

Viele Entwicklungsländer beurteilen diese Stärkung multilateraler Regelung als positiv, da sie hoffen, daß sie nicht mehr so leicht mit willkürlichen Handelsmaßnahmen von mächtigen Handelsnationen überzogen werden können. Trotz der neuen Rechtsverbindlichkeit der Beschlüsse z.B. der WTO- Dispute Settlement Panels, bleibt zweifelhaft, ob die USA die Schiedssprüche akzeptieren werden, die zu ihrem Nachteil sind. Wird Tansania in Zukunft eine größere Verhandlungsmacht haben als bisher?

Was NGOs und USA verbindet

Der Entstehungsprozeß der WTO war von Beginn an von Kritik begleitet. In den USA, aber nicht nur dort, wurde auf die Begrenzungen der nationalen Souveränität verwiesen, die dadurch entstehen könnte, daß die WTO nationale Politikmaßnahmen im Rahmen der neuen Streitschlichtungsverfahren wirkungsvoll verbieten kann. Um die Ratifizierung des WTO-Beitritts im US-Kongreß durchzubringen, hat Bill Clinton in das sogenannte GATT-Ermächtigungsgesetz einen Passus aufgenommen, demgemäß die USA aus der neuen WTO austreten können, wenn sie dreimal erfolgreich vor dem WTO-Schiedsgericht angeklagt werden.

Aus anderer Perspektive erhalten die USA an diesem Punkt Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die mißtrauisch die Regelungsmacht der WTO beurteilen. Sie kritisieren seit langem, daß die Erweiterung thematischer Zuständigkeiten des GATT (z.B. das Patentrecht oder die Beurteilung der Rechtmäßigkeit von Verbraucherstandards) in der Uruguay-Runde und die gleichzeitige Stärkung der Durchsetzungskraft der WTO dazu führen könne, daß beispielsweise Spielräume nationaler Umwelt- oder Agrarpolitik erheblich eingeschränkt werden. Zusätzlich verweisen sie darauf, daß die WTO kaum Partizipationsrechte für Nichtregierungsorganisationen vorsieht.

Die langfristige Kritik von NROs an fehlenden Vereinbarungen über Umweltstandards in der WTO, verbunden mit dem Druck einiger Staaten (z.B. Österreichs), hat inzwischen immerhin dazu geführt, daß das Komitee „Handel und Umwelt" in der WTO eingerichtet wurde. Auch über soziale Standards soll zumindestens in Zukunft in der WTO geredet werden, nachdem die USA und Frankreich diese Thema in Marrakesch zum Abschluß der Uruguay-Runde noch kurzfristig auf die Tagesordnung gebracht hatten.

Fast einhellig verweisen an dieser Stelle allerdings Regierungen und Nichtregierungsorganisationen aus Ländern des Südens auf die Gefahren eines neuen Protektionismus mit ökologischem oder sozialem Mäntelchen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Verwendung von Handelshemmnissen lassen es allerdings angeraten erscheinen, sich diesen neuen Themen sehr vorsichtig zu nähern - oft genug waren die Entwicklungsländer die Leidtragenden von Handelshemmnisssen.

Michael Windfuhr

Anmerkungen:
1) So setzte die EG mit Beginn der achziger Jahre in der dritten Auflage des Multifaserabkommen durch, daß die Zuwachsraten der Exporte aus den Staaten der Dritten Welt drastisch reduziert wurden und darüber hinaus, je nach Gefährdung der eigenen Absatzmärkte, nach Lieferländern differenziert wurde.
2) Unter Kontingentierungen fallen Importe von Produkten, die einen bestimmten Betrag oder Prozentsatz der inländischen Produktion nicht überschreiten dürfen. Unter Standards fallen beispielsweise Regeln für Halb- und Fertigwaren, für Verpackungen und Etikettierungen sowie Sicherheitsvorschriften und Normen, die oft zu unüberwindlichen Hindernissen aufgetürmt werden.

In der Zwickmühle



Schützen Sozialklauseln vor Ausbeutung oder vor Konkurrenz?

Meist stand die Forderung nach der Koppelung von Arbeitnehmerrechten und internationalen Handelsbeziehungen im Zeichen des Schutzes heimischer Märkte vor billigeren Konkurrenzprodukten. Dies befürchten Viele auch im Falle der Aufnahme solcher 'Sozialklauseln' in das WTO-Vertragswerk. Trotzdem gibt es neue Vorschläge, die diskussionswürdig sind - findet Tobias Reichert.

Noch kurz vor Abschluß der Uruguay-Runde stellten die USA und Frankreich ein Thema zur Debatte, das in den vorhergehenden acht Verhandlungsjahren überhaupt keine Rolle gespielt hatte. In Marrakesch forderten sie, daß die neuzugründende WTO auch Aufgaben im Bereich der Durchsetzung international anerkannter Menschenrechte, vor allem Arbeitnehmerrechte, übernehmen solle. Für die praktische Umsetzung solcher sogenannten Sozialklauseln solle im Rahmen der WTO-Gründung Lösungen gefunden werden. Die Initiative scheiterte am Widerstand des Großteils der Entwicklungsländer-Vertreter. Die USA und vor allem Frankreich haben jedoch angekündigt, ihre Bemühungen in dieser Richtung verstärkt fortzusetzen.

Die frühesten Debatten über die Auswirkungen internationaler Wirtschaftsbeziehungen auf Menschenrechte datieren auf das Ende des letzten bzw. den Anfang dieses Jahrhunderts. So wurde 1897 beispielsweise in Großbritannien ein Gesetz erlassen, das den Import von Waren verbot, die in Strafanstalten hergestellt wurden. Auch bei der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (International Labour Organization) wurde der Zusammenhang zwischen Arbeitnehmerrechten und Handel diskutiert. Ein britischer Vorschlag für die ILO-Verfassung von 1919 sah zum Beispiel vor, daß die ILO Handelssanktionen gegen jene Staaten verhängen sollte, die sich durch die Verletzung von Arbeitnehmerrechten Wettbewerbsvorteile verschafften. Dieser Vorschlag fand damals keine Mehrheit. Die USA verabschiedeten in den 20er Jahren Gesetze, die vorsahen, daß geringere Lohnkosten von Wettbewerbern durch Zölle ausgeglichen werden sollten. In den Statuten der damals geplanten Internationalen Handelsorganisation wurde die Aufforderung an die Mitgliedsstaaten verabschiedet, „unfaire Arbeitsbedingungen" zu eliminieren, jedoch wurde diese Handelsorganisation nie gegründet.

Im ersten GATT, dem Vertragswerk, das 1948 ihren Platz einnahm, findet sich, abgesehen von Art. XX(e), der Importrestriktionen gegen Waren aus Gefangenenarbeit erlaubt, kein Bezug zu Arbeitnehmer- oder sonstigen Menschenrechten. In den 50er und 60er Jahren schlief die Diskussion weitgehend ein. Ab Mitte der 60er Jahre wurden zahlreiche internationale Rohstoffabkommen geschlossen, die auch Verweise auf faire Arbeitsbedingungen oder bestimmte ILO-Übereinkommen enthielten. Diese hatten jedoch stets den Charakter von Absichtserkärungen und waren nicht mit Sanktionsandrohungen verbunden. In Europa spielen seit den 70er Jahren die Textilgewerkschaften eine führende Rolle in der Diskussion um die Einführung von Sozialklauseln.
Bei der Betrachtung der historischen Entwicklung der Sozialklauseldiskussion fallen einige Merkmale auf, die über den gesamten Zeitraum relativ konstant bleiben. Erstens erreichte die Diskussion ihre Höhepunkte meist in Zeiten der (weltweiten) Rezession, beispielsweise in den 30er oder 70er Jahren. Zweitens führten Exporterfolge konkurrierender, sich industrialisierender Staaten in den bis dahin wirtschaftlich dominierenden Staaten zur Forderung nach Sozialklauseln. So vor der Jahrhundertwende im Falle Großbritanniens gegenüber Deutschland und heute in den USA und Europa gegenüber Südostasien. Drittens wird die Forderung nach Sozialklauseln meist von Branchen erhoben, die unter besonders hohem internationalen Wettbewerbsdruck stehen, wie die europäische Textilindustrie.

Vor diesem Hintergrund wird der Vorwurf verständlich, Sozialklauseln stellten nur eine Begründung für Protektionismus dar. Viele Regierungen aber auch NROs aus Entwicklungsländern sehen in Sozialklauseln einen Versuch der Industrieländer, ihre Verpflichtung zur Marktöffnung, die sie in der Uruguay-Runde eingegangen waren, zu umgehen. Trotz dieser nachvollziehbaren Befürchtungen läßt sich die Diskussion um Sozialklauseln mit dem Hinweis auf protektionistische Gefahren nicht einfach abtun.

Purer Protektionismus?

Die zunehmende Integration der Weltmärkte bei gleichzeitig hoher Mobilität von Kapital und Direktinvestitionen führt zu so etwas wie einer globalen freien Marktwirtschaft. Die Kosten des ständig andauernden Strukturwandels werden auf die schwächsten Akteure abgewälzt. Nationalstaatliche Regelungssysteme die diese Kosten zumindest teilweise auffangen könnten, existieren in vielen Ländern gar nicht. Wo es sie gibt, sind sie zunehmend überfordert. Daß die Forderung nach Sozialklauseln aus Sektoren kommt, die vom Strukturwandel am stärksten betroffen sind, ist daher ebenso logisch,

wie die Tatsache, daß sie in Zeiten von Rezession und hoher Arbeitslosigkeit (spätestens seit den 80er Jahren nicht mehr deckungsgleich) auf die größte Resonanz trifft. Sozialklauseln sind also ein Versuch, einer globalen freien Marktwirtschaft soziale Regulierungen entgegenzusetzen. Die damit verfolgten Zielsetzungen sind jedoch sehr unterschiedlich:

1. Durch eine Sozialklausel sollen die heimische Wirtschaft und die heimischen Arbeitnehmer vor der Konkurrenz ausländischer Anbieter geschützt werden, die wegen niedrigerer Menschen- und Arbeitsrechtsstandards geringere Arbeitskosten haben.

Diese Zielsetzung wird, zumindest öffentlich, kaum noch vertreten, ist jedoch historisch die älteste und war in den 30er Jahren der Hintergrund von Gewerkschaftsforderungen und dem Erlaß von Gesetzen, die Lohndifferenzen zwischen Ländern mit Hilfe von Zöllen beseitigen sollten. Eine nach dieser Zielsetzung gestaltete Sozialklausel soll die nationalstaatlichen Sozialsysteme vom Weltmarktgeschehen vollständig abkoppeln. Handelspolitische Maßnahmen müßten logischerweise von jedem Staat unilateral gegenüber den jeweiligen Handelspartnern festgelegt werden.

2. Sozialklauseln sollen ein international anerkanntes Minimum an Arbeitnehmerrechten garantieren um zu verhindern, daß das Streben nach Kostenvorteilen und günstigen Investitionsbedingungen zu einem sich ständig beschleunigenden Deregulierungswettlauf im sozialen Bereich führt. Zumindest soll verhindert werden, daß dieser Wettlauf mit der Abschaffung sämtlicher sozialer und humaner Regulierungen endet. Darüber hinaus wird die Erwartung geäußert, die Einhaltung der minimalen Arbeitsstandards führe mittelfristig zu einem höheren Lohnniveau und damit zu kaufkräftigeren Märkten.

Diese Zielsetzung wird vorrangig von internationalen Gewerkschaftsverbänden angeführt. Sie findet auch bei Gewerkschaften und NROs aus dem Süden Unterstützung. Als Beispiel für eine von der Sozialklausel zu verhindernde menschenrechtsverletzende Form von Deregulierung werden die sogenannten Freihandelszonen angeführt. Dort werden häufig Gewerkschaftsrechte oder Arbeitsschutzbestimmungen, die im Rest des Staates gelten, stark eingeschränkt oder ganz aufgehoben. Als Grundlage für die Definition von Mindeststandards werden verschiedene Konventionen der ILO genannt. Der Generaldirektor der ILO hat im letzten Jahr ebenfalls angeregt, auf dieser Grundlage die Einführung von Sozialklauseln zu prüfen.

3. Handelsmaßnahmen sollen als zusätzlicher Sanktionsmechanismus Menschenrechtsabkommen zu mehr Durchsetzungskraft verhelfen.

Diese Zielsetzung vertreten verschiedene Menschenrechts- und Entwicklungs-NROs. Es geht ihnen vorrangig um die Durchsetzung von wirtschaftlich-sozialen Menschenrechten, womit sich eine gewisse Nähe zur oben genannten zweiten Zielsetzung ergibt. Teilweise wird jedoch die Einbeziehung zusätzlicher Menschenrechtsstandards, etwa das Recht auf Ernährung und Wohnung, gefordert.

Auf multilateraler Ebene gibt es bisher noch keine Mechanismen zur Verknüpfung von menschenrechtlichen Mindeststandards mit Handelsbeziehungen. Die bisher am weitesten fortgeschrittenen Entwürfe zum Thema stammen vom Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG), der ILO und dem Dachverband der europäischen Textil- und Bekleidungsgewerkschaften. Letzterer ist der weitestgehende. Als Mindestnormen sind dort angeführt: Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen, ein Mindestalter für die Beschäftigung von 15 Jahren, eine maximale Wochenarbeitszeit von 48 Stunden und Mindestlöhne, die eine menschenwürdige Lebensführung ermöglichen.

Diese Standards werden als Voraussetzung für die Teilnahme am Welthandel gesehen. Nichterfüllung hätte also ein sofortiges Importverbot zur Folge. Industrieländer sollen Entwicklungsländer finanziell unterstützen, damit diesen die Einhaltung der Standards ermöglicht wird. Konkrete Vorschläge zur Duchführung sind nicht bekannt.

Verklausulierung von ILO oder UN ?

Der IBFG, in dem neben großen Gewerkschaftsverbänden aus Industrieländern auch zahlreiche aus dem Süden vertreten sind, sieht folgende Mindeststandards vor: Koalitionsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen, Nichtdiskriminierung, Verbot der Zwangsarbeit, Mindestbeschäftigungsalter entsprechend den ILO-Konventionen (für Industrieländer 15 Jahre, für Entwicklungsländer 14 Jahre und in Ausnahmefällen 12 Jahre). Die Überwachung dieser Standards soll durch die ILO entsprechend dem schon bestehenden Normenkontrollverfahren erfolgen. Stellt die ILO eine Verletzung fest, macht sie Vorschläge zur Abhilfe. Diese muß der betreffende Staat innerhalb von zwei Jahren umsetzen oder zumindest erkennbar Schritte in diese Richtung unternehmen. Kommt er dem nicht nach, wird eine weitere Frist von einem Jahr gesetzt. Ist dann immer noch keine Verbesserung der Situation eingetreten, berät ein gemeinsamer Ausschuß aus ILO und WTO über geeignete handelspolitische Maßnahmen. Dabei sollen Importverbote nur in Ausnahmefälle verhängt werden, und zunächst Zölle oder mengenmäßige Beschränkungen angewendet werden.

Überlegungen innerhalb des Internationalen Arbeitsamtes (Sekretariat der ILO) gehen in eine sehr ähnliche Richtung wie die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes IBFG. Als unverzichtbare Mindeststandards werden jedoch nur Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen sowie das Verbot der Zwangsarbeit genannt.

Die 'Arbeitsgruppe Handel' des deutschen 'Forum Umwelt und Entwicklung' stellt demgegenüber auch wirtschaftlich-soziale Menschenrechte wie Ernährung und Wohnung sowie das Recht auf Entwicklung als mögliche handelsrelevante Normen zur Diskussion. Die Arbeitsgruppe schlägt auch bei diesen im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (WSKR- Pakt) verankerten Normen einen mehrstufigen Überwachungs- und Sanktionsmechanismus vor, bei dem Sanktionen nur bei gravierenden Rechtsverletzungen und Kooperationsunwilligkeit der verantwortlichen Regierung angewandt werden sollen.

Die Einhaltung und Verletzung von Rechten soll von der zuständigen Menschenrechtskommission und ihren Ausschüssen überwacht werden, während die WTO nur über die Verhandlungen zur Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit von Handelsmaßnahmen beteiligt wird. Im Vergleich zur ILO verfügt das Komitee für wirtschaftliche, soziale und kuturelle Rechte, das die Bestimmungen des entsprechenden Paktes überwacht, nur über sehr geringe personelle und finanzielle Ressourcen (momentan 1 1/2 Stellen im Genfer Sekretariat). Zudem ist die Untersuchung einzelner Fälle von Rechtsverletzungen bisher nicht vorgesehen. Das Komitee für den WSKR-Pakt müßte also sowohl bezüglich der Ressourcenausstattung als auch bezüglich der Beschwerdemöglichkeiten gestärkt werden, bevor es zusätzliche Aufgaben wie die Mitwirkung an einer Sozialklausel bewältigen kann.

Menschenrecht nach Klassen ?

Das Spektrum der Sozialklausel-Kritiker ist mindestens ebenso breit wie das der Unterstützer. Es reicht von Regierungen einiger Industrieländer und Entwicklungsländern über zahlreiche Entwicklungs- und Menschenrechts-NROs aus Nord und Süd bis hin zu Arbeitgeberverbänden und Wirtschaftsforschungsinstituten. Genauso vielfältig sind die gegen eine Sozialklausel vorgebrachten Argumente:

Aus menschenrechtlicher Sicht wird vorgebracht, daß eine Sozialklausel zu zwei Klassen von Menschenrechten führe: zu solche, die durch sie geschützt werden und anderen. Hier wird insbesondere die Konzentration der Gewerkschaftsvorschläge auf bestimmte Arbeitnehmerrechte kritisiert, die Rechtsverletzungen im informellen Sektor und an Kleinbauern nicht erfassen. Darüber hinaus biete eine Sozialklausel keine Möglichkeit, Rechtsverletzungen in Branchen zu bekämpfen, die ausschließlich oder überwiegend für den Binnenmarkt produzieren.

Schließlich sei die WTO ein völlig ungeeignetes Gremium, um menschenrechtliche Standards zu überwachen, insbesondere, da in ihr keine Gewerkschaften oder andere NRO vertreten seien.

Aus entwicklungspolitischer und ökonomischer Sicht wird neben dem Vorwurf der Etablierung eines neuen Protektionismus vor allem kritisiert, daß von Entwicklungsländern nun die kurzfristige Einhaltung menschenrechtlicher Standards gefordert werde, deren Etablierung in Industrieländern mehrere Jahrzehnte gedauert habe. Sozialstandards bezüglich Mindestlöhnen, Arbeitszeit, Sicherheit und Mindestalter seien abhängig vom Entwicklungsniveau und könnten daher nur allmählich und mit zunehmendem Wirtschaftswachstum eingehalten werden. Eine handelsbeschränkende Sozialklausel nehme den Entwicklungsländern dagegen die Möglichkeit, ihre Exporte zu steigern und über Wirtschaftswachstum letztendlich höhere soziale Standards zu erreichen.

Neben diesen eher grundsätzlichen Erwägungen werden noch einige pragmatische Argumente gegen eine Sozialklausel angeführt. Gegenüber neueren Vorschlägen wie dem des IBFG wird eingewandt, das vorgeschlagene Verfahren zur Einhaltung der Standards sei zu kompliziert und kostspielig. Darüber hinaus vermindere eine Verknüpfung der ILO-Kontrollmechanismen mit ökonomischen Sanktionen die Bereitschaft, mit der ILO zusammenzuarbeiten und ihr Zugang zu Informationen zu gewähren.

Schließlich wird bezweifelt, daß das politische Interesse besteht, Handelsbeschränkungen gegenüber allen rechtsverletzenden Staaten gleichmäßig zu verhängen. Als Beispiel wird hier die westliche Politik gegenüber der VR China angeführt, in deren Exportsektoren es zu den massiven Menschenrechtsverletzungen kommt. Obwohl China kein GATT-Vertragsstaat ist, und somit einer Einführung von Handelsmaßnahmen völkerrechtlich nichts im Wege steht, hat bisher kein Staat solche gegen China ergriffen. Daraus wird die Befürchtung abgeleitet, daß von einer Sozialklausel ermöglichte oder geforderte Handelsmaßnahmen nur gegen ökonomisch und politisch schwache Staaten tatsächlich durchgesetzt würden.

Gewerkschaftsposition

Die breite Front der Kritiker und die Vielzahl der von ihnen vorgetragenen Argumente macht die Problematik und die Beschränktheit des Instruments Sozialklausel in Handelsabkommen deutlich. Vielen Kritikpunkten wurde jedoch in neueren Vorschlägen wie dem des IBFG weitgehend Rechnung getragen. Die Überwachung der festgelegten Standards durch die ILO oder UN-Menschenrechtsgremien ist mittlerweile fast unstrittig. Auch der Ansatz, nur solche Rechte in eine Sozialklausel zu integrieren, die unabhängig vom Entwicklungsniveau gewährleistet werden können, setzt sich zunehmend durch (die Frage der Kinderarbeit ist noch am ehesten umstritten). Damit wird auch von den meisten Gewerkschaften anerkannt, daß eine Sozialklausel kein geeignetes Instrument ist, Strukturwandel und Arbeitsplatzabbau in Industrieländern aufzuhalten. Positionen wie die der europäischen Textilgewerkschaften, die mit hohen Standards und scharfen Sanktionen faktisch eine Abschottung der Märkte anstreben, sind die Ausnahme.

Die mehrstufigen Verfahren, die eventuellen Handelsmaßnahmen vorausgehen sollen, nehmen weitgehend Rücksicht auf Befürchtungen der Entwicklungsländer, es werde dem Protektionismus ein neues Einfallstor geschaffen. Wegen dieser Rücksichtnahme ist allerdings auch nicht zu erwarten, daß bei Einführung einer Sozialklausel kurzfristig eine grundlegende Veränderung der Menschenrechtssituation eintreten würde. Die positive Wirkung einer Sozialklausel könnte vor allem in einer Stärkung der Position von Gewerkschaften gegenüber ihren Regierungen liegen. Eine Entwicklung, die sich wahrscheinlich nicht nur in Exportbranchen positiv auswirken würde. Besonders der Anreiz, grundlegende Arbeitnehmerrechte in Freihandelszonen einzuschränken, würde wegen der drohenden Handelsbeschränkungen verringert.

Eine Erweiterung der einbezogenen Menschenrechte, beispielsweise um die Rechte auf Ernährung, Wohnung oder Entwicklung, erscheint mit Blick auf die Landwirtschaft und den informellen Sektor zumindest perspektivisch sinnvoll. Gerade das Recht auf Entwicklung könnte Entwicklungsländern eine Möglichkeit eröffnen, sich wirksamer als bisher vor ungewünschten, per GATT aber zulässigen Importen zu schützen. Einer solchen Erweiterung der Rechte müßte jedoch eine Stärkung der Überwachungsmechanismen der UN-Menschenrechtspakte vorausgehen. Denn die Frage nach dem politischen Willen, multilateral empfohlene Handelsmaßnahmen auch tatsächlich anzuwenden, ist unbeantwortet. Hier wäre es Aufgabe von Gewerkschaften und anderen NROs, entsprechenden öffentlichen Druck auf ihre Regierungen zu erzeugen und mit Boykottkampagnen o.ä. nichtstaatliche Handelsmaßnahmen zu propagieren.

Die Wahrscheinlichkeit, daß eine multilaterale Sozialklausel in den nächsten Jahren eingeführt wird, ist nach jüngsten Informationen aus der ILO jedoch drastisch gesunken. Die zuständige Arbeitsgruppe über 'Die soziale Dimension der Handelsliberalisierung' kam auf ihrer Sitzung vom 03.04.95 überein, die Diskussion über eine auf Sanktionen basierende Sozialklausel zu beenden (so Hans-Göran Myrdal vom schwedischen Arbeitgeberverband in einem Leserbrief an die Financial Times vom 04.05.95).

Die Beschränktheit der Wirkungen macht deutlich, daß eine Sozialklausel nur eines von vielen Instrumenten sein kann, um der globalen freien Marktwirtschaft wenigstens Ansätze einer globalen Sozialordnung entgegensetzen zu können.

Tobias Reichert

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO

Die ILO ist die älteste internationale Organisation, die sich mit dem Schutz von wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten befaßt. Sie wurde bereits 1919 als ständige Einrichtung des Völkerbundes gegründet und 1946 als für Sozialpolitik zuständige Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) weitergeführt. Zur Zeit sind mehr als 160 Staaten Mitglied der ILO. Ihr Jahresetat von 233 Mio.US$ entspricht etwa einem Prozent des jährlichen Etats des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

Viele Normen der ILO sind sehr speziell und detailliert, teilweise nur auf einzelne Branchen bezogen. Als zentrale, für alle Bereiche gültige Ziele werden angesehen:
- Vereinigungsfreiheit,
- das Recht auf freie Tarifverhandlungen,
- gleiche, produktive und frei gewählte Beschäftigung,
- Sozialversicherung,
- Öffentliche Arbeitsverwaltung,
- Unfall- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz,
- Schutz benachteiligter Gruppen vor Diskriminierung.

In der ILO sind im Gegensatz zu allen anderen UN-Organisationen nicht ausschließlich Regierungen vertreten. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände entsenden mit Regierungsvertretern gleichberechtigte Mitglieder in die ILO-Gremien. Das höchste beschlußfassende Organ der ILO ist die jährlich stattfindende Internationale Arbeitskonferenz (IAK). In sie werden aus jedem Land zwei Regierungsvertreter und je ein Vertreter von Arbeitgebern und Gewerkschaften entsandt. Die IAK bestimmt die politischen Leitlinien der IAO, verabschiedet die Übereinkommen und Empfehlungen und wählt die Mitglieder des Verwaltungsrats.

Das Sanktionsinstrument der ILO ist die Veröffentlichung der Vertragsverletzung im jährlichen Protokoll der IAK. Bei besonders schweren Fällen kann ein Sonderabsatz, nur diesen Verstoß betreffend, eingefügt werden. Fühlt sich ein Staat in einem Bericht zu Unrecht beschuldigt, so hat er die Möglichkeit den internationalen Gerichtshof anzurufen. Von diesem Instrument wurde bisher allerdings noch kein Gebrauch gemacht.

Sozialklauseln im Welthandel

Ansatzpunkte für Solidaritätsorganisationen

Die Debatte um Sozialklauseln ähnelt der Auseinandersetzung zu 'fair trade'. Die Gretchenfrage lautet: Wie weit können wir uns in den Strukturen bewegen, ohne das Gesicht zu verlieren? Wie kaum ein anderes Süd-Nord-Thema bewegt diese Frage die entwicklungspolitische Öffentlichkeit. Klaus Piepel stellt die Argumentationen zur Sozialklausel vor und plädiert für eine Kampagnepolitik von Nichtregierungsorganisationen.

Anfang der achtziger Jahre geriet die Unternehmenspraxis des amerikanischen Frucht-Multis Del Monte auf den Philippinen in das Kreuzfeuer der Kritik. Die schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne für die Del Monte-Arbeiter in Ananasplantagen wurden insbesondere von Hilfswerken und Entwicklungsorganisationen in der Schweiz zum Anlaß genommen, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne durchzuführen, um den amerikanischen Konzern zu besseren Sozialleistungen und Löhnen für die Plantagen-Arbeiter zu zwingen.

Ergebnis dieser Kampagne war eine Selbstverpflichtung von Del Monte gegenüber dem Migros-Genossenschaftsbund (größte Schweizer Lebensmittelkette) als Importeur von Del-Monte-Ananas-Konserven, in der es hieß, „daß die Produktionsmethoden für die Arbeiter sowohl in sozialer und in wirtschaftlicher Hinsicht überdurchschnittlich sind". 1993 wurde eine permanente Überprüfungskommission aus philippinischen Wissenschaftlern, spezialisiert in Landwirtschaft, Umwelt, Arbeitsrecht und Unternehmensführung, vereinbart.

Die langjährigen Erfahrungen mit diesem Beispiel einer betrieblichen Sozialklausel sind für die Schweizer Initiatoren der Del Monte-Kampagne ein wichtiger Grund, sich in der aktuellen Debatte für globale Sozialklauseln einzusetzen. „Die Sozialklausel Del Monte/Migros ist nur ein 'Testfall' für Sozialklauseln, wie sie weltweit nötig wären", meint Christoph Stückelberger vom Zentralsekretariat des protestantischen Hilfwerkes 'Brot für alle'.

Ein weiteres Beispiel sind indische und europäische Nichtregierungsorganisationen, die seit Anfang der neunziger Jahre versuchen, gemeinsam die gröbsten Auswüchse von Ausbeutung in der Teppichindustrie Indiens zu bekämpfen. Die indische Stiftung „Rugmark-Foundation", gegründet von einem deutsch-indischen Handelsförderungsprojekt der GTZ, indischen Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen die Ausbeutung von Kindern engagieren, sowie einzelnen Teppich-Exporteuren, vergibt ein Warenzeichen für Teppiche ('Rugmark') an solche Produzenten, die auf Kinderarbeit verzichten, mindestens die gesetzlich vorgeschriebenen Minimallöhne zahlen und diese Selbstverpflichtungen einer unabhängigen Kontrolle unterwerfen. In Deutschland machen Brot für die Welt, Misereor und terre des hommes in ihrer 'Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie' auf diese Problematik aufmerksam und werben beim Handel und bei den Konsumenten für den Absatz von Teppichen, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden.

Viele Aktionsgruppen und Entwicklungsorganisationen bemühen sich über diese konkreten Ansätze hinaus seit vielen Jahren im Rahmen des alternativen/fairen Handels, durch die Förderung einer entsprechenden Nachfrage, die Arbeitsbedingungen in Handwerks- und Landwirtschaftsprojekten der Dritten Welt zu verbessern.

Über die Notwendigkeit, bessere Löhne für Plantagenarbeiter zu zahlen, ausbeuterische und gefährliche Kinderarbeit zu unterbinden, Gewerkschafts- und Verhandlungsfreiheit durchzusetzen, gibt es unter Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen keinen nennenswerten Dissens. Der Vorschlag, diese Mindeststandards bzw. Arbeitsrechte mittels einer Sozialklausel in der neuen Welthandelsorganisation effektiver als bisher durchzusetzen, hat jedoch nicht nur unter den Regierungen, zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, sondern auch unter den Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen im Norden und im Süden ein sehr geteiltes Echo gefunden.

Die Debatte hat nämlich deutlich gemacht, daß Sozialklauseln ein „zweischneidiges Schwert" sind. Sie können einen Vorwand liefern, um im vorgeblichen Interesse der Verteidigung der Menschenrechte die eigenen Märkte gegenüber billigeren Produkten aus der Dritten Welt abzuschotten; sie können aber auch ein Hebel sein, um die Einhaltung grundlegender sozialer Rechte (zunächst in der Exportindustrie) weltweit wirksamer als bisher durchzusetzen.

Angesichts der im Süden kontrovers geführten Auseinandersetzungen über die Sozialklauseln, können Entwicklungsorganisationen und Aktionsgruppen im Norden nicht einfach als Anwalt der Dritten Welt oder der Armen auftreten. Sie können nur versuchen, in einen verstärkten Dialog mit verschiedenen Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika einzutreten, deren unterschiedliche Einschätzungen und Argumente gegeneinander abzuwägen und eine Position im eigenen Namen zu formulieren.

Die Warnung vor einem Mißbrauch einer Sozialklausel zum Zweck eines „Protektionismus im sozialen Gewand" muß äußerst ernstgenommen werden, da die Industrieländer in Folge der Reduzierung von Importzöllen zunehmend andere Handelshemmnisse aufbauen, um billige Konkurrenzprodukte von ihren Märkten fernzuhalten. Soll eine Sozialklausel nicht entwicklungspolitisch kontraproduktive Wirkung haben, muß sie deshalb sehr präzise formuliert und in ihrer Anwendung demokratisch kontrolliert werden, um ihren protektionistischen Mißbrauch gegen Länder der Dritten Welt möglichst auszuschließen.

Die sozialen Mindeststandards, die in vielen Vorschlägen zur Konzeption einer Sozialklausel immer wieder genannt werden (Verbot der Kinder- und Zwangsarbeit, Organisations- und Verhandlungsfreiheit, Nicht-Diskriminierung), sind grundlegende Menschenrechte, deren Realisierung nicht allein den Regierungen überlassen bleiben kann. Die Abschaffung der Zwangsarbeit in China, die Beendigung der Gewerkschaftsunterdrückung in Indonesien und die schrittweise Überwindung von Kinderarbeit in Indien können durch politischen und wirtschaftlichen Druck von außen beschleunigt und unterstützt werden. Deshalb sollten Entwicklungs- und Menschenrechts-NRO's für eine menschenrechtlich orientierte Sozialklausel im Welthandel eintreten.

Ein guter Ansatzpunkt für solche Kampagnen sind die Selbstverpflichtungen bzw. ethischen Kodizes, denen sich immer mehr Unternehmen (wie z. B. Levis, Nike ...) in Reaktion auf Konsumentendruck unterwerfen. Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen können eine wichtige Rolle dabei spielen, daß hiesige Unternehmen auch unterhalb der Ebene internationaler Vereinbarungen sowohl in ihren eigenen Produktionsstätten als auch bei ihren Zulieferbetrieben auf die Erfüllung von sozialen Mindeststandards achten müssen.

Auf eine Sozialklausel in der Welthandelsorganisation können wir wahrscheinlich noch lange warten - die Durchsetzung sozialer Mindeststandards in multinationalen Unternehmen oder in bestimmten Branchen können entwicklungspolitisch Engagierte aber durchaus erzwingen. **Klaus Piepel (Misereor)**

Kleinbauern im Supermarkt

Zur Kritik am „fairen Handel"

Am Beispiel Kaffee analysiert Ulf Baumgärtner angesichts derzeit hoher Kaffee-Weltmarktpreise die Beschränktheit der TransFair- Ethik und ihrer Umsetzung. Er hat konkrete Vorstellungen von den Bedingungen eines 'fairen' Handels, deren Übernahme er TransFair nahelegt.

Für 'dumme VerbraucherInnen' bedeutet TransFair-Ethik, tiefer in den Geldbeutel zu greifen, für gutgläubige AktivistInnen mehr ehrenamtliches Engagement, für Röster und Händler Profitgarantie und kostenlose Werbung durch TransFair und seine Trägerorganisationen.

Die auf den ersten Blick einleuchtende Idee von TransFair (Verein zur Förderung des fairen Handels mit der 'Dritten Welt' e.V.) ist es, Zusammenschlüssen von kaffeeproduzierenden Kleinbauern und -bäuerinnen mehr als den Weltmarktpreis für ihr Produkt zu zahlen, beziehungsweise ArbeitnehmerInnengremien auf Teeplantagen über die höheren Einkaufspreise einen Sozialfond zur Verfügung zu stellen. Als Lizenznehmer von TransFair können Kaffee-Anbieter in Deutschland mit dem Abdruck des TransFair-Siegels auf der Verpackung ihr Image und ihren Profit aufbessern. Seit Gründung des Vereins wird über dessen Sinn und Unsinn diskutiert. Trotzdem ist der 'gesiegelte' Kaffee mittlerweile im Supermarkt etabliert.

TransFair-Ethik

Der Zirkel, der die TransFair-Gründung vorbereitete, nannte sich 'Arbeitsgruppe Kleinbauern-Kaffee'. Mittlerweile gibt es auch TransFair-Tee, die 'Kleinbauern' sind in den Hintergrund getreten. NutznießerInnen der 'fairen' Preise sollen beim Tee PlantagenarbeiterInnen sein. Auch bei der Kaffeeproduktion gibt es PlantagenarbeiterInnen und bei der bäuerlichen Kaffeeproduktion in aller Regel ErntearbeiterInnen. Beide Gruppen sind bei der Einführung von TransFair-Kaffee nicht aufgetaucht. Ob demnächst, wenn es 'TransFair' gehandelten Honig geben wird, die Schwarzwälder ImkerInnen eine Rolle spielen wird, bleibt abzuwarten.

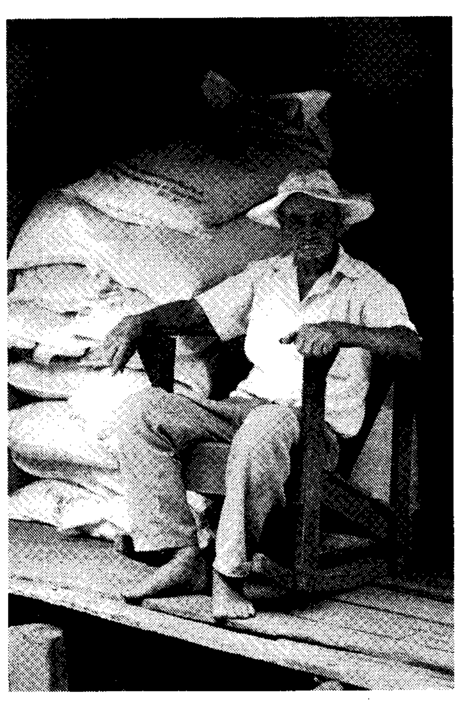
Der 'faire' Handel scheint also relativ gleichgültig gegenüber dem wirtschaftlichen Charakter der durch ihn Beglückten zu sein. Bei der bäuerlichen Kaffeeproduktion produziert die Bauernfamilie Kaffeekirschen. Um diese zu Rohkaffee verarbeiten und exportieren zu können, werden Genossenschaften gebildet. TransFair-Kaffee ist also allemal Kooperativenkaffee. Eine Erklärung von der Art der Genossenschaften und von der Problematik, daß durch garantierte Mindesteinkaufspreise und Abnahmeverträge privilegierte Genossenschaften die fatale Tendenz haben, diese Privilegien für sich alleine behalten zu wollen, sucht mensch bei TransFair vergeblich.

Stattdessen ist beim Kaffee ständig die Rede vom Kleinbauern. Weshalb? Offenbar ging es zunächst darum, die im ethischen Marktsegment verorteten potentiellen KäuferInnen von TransFair-Kaffee bei ihren 'good feelings' für die 'armen kleinen Negerlein' zu packen. Mittlerweile haben viele Firmen erkannt, daß sie "in ihren Werbestrategien zunehmend auf sozial verantwortliches Handeln setzen" müssen (Ingo Schoenheit vom Institut für Markt und Umwelt, lt. 'Die Zeit' vom 2.12.94).

TransFair, der Verein, der sich aus der Reihe der Absahner als ernsthafter Hilfsversuch abgesetzt sehen will, trägt zur Umpolung des 'Dritte-Welt'-Images bei. Die Schmoll- und Schmuddelecke der Weltläden wird verlassen und aus den im Kaufakt versteckten barmherzigen Spenden wird ein schickes 'ethical shopping' im glitzernden Supermarkt. Das faire Geschäft lohnt sich.

Wo bleibt die Differenz?

Das TransFair-System führte bis Juni 1994 zu einer Differenz zwischen dem jeweiligen Weltmarktpreis für Kaffee und dem garantierten MindesterzeugerInnenpreis, der bei



Zufrieden mit dem „fairen" Preis?

126,00 US$/Pound liegt. Diese Differenz entspricht nicht dem Unterschied in den EndverbraucherInnenpreisen zwischen der gesiegelten und der ungesiegelten Version gleicher bzw. gleichwertiger Kaffeesorten, die der jeweilige Röster oder Händler verkauft. Die letztgenannte Differenz ist in aller Regel größer. Was die Kaffee-KundInnen mehr bezahlen für 'fair' gehandelten Kaffee, wird nicht vollständig an die ProduzentInnen und ihre Genossenschaften weitergegeben. Wieviel es überhaupt ist und was damit im Einzelfall geschieht, darüber schweigen die Firmen und TransFair.

Die 'Frente de Cafetaleros Solidarios de América Latina', ein vom TransFair-Mitglied Friedrich-Ebert-Stiftung ins Leben gerufener ProduzentInnen-Verband, der ebenfalls TransFair-Mitglied ist, hat ausgerechnet, daß TransFair-Kaffee im Durchschnitt 25 US$-cents/250g Röstkaffee mehr kostet. 20% davon (5 US$-cents) bekommen die ProduzentInnen; 80% gehen in die Röstverluste

und in die Taschen von Röstern, Fiskus und Fair-Tradern. Die 'Frente' schlägt deshalb eine Analyse der Gewinnmargen bei Verarbeitung und Vertrieb des TransFair-Kaffees vor.

Steigt der Weltmarktpreis, wie dies mit Schwankungen seit 1994 der Fall ist, „über einen bestimmten Wert (114,55 US$-cents/Pound), erhalten die ProduzentInnen trotzdem einen Entwicklungszuschlag von zehn Prozent". So stand es bis vor kurzem, auch noch nachdem der Weltmarktpreis längst und erheblich über die 114-Schwelle gestiegen war, in der TransFair-Broschüre „Fair gehandelter Kaffee - wie funktioniert das?". Das war glatt gelogen, denn in den Lizenzverträgen steht etwas anderes. Da sie von Juristen entwickelt worden sind und nicht von Gutgläubigen mit einem Herzen für die Dritte Welt, ist das nicht ganz so einfach mit dem 'Entwicklungszuschlag'. Ist der Weltmarktpreis bei 114,55 US$-cents/Pound angekommen, dann zahlen die LizenznehmerInnen 10 % mehr, um so die 126,00 US$-cents/Pound, die wie schon erwähnt dem Mindestpreis entsprechen, zu erreichen. Klettert er weiter, zahlen sie immer weniger drauf. Bei 140,00 US$-cents/Pound z.B. zahlen sie nur noch 6,94 US$-cents/Pound, also ungefähr 5 % mehr. So geht es weiter, bis bei einem Weltmarktpreis von 165 US$-cents/Pound kein Aufschlag mehr bezahlt wird.

In den umfangreicheren 'Materialien für Bildungsarbeit und Aktionen' hieß es schon in der Erstauflage (Mitte 1992): „Steigt der Weltmarktpreis über die angegebenen Mindestpreise, wird ein Zuschlag von maximal 10 % des Weltmarktpreises gezahlt; dieser Zuschlag nimmt prozentual mit steigendem Weltmarktpreis ab". In der neuesten Auflage (Herbst 1994) dieser 'Materialien' heißt es dazu ergänzend: „Die Staffelung der TransFair-Preise ist degressiv. ... Liegt der normale Marktpreis (inklusive Qualitätszuschlag) bei oder über 165 US$-cents/Pound, so ist er mit dem TransFair-Preis identisch. Diese Regelung steht allerdings angesichts der gestiegenen Kaffeepreise auf dem Weltmarkt zur Diskussion an."

Hinter dieser Andeutung verbirgt sich die Tatsache, daß die 'Frente' seit Beginn des Preisaufschwungs einen festen Mehrpreis fordert, der unabhängig vom Weltmarktpreis für TransFair gehandelten Kaffee bezahlt werden soll. Das bedeutet neue Fairhandlungen mit den Lizenznehmern - auf deren Ergebnis mensch gespannt sein darf.

Auch bei den Informationen zur 'Vorfinanzierung' gibt es einen markanten Unterschied zwischen den einfachen und ausführlicheren Broschüren. In 'Fair gehandelter Kaffee - wie funktioniert das?' heißt es: „60 % des Kaufwertes müssen bei Vertragsabschluß gezahlt werden, wenn die Kooperativen dies wünschen." In den Materialien: „Auf Wunsch muß der Kaffeeimporteur der jeweiligen Produzentenorganisation einen Kredit von bis zu 60 % des Mindestwertes des Kaffees, über den ein Kaufvertrag abgeschlossen wurde, ermöglichen." Die 'Frente' hat darauf hingewiesen, daß es sich so oder so nicht um eine Vorfinanzierung (etwa zu Beginn der Ernte) handelt, sondern um eine Bezahlung bei Vertragsabschluß, wie sie auch in 'unfairen' Teilen der Branche oft geleistet wird.

Die kleinen Unterschiede in den Informationen erklären sich leichter, wenn mensch die Werbung für potentielle LizenznehmerInnen hinzuzieht. So heißt es in dem Faltblatt 'Was Kaffeehändler wissen sollten' fettgedruckt: „Die Gewinnspanne des Handels wird durch fairen Handel nicht geschmälert." Pikanterweise steht dann noch in demselben Faltblatt: „Die Öffentlichkeitsarbeit von TransFair und seinen Trägerorganisationen erhöht die Nachfrage nach fair gehandelten Produkten.".

Die bösen 'Coyotes'

Gibt es für das Objekt der Zuwendung, eben den 'Kleinbauern', immerhin noch einen Namen, so haben die zahlreichen Zwischenhändler zwischen diesem und den EndverbraucherInnen fast keine Namen. Nur einer taucht auf in den lebhaften TransFair-Schilderungen über das herbe Schicksal der kleinen Kaffeebauern, nämlich der 'Coyote'. In lateinamerikanischen ErzeugerInnenländern sind damit oft die wirtschaftlich wenig potenten - in TransFair-Terminologie die 'kleinen' - Zwischenhändler gemeint, an welche die bäuerlichen KaffeeproduzentInnen die Kaffeekirschen oder den halbverarbeiteten Kaffee verkaufen. In der deutschen Populärliteratur ist der 'Cojote' der 'Kater Carlo', der Schuft, der Noriega mit Schnauzbart.

Die meist freundlicher aussehenden und sich gesitteter benehmenden Absahner, die die längste Strecke des Weges von der Kaffeekirsche bis zum schwarzen dampfenden Getränk diskret in der Anonymität des Marktes versteckt begleiten, tauchen in der Öffentlichkeitsarbeit von TransFair nicht auf, die internationalen Fracht- und Versicherungsgesellschaften nicht, die Importeure, Röster, Groß- und Einzelhändler nicht und auch nicht der bundesdeutsche Fiskus.

Anders ausgedrückt: Die reale Marktstruktur wird zugunsten des heilen Bildes von der innigen solidarischen Beziehung zwischen 'Kaffeebauern' und KundInnen geflissentlich übersehen. Der Kern der 'ungerechten' Weltkaffeeordnung, die extreme Oligopolisierung des Weltkaffeemarktes zugunsten einiger transnationaler Konzerne, bleibt unerwähnt.

Die Welt der Supermärkte

Weil man bei TransFair blind ist gegen die hiesigen Marktstrukturen, hat man die wirtschaftlich schwachen LizenznehmerInnen



Zwei Klassiker: Die Sandino- und die Trabi-Dröhnung

der Konkurrenz der Stärkeren ausgeliefert. Das Ergebnis ist, daß die EndverbraucherInnenpreise für Siegelkaffee erheblich schwanken. Die KundInnen tun zwar den 'Kleinbauern' ein einheitliches Gutes, aber die Röster und Händler sind frei in der Gestaltung dessen, was sie sich zugute kommen lassen. Auf dieser Ebene gibt es keine Preisbindung. Das ist die halbe Wahrheit: es gehört hierzulande - gerade bei oligopolisierten Geschäften - zur Alltagspraxis, Preisabsprachen zu treffen. Ganz unter den Tisch fällt die 'kleine' Wahrheit, daß die Supermärkte bei TransFair-Kaffee eine höhere Verdienstspanne haben als bei 'unfair' gehandeltem Kaffee.

Alle Mitglieder des Vereins TransFair haben den Anspruch, im Dritte-Welt-Bereich bewußtseinsbildend zu wirken. Indem sie dies zum Teil schon sehr lange tun, darf unterstellt werden, daß sie sich auch schon einmal Gedanken darüber gemacht haben, wie und wo denn dieser Anspruch am besten zu verwirklichen sei. Der Supermarkt ist - das ist Common Sense und das nutzen Marktpsychologen seit Jahr und Tag - eine der Hochburgen der Verblödung in unserer Gesellschaft.

Zukunft besiegelt?

Die bisher angesprochenen Kritiken am TransFair-System - die kaffeetrinkende LeserInnenschaft sei hiermit aufgefordert, sie zu ergänzen und ihrerseits zu kritisieren - fügen sich zum Bild eines Zeitgeistunternehmens, das den wirklich mächtigen Kaffeekonzernen am liebsten bei Talkshows entgegentritt und die Leute im angepeilten ethischen Marktsegment dosiert informiert. Die Quintessenz des TransFair-Systems lautet: den 'Kleinbauern' helfen - sonst nichts. Unabhängig davon, ob sie gewollt ist oder nicht, ist dies eine starke Verengung der Zielsetzung, denn dem grundsätzlich löblichen Ziel, bäuerlichen ProduzentInnen in der Dritten Welt zu 'höheren' und garantierten ErzeugerInnenpreisen verhelfen zu wollen,

TransFairer Handel

Der Verein zur Förderung des Handels mit der 'Dritten Welt' e.V. (TransFair) wurde 1991 gegründet und wird inzwischen von 32 kirchlichen, entwicklungspolitischen und sozialen Organisationen getragen.

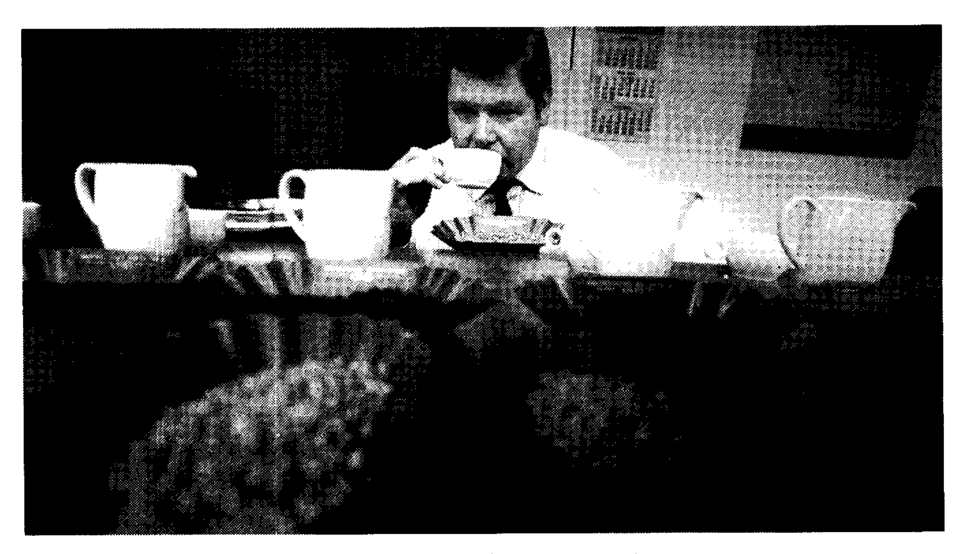
TransFair handelt nicht selbst mit Produkten aus der 'Dritten Welt', sondern vergibt in der Hauptsache das TransFair-Siegel an solche Produkte, die ihren Richtlinien entsprechen, an Importeure, Verarbeiter und Handelsketten. Die bedeutendsten Lizenznehmer des TransFair-Siegels sind die Unions-Rösterei ('Pedro'-Kaffee) und die gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH), welche ihrerseits hauptsächlich von den beiden kirchlichen Hilfswerken MISEREOR und Brot für die Welt sowie der AG3WL getragen wird.

Der Anteil von TransFair am Kaffeehandel in der BRD liegt bei ca.1,0%, Tendenz steigend. Der Umsatz der gepa liegt derzeit bei ca. 50 Mio. DM. Kürzlich wurde auch Tee mit dem TransFair-Siegel versehen, für Honig und Schokolade ist die Einführung desselben in Planung.

Die Mitglieder der 1986 gegründeten Mittelamerika-Kaffee-Im- und Export-GmbH (MITKA) sehen neben dem Verkauf von 'fair' gehandeltem Kaffee vor allem die Verbreitung von ausführlichen Informationen zur sozialen und politischen Situation der Anbauländer und der betreuten Projekte als ihre Aufgabe. Sie gewähren längere Abnahmegarantien, zahlen immer 10% Aufschlag auf den Weltmarktpreis, wenn dieser über dem MindesterzeugerInnenpreis liegt, und zahlen zu einem großen Teil den vereinbarten Preis bereits vor der Ernte. Der Kaffee wird durch MITKA direkt von den Kleinbauern und -bäuerinnen importiert, da Zwischenhandel den Kaffee nur verteuern würde. Darüberhinaus werden Projekte unterstützt, die das Ziel haben, die Lebenssituation der Kleinbauern und -bäuerinnen oder PlantagenarbeiterInnen zu verbessern, wie z.B. der Aufbau von Schulen, Kindergärten oder Krankenhäusern.

Mehr Informationen bei folgenden Adressen:

TransFair, Remigiusstr.21, 50937 Köln; GEPA, Talstr.20, 58332 Schwelm ; MITKA GmbH, Roerermonder Str.21, 52072 Aachen ; Ökotopia GmbH, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin ; Venceremos, Hauptstr.44, 48739 Legden; El Rojito, Brunnenstr.74, 22765 Hamburg



Sinne stimuliert, Bewußtsein verdampft - der Deutschem liebster Pausenfüller

können mehrere Mittel dienen.

Zum einen können die Gewinne der vielen, vorrangig in den VerbraucherInnenländern ansässigen Zwischenhändler (s.o.) beschnitten werden. Zum anderen kann die in der Bundesrepublik das Gros der Kaffeesteuer (die immerhin ca. 20% des Endpreises ausmacht) zugunsten der Rohkaffee erzeugenden Genossenschaften abgeschafft werden. Zum dritten können die EndverbraucherInnen durch die Entrichtung von höheren KonsumentInnenpreisen ihr Scherflein beitragen.

Weshalb das genannte löbliche Ziel nur mit dem letztgenannten Mittel angestrebt wird, also unter Beibehaltung der Gewinne aller maßgeblichen Akteure des Weltkaffeegeschäftes und unter Aufrechterhaltung der bundesdeutschen Kaffeesteuer, ist eine der Fragen, die TransFair noch zu beantworten hat.

Dabei geht es weder darum, TransFair als allzu markt-opportunistisch und systemfreundlich abzutun, noch darum, TransFair-KritikerInnen mit dem Totschlagargument „Wir schwätzen nicht, wir krempeln die Ärmel hoch." abzuwehren. Allen an der Diskussion Beteiligten und Interessierten dürfte klar sein, daß sich der Einsatz für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und jener für eine Verbesserung der sozialen Lage von bäuerlichen ProduzentInnen und PlantagenarbeiterInnen hier und heute nicht gegenseitig ausschließen. Damit das eine zum anderen paßt, außer den Anregungen zu Unternehmergewinnen und Kaffeesteuer ein paar weitere Vorschläge zur Güte:

- Die Preistabelle der TransFair-Lizenzverträge sollte dahingehend geändert werden, daß z.B. Arabica-Kaffeesorten der New Yorker Börsenpreis plus Qualitätszuschlag plus eine Alternativhandelsprämie (ein Festbetrag oder ein fester Prozentsatz) bezahlt werden, egal wie hoch der Weltmarktpreis ist. Natürlich unter Beibehaltung eines MindesterzeugerInnenpreises, der neu berechnet werden müßte.

- Damit der alternativ gehandelte Anteil am Gesamtumsatz eines Rösters oder Händlers nicht zum Feigenblatt verkommt, sollte eine Siegelkaffee-Quote festgelegt werden. Das bedeutet, daß nur die Firmen die Lizenz erwerben können, die sich verpflichten, z.B. zu mindestens 30, 40, 50 % (über den genauen Prozentsatz läßt sich trefflich streiten und verhandeln) ihres Gesamtumsatzes Siegelkaffee zu verkaufen.

Der Einwand, eine solche Bedingung zu stellen, sei nach bundesdeutschem Recht nicht möglich, sticht nicht. Aus eben demselben Grunde darf der Lizenzerwerb eigentlich auch nicht verbunden werden mit der Verpflichtung der LizenznehmerInnen, einen Mindesteinkaufspreis für Rohkaffee zu bezahlen. Die Hausjuristen von TransFair haben für dieses Problem eine Lösung gefunden. Auch für eine Siegelkaffee-Quotenregelung wird ihnen eine Konstruktion einfallen.

- Anzustreben wäre eine tatsächliche Vorfinanzierung anstatt der bisherigen Kreditregelung. Die Kaffeekooperativen brauchen Vorschüsse auf spätere Kaffeegeschäfte zu Beginn des Kaffeejahres und zu Beginn der Ernte.
- Die Preispolitik im Verbraucherland sollte transparenter sein.
- Damit die großen nicht die kleinen LizenznehmerInnen an die Wand drücken, sollte juristisch und/oder politisch nach einer Möglichkeit für eine VerbraucherInnen-Preisbindung gesucht werden.
- Vorrang vor kostenloser Werbung für die LizenznehmerInnen sollten Information und Öffentlichkeitsarbeit haben.

Ulf Baumgärtner

Der Autor ist Mitarbeiter bei der Kaffeekampagne 'El Salvador', die über die soziale und politische Situation in El Salvador unter anderem in ihrem Infoblatt 'Kaffee Klatsch' (liegt 3 bis 4 mal jährlich der 'ila' bei) informiert.

Wer hat die Kokosnuß?

Von den Schwierigkeiten einer Produkt-Kampagne

Neben oder anstelle internationaler Vereinbarungen können auch von NGOs organisierte Produkt-Kampagnen menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchsetzen. Am Beispiel der 'Kokos-Aktion' verdeutlicht der folgende Beitrag, daß solche Kampagnen aber auch zur Imagepflege einzelner NGOs oder Konzerne instrumentalisiert werden können.

Produkt-Kampagnen sind populär - zu Blumen oder Teppichen, zu Bananen oder Kaffee. Rein in die Supermärkte, ran an die neuen Zielgruppen, heißt die Devise. Oft bietet das koordinierte Vorgehen verschiedener NGOs gegen Menschenrechtsverletzungen in einem Sektor des Südens, der für den hiesigen Markt produziert, zwei gute Ansatzpunkte: Die Kampagnen erreichen weitere Kreise der Bevölkerung als in der 'traditionellen' Dritte-Welt-Arbeit, und durch die zumindest teilweise Orientierung auf die VerbraucherInnen agieren die Alternativmanager mit einem gewissen ökonomischen Machtpotential im Hintergrund. Doch nicht immer verläuft die Kooperation zwischen Nord- und Süd-NGOs, aber auch unter den Nord-NGOs, konfliktfrei. Das zeigt das Beispiel der 'Kokos-Aktion'.

Anfang der 90er Jahre etablierte sich eine Kooperation zur Verbesserung der miserablen Lebenssituation der philippinischen Kokos-Kleinbauern. Deren Produkte finden sich im 'Bounty'-Riegel von Mars, in vielen Bioläden und im Waschmittel des Marktführers Henkel wieder. Die guten Vorarbeiten des Referats Kirchlicher Entwicklungsdienst (KED) in Westfalen und das Interesse kirchlicher und nichtkirchlicher Organisationen wie FIAN, des Philippinenbüros und der Südostasien-Informationsstelle schienen eine gute Basis für eine Produkt-Kampagne darzustellen. Nach ersten gemeinsamen Aktionen zerbrach die 'Aktion' - der Begriff 'Kampagne' wurde von Beginn an vermieden - jedoch im vergangenen Jahr an inneren Widersprüchen.

Für FIAN stellten die Forderungen nach einer Agrarreform seitens des philippinischen Kokosbündnisses COIR, einem Bündnis aus Kleinbauern, Basisinitiativen und entwicklungspolitischen Beratergruppen, den Ausgangspunkt der Öffentlichkeitsarbeit hierzulande dar. Dagegen entwickelte die 'Kokos-Aktion' einen starken Selbstlauf, der strikt in Richtung Alternativhandel ging und ohne jede inhaltliche Anbindung an die philippinischen Partner blieb, die sich zunehmend überfahren fühlten.

Kein Becher ohne Henkel

Über die Gespräche mit dem Waschmittel-Riesen Henkel, der sich mit der Verwendung von biologisch abbaubaren Kokosölen ein grünes Image geben möchte, erfuhren die AktivistInnen in Manila und die Kokosbauern herzlich wenig. Die Gespräche waren und sind das ausschließliche Privileg der Evangelischen Kirche Westfalens. Hieß es zunächst lange, andere Gruppen könnten nicht beteiligt werden, da es die Befindlichkeit von Henkel stören würde, wurde bald klar, daß es innerhalb der Kokos-Aktion selbst keinerlei Übereinkunft über Ziele und Strategie der Gespräche mit Henkel gab.

Folglich zieht die Kirche diese Gespräche nach ihren Vorstellungen durch. Ihr Ziel ist anscheinend, ein gemeinsames Projekt von Kirche und Henkel mit einer philippinischen Genossenschaft, die es faktisch gar nicht gibt, anzuschieben, um einen 'faireren' Handel zu ermöglichen. Derweil ist es unmöglich, von Henkel konkrete Informationen über Lieferanten, Liefermengen und Preise zu erhalten.

Bestenfalls ermöglicht es die KED Henkel so, sich neben dem Öko- auch noch einen Sozial-Engel an die Brust zu heften - was bei Multis wie etwa Del Monte auf den Philippinen beliebt ist - , ohne die ausbeuterischen Strukturen und permanenten Menschenrechtsverletzungen, auf denen der Kokoshandel basiert, auch nur anzukratzen. Die Kokos-Aktion konnte nicht auf die Verpflichtung zur Umsetzung relevanter philippinischer Rechtsbestimmungen (Agrarreform, Pächterschutz, Mindestlöhne) gegenüber Henkel und Partnern dringen, da nicht nur die Informationen vorenthalten werden, sondern jeder Versuch des politischen Dialogs mit Henkel durch den Verweis auf die Gespräche mit der Kirche gekontert wird. Folglich reduzierte sich die publizistische Außenwirkung der Kampagne auf die Sichtweise Henkels und der westfälischen Kirche. Ein klassischer, längst überkommen geglaubter Konflikt zwischen Projekt- und Menschenrechtsarbeit brach auf.

Es sei schwer realisierbar, unabhängige Organisationen als dauerhafte Mitstreiter zu finden, „die sozusagen die Fußtruppen für eine Kampagne liefern, deren Schlüsselgespräche dann ausschließlich von einigen Funktionären" der westfälischen Kirche geführt würden, hatte schon früh ein innerkirchlicher Kritiker angemahnt. Lehren wurden daraus nicht gezogen. Stattdessen ersetzten zunehmend emotionalisierte Konflikte die inhaltliche Auseinandersesetzung. Kritik an dem Vorgehen der Kirchenvertreter wurde mit Vorwürfen wie 'Profilneurose' und 'traditionelle Solidaritätsarbeit' abgetan.

Eine Kampagne am Ende

An dieser Form der 'Kooperation' hatten FIAN, das Philippinenbüro und die Südostasien-Infostelle kein Interesse, zumal letztlich alle Entscheidungen vom KED und einer neueingerichteten Stelle bei der Evangelischen Akademie Iserlohn monopolisiert wurden. So fand die Kooperation zu einem dringlichen Thema ein betrübliches Ende.

Die Notwendigkeit einer Intervention angesichts der menschenverachtenden Behandlung der Millionen von Kokos-Kleinbauern auf den Philippinen steht außer Frage. Daß eine effektive Unterstützung möglich ist, zeigt der Erfolg einer FIAN-Eilaktion zu der 200 Hektar großen Kokos-Hacienda 'Maloles', deren Land zur Verteilung anstand, was deren Großgrundbesitzer aber verhindern wollte. Der Kampf der Landlosen vor Ort und die Unterstützung durch die FIAN-Aktion führten dazu, daß in diesen Wochen die Ländereien an die 110 Familien verteilt werden. Sicher, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit einer intensiver angelegten Kampagne wäre vermutlich mehr zu erreichen.

Die Kokos-Aktion verdeutlicht beispielhaft, daß zwei grundlegende Prinzipien Voraussetzung für eine erfolgreiche Produkt-Kampagne sind: der Aufbau einer gemeinsamen Forderungs- und Handlungsperspektive der Basisgruppen im Norden wie im Süden und die unbedingte Gleichberechtigung der Kampagnenpartner.

Frank Braßel & Michaela Maier (FIAN)

Export und hopp

Die indische Gesellschaft in der Zerreißprobe

In den letzten Jahren kam es in indischen Städten mehrfach zu Massenkundgebungen gegen die Unterzeichnung des GATT-Abkommens. Bereits Ende November 1992 fand in Neu Delhi eine Demonstration mit mehr als 500.000 TeilnehmerInnen statt, die sich gegen Globalisierungsstrategien der indischen Politik und insbesondere gegen das GATT-Abkommen richtete. Große Teile der Bevölkerung befürchten, in die Armut abzurutschen.



Die Lasten des Weltmarktes tragen Kleinbauern ....

Die Verschiebungen gesellschaftlicher Machtpositionen bilden den Hintergrund für die zunehmende Verunsicherung großer gesellschaftlicher Bereiche. Kleinbauern und Teile der nationalen Industrie sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Die Blickrichtung indischer Wirtschaftspolitik ist immer mehr auf weit entfernte Märkte im Ausland gerichtet und kümmert sich immer weniger um die Belange regionaler Binnenmärkte. Sowohl die Bereitschaft zur Annahme der mit schwerwiegenden Auflagen versehenen Strukturanpassungskredite als auch die Ratifizierung der GATT-Dokumente weisen auf einen fundamentalen Wandel der Wirtschaftspolitik der indischen Regierung hin.

Große Hoffnungen bei den GATT-Verhandlungen hatte die indische Regierung in die Liberalisierung der Landwirtschaft und des Textilbereichs gesetzt. Diesbezüglich ist sie jedoch bis ins nächste Jahrhundert vertröstet worden. Erheblich früher muß das Land seinen Dienstleistungssektor öffnen, seine Patentgesetzgebung ändern sowie Investitionskontrollen für transnationale Unternehmen lockern.

Angesichts einer Auslandsverschuldung von über 90 Mrd. US-Dollar und den Zugeständnissen, die Indien bereits bei der Annahme von Strukturanpassungskrediten an den IWF und die Weltbank gemacht hatte, blieb dem Land keine andere Wahl als darauf zu setzen, daß sich mit dem Abschluß der Uruguay-Runde seine Exportchancen zumindest mittelfristig verbessern würden.

Wirtschaftswunder ausgebremst

Seit 1947, dem Jahr der indischen Unabhängigkeit, bestimmt die Congress Partei die Politik in Indien, mit Ausnahme der Jahre 1977-79 und 1989-91, in denen andere Parteien die nationale Regierung stellten. Der Niederlage der Congress Partei von 1989 war eine wirtschaftliche Blütezeit vorausgegangen, die der einheimischen Großindustrie hohe Profite einbrachte und eine konsumorientierte Mittelschicht in Indien entstehen ließ. Sie wird heute auf 250 bis 300 Millionen Menschen geschätzt. Diese Entwicklung vollzog sich jedoch zum größten Teil auf Kosten der Landwirtschaft - u.a. eine der zentralen Ursachen für die Wahlniederlage. Die Landwirte hatten mit Hilfe der vom Staat niedrig gehaltenen Nahrungsmittelpreise die industrielle Entwicklung subventioniert.

Seit Beginn der 90er Jahre befindet sich die indische Wirtschaft jedoch in einer schweren Krise. Das hohe Wirtschaftswachstum der 80er Jahre hat zu einer beträchtlichen Verschuldung Indiens geführt. Indien ist heute das am dritthöchsten verschuldete Land der 'Dritten Welt'. Darüber hinaus verringern die extrem niedrigen Löhne das Wirtschaftswachstum. Aufgrund der fehlenden Binnennachfrage konnte das hohe Wirtschaftswachstum der 80er nicht in die 90er Jahre herübergerettet werden.

Großindustrie contra Kleinbetriebe

Die Auslandsverschuldung kann nur reduziert werden, wenn die Exporte erheblich gesteigert werden und/oder wenn ausländisches Kapital verstärkt nach Indien fließt. Auf beides setzt die Großindustrie mit ihren transnationalen Kontakten.

Die Strukturanpassung bindet Indien stärker an das globale Wirtschaftssystem an. Sie macht indische Produkte durch die Abwertung der Währung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger und erlaubt durch die Abschaffung bzw. Verringerung des Außenschutzes ausländischem Kapital und Pro-

dukten einen verbesserten Zugang auf den indischen Markt. Durch die neue Welthandelsordnung sollen mittelfristig auch indische Produkte einen leichteren Zugang zu Märkten der Industrienationen haben.

Vor allem die indische Großindustrie hat an der weiteren Globalisierung des Handels und der Produktion ein starkes Interesse. Sie hofft, die wirtschaftliche Stagnation durch die Ausweitung von Exporten überwinden zu können. Anstatt die Binnennachfrage durch Erhöhung der Löhne zu stärken, sollen gedrückte Lohnkosten die Exportfähigkeit verbessern. Die außenhandelsrelevanten Aspekte der Strukturanpassungspolitik, aber auch die neue Welthandelsordnung sind daher prinzipiell in ihrem Interesse. Das gilt auch für die binnenwirtschaftlichen Aspekte der Strukturanpassung (Privatisierung der Staatsunternehmen, Lockerung von Investitionskontrollen, Umstrukturierung des Steuersystems etc.), da diese die Bedingungen der Kapitalakkumulation erleichtern.

Mittlere und kleinere indische Unternehmen sehen dagegen der Globalisierung mit gemischten Gefühlen entgegen. Sie hatten bereits in den 80er Jahren große Schwierigkeiten, sich gegenüber indischen Konzernen und Importen ausländischer Produzenten zu behaupten. Ihr Kapitalstock ist äußerst gering. Fast eine viertel Million von ihnen ist hoch verschuldet. Nun geraten sie oft in eine Zwickmühle, da sie zusätzlich mit transnationalen Konzernen, die in Indien produzieren, in Konkurrenz treten müssen. Zudem verschlechtert sich ihre Lage durch das Wegbrechen staatlicher Schutzmechanismen (z.B. subventionierte Kredite und für 'small scale-industries' reservierte Produktionsbereiche).

Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Wirtschaftsreformen sind unterschiedlich einzuschätzen. Konsumenten, die sich langlebige Konsumartikel leisten können, können zukünftig billiger und in besserer Qualität einkaufen. Andere Gruppen - das heißt die überwiegende Mehrheit der indischen Bevölkerung - werden unter den Maßnahmen wie der zu erwartenden Erhöhung der Nahrungsmittelpreise zu leiden haben, wenngleich auch unterschiedlich stark. Selbst wenn die indische Wirtschaft durch die Strukturanpassung einen starken Wachstumsimpuls erhalten sollte, ist eine Verbesserung der Beschäftigungssituation und eine Reduktion der Arbeitslosenzahlen nicht zu erwarten.

Aufknacken des Binnenmarktes

Für ausländische Unternehmen öffnet sich durch die Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme und der GATT-Regelungen ein bedeutender Markt. Sie können ihre Produkte unter wesentlich günstigeren Bedingungen in Indien selbst herstellen, bei Produktionskosten, die ja erheblich unter jenen in den Industrienationen liegen. Der riesige indische Binnenmarkt und angrenzende Märkte bieten unter den neuen Bedingungen einen Standortvorteil. So sind die komparativen Kostenvorteile Indiens bei internationalen Geschäften besser zu nutzen. Durch die Regelungen im Bereich der handelsrelevanten Investitionsmaßnahmen (TRIMs) wird der Zugriff staatlicher Stellen über transnationale Unternehmen ausgehebelt. Frühere Bestimmungen, wonach bei der Produktion bestimmte Vorprodukte von indischen Unternehmen erworben werden müssen oder wonach bestimmte Produktionsanlagen nur für den Export produzieren dürfen, sind damit hinfällig.

Auch die bislang weitgehend abgeschotteten Dienstleistungssektoren stehen nun sperrangelweit offen. In Indien betrifft dies vor allem den lukrativen Banken- und Versicherungsbereich. Telekommunikation und das Transportwesen warten ebenfalls auf eine Modernisierung.

Ausländische Investoren sind im Moment jedoch noch unsicher, ob die Reformmaßnahmen dauerhafter Natur sein werden und ob nicht etwa gesellschaftliche Konflikte das Investitionsklima 'verderben' könnten. Sie zögern daher, Investitionen in Indien vorzunehmen und fühlen sich durch Ereignisse wie z.B. die Agitationen fundamentalistischer Hindus nicht gerade ermutigt, Flagge zu zeigen. Ausschlaggebend für das bislang hinter den Erwartungen der indischen Regierung zurückbleibende Volumen der Investitionen ausländischer Unternehmen dürfte jedoch die parlamentarische Schwäche der derzeitigen indischen Regierung sein. Sowohl links als auch rechts von ihr stehen zwei mächtige Parteiblöcke, die die Globalisierung vehement ablehnen. Es ist bislang ungewiß, ob durch die Bundestagswahlen, die spätestens 1996 stattfinden werden, nicht Parteien an die Regierung kommen, die andere Prioritäten setzen, zumal populistische Programme in Indien derzeit auf dem Vormarsch sind.

Liberale Landwirtschaft

Bereits wenige Wochen nachdem im Juli 1991 die ersten Maßnahmen des Strukturanpassungsprogrammes umgesetzt worden waren, häuften sich in Indien Meldungen über Hungertode. Im Bundesstaat An-dhra Pradesh verhungerten über 70 Handweber, nachdem die mächtige Spinnerei-Lobby Exporterleichterungen für Baumwollgarne durchsetzen konnte. Der wichtigste Rohstoff der Handweber wurde dadurch in Indien selbst immer knapper. Die Produktionskosten der Weber schnellten in die Höhe. Früher hatten sie sich und ihre Familien mit einem kärglichen Monatseinkommen von etwa 600 Rupien mehr schlecht als recht ernähren können. Die verbleibenden 300 Rupien, die nun im Laufe eines Monats in die Haushaltskassen flossen, reichten bei


.... und VerbraucherInnen

weitem nicht aus, um auch nur die wichtigsten Dinge des (Über-)Lebens zu kaufen, zumal die Nahrungsmittelpreise im selben Zeitraum deutlich anstiegen.

Die Erfahrungen der Handweber lassen erahnen, was geschehen wird, wenn sich durch das neue GATT der Handel mit Agrarprodukten tatsächlich zu einem lukrativen Geschäft entwickelt. Immer mehr landwirtschaftliche Produkte gehen in den Export mit der Folge, daß die Nahrungsmittelpreise in Indien selbst ebenfalls stark in die Höhe schnellen. Indische und multinationale Agro-Unternehmen haben bereits begonnen, sich auf das Exportgeschäft mit Agrarprodukten einzurichten. 1991 betrug der Umsatz der nahrungsverarbeitenden Industrie in Indien etwa 100 Mrd. Rupien, das waren etwa 18 Prozent des gesamten Industrieumsatzes. Die Exporte, die in diesem Jahr einen Wert von 30 Mrd. Rupien erreichten, sollen bis 1995 auf 150 Mrd. Rupien gesteigert werden. Allein von April bis November 1993 stieg der Wert der Agrarexporte gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres um über 43 Prozent.

Die Gefahren, die aus einer solchen Liberalisierung der Agrarexporte erwachsen, treffen Kleinbauern und Konsumenten gleichermaßen. Erstere müssen befürchten, daß sie über kurz oder lang ihr Land an die Agro-Industrie verlieren. So haben im Fischereibereich die hohen Weltmarktpreise für Garnelen in den letzten 30 Jahren Hunderttausende von Kleinfischern arbeitslos gemacht, da Exportunternehmen die Küstengewässer vor Indien hemmungslos leergefischt haben. Sollte sich die indische Regierung entscheiden, die Obergrenzen für Landbesitz abzu-

schaffen, wie ihr dies durch die Weltbank nahelegt wird, ist eine weitere Konzentration von Landbesitz und dadurch Benachteiligung der kleinen Bauern absehbar.

Die Konsumenten müssen sich - wie bereits in den letzten sechs Jahren - auf ansteigende Nahrungsmittelpreise gefaßt machen. Und das, obwohl seit 1989 in jedem Jahr eine neue Rekordernte eingefahren wurde. Bislang hatte der indische Staat ärmere Gruppen vor den Folgen der Preissteigerung für Nahrungsmittel weitgehend bewahren können, indem er stark subventionierten Reis und Weizen in speziellen Läden verkaufte. Aufgrund der externen Auflagen muß die Regierung nun die Subventionen für Düngemittel, Strom und Saatgut zurückfahren, die bislang den Landwirten zugute kamen. Gerne würden diese ihre Preise noch weiter erhöhen, doch die mangelnde Kaufkraft der indischen Bevölkerung vereitelt das.

Wie die Großindustrie sieht aus diesem Grund auch die Agrarbourgeoisie in einer stärkeren Exportorientierung einen Ausweg aus der Misere. Es gibt ja weltweit wohlhabende Konsumenten, die für indischen Basmati-Reis tief in die Tasche greifen. Und überhaupt lassen sich auf Reisfeldern auch andere Produkte anbauen, wie etwa Ananas oder Tulpen. Der Renner ist zur Zeit das Umwandeln von Reisfeldern in riesige Garnelenteiche. Die verheerenden ökologischen Auswirkungen fallen gegenüber den harten ökonomischen Interessen kaum ins Gewicht. Ob sich die Exportpläne indischer Großbauern und der Agro-Industrie realisieren lassen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob der durch das GATT in Aussicht gestellte verbesserte Zugang für Agrarprodukte auf die Märkte der Industrienationen tatsächlich staatfindet.

Chancen für indische Patente?

Die indische Landwirtschaft ist aber auch durch einen anderen Bereich des GATT-Abkommens berührt. Der Passus um den Schutz geistiger Eigentumsrechte hat schon während der Verhandlungen der Uruguay-Runde immer wieder Befürchtungen geweckt, auch aus diesem Grund würden die Produktionskosten der Landwirte in die Höhe gehen.

Von den angesprochenen Bestimmungen sind vor allem jene Landwirte betroffen, die Hybrid-Saatgut verwenden. In aller Regel sind dies mittlere und größere Bauern. Sie dürfen nach der erwarteten Änderung des indischen Patentrechts neugezüchtete Saatsorten nur noch dann verwenden, wenn sie den Herstellern Lizenzgebühren bezahlen. In den USA, wo solche strengeren Vorschriften bereits in Kraft sind, hat dies innerhalb kurzer Zeit zu einer Verdoppelung der Preise für Maissaaten geführt.

Wie die Landwirte sehen auch die mit der Entwicklung genetisch 'verbesserter' Nutzpflanzen betrauten Forschungseinrichtungen schweren Zeiten entgegen. So weist K.S. Gill, Vizepräsident der Punjab Agricultural University, darauf hin, daß erst der kostenlose Austausch von Saatgut die internationalen Bemühungen bei der Züchtung von Hochertragssorten ermöglicht hatte. Kritiker der schärferen Urheberrechtsbestimmungen sehen auch die Gefahr, daß viele der kleineren Saatgutproduzenten in Indien verschwinden werden, weil sie nun hohe Lizenzgebühren für die Verbreitung von Saatgut bezahlen müssen, das in den Labors der großen multinationalen Unternehmen entwickelt wurde. Ihnen bleibt höchstens noch die Möglichkeit, mitzuziehen und ihren eigenen Forschungs- und Entwicklungsbereich erheblich auszuweiten. In diesem Rennen können mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nur die ganz Großen mithalten.

Die indische Regierung sieht diesen Auswirkungen des GATT-Abkommens eher gelassen entgegen. Sie sieht im Bereich der Pflanzenzüchtung sogar Vorteile auf indischer Seite. So verweist C.R. Bhatia vom Department für Biotechnologie darauf, daß Indien durchaus das Zeug dazu habe, zu einem wichtigen Exporteur von Hybrid-Saatgut heranzuwachsen. Argumentative Unterstützung erhält die Regierung dabei von Teilen der Wissenschaft. So etwa von M.S. Swaminathan, dem Vater der 'Grünen Revolution' in Indien, der ebenfalls ein sehr großes Potential genetischer Vielfalt und biotechnologischer Fähigkeiten in Indien zu erkennen glaubt.

Für die Landwirte dürfte es allerdings einerlei sein, ob sie die Patentgebühren an einheimische oder transnationale Saatgutfirmen bezahlen müssen.

Kommerzialisierung traditionellen Wissens

Agrarwissenschaftler schlagen der indischen Regierung vor, sie solle umgehend die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, die zum Aufbau einer eigenen florierenden Saatgutindustrie notwendig sind. Nur so sei dem kostenlosen Eindecken der nördlichen Metropolen mit heimischem Genmaterial ein Riegel vorzuschieben. Die pragmatische Einstellung hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß sich Indien nicht leisten kann, einfach zuzusehen, wie von ausländischen Unternehmen die Patentierung und Kommerzialisierung von Lebensformen vorangetrieben wird. Bereits seit Jahrhunderten nimmt in Indien z.B. der Neem-Baum (Azadirchta Indica) eine herausragende Rolle bei traditionellen Formen der Schädlingsbekämpfung und in den unterschiedlichen traditionellen Medizinsystemen ein.

Dieses traditionelle Wissen wird seit einigen Jahren immer häufiger von ausländischen Chemiekonzernen entdeckt, die - anders als die einheimischen Nutznießer des Neembaumes - mit der Patentierung von Neem-Produkten begonnen haben. Da die Schädlingsbekämpfungsmittel, die aus dem Neem-Baum gewonnen werden können, in hohem Maße umweltverträglich sind, stoßen sie in den westlichen Industrienationen auf einen stark expandierenden Markt. So bringen in den USA inzwischen auf Neem beruhende Pestizide einen jährlichen Umsatz von etwa 400 Millionen Dollar ein. Sie sind durch mehr als 40 US-Patente geschützt. Für die indische Pharma- und Kosmetikindustrie, die Neem-Produkte bereits seit über 40 Jahren kommerziell vertreibt, ergibt sich durch das GATT-Abkommen eine vollkommen neue Situation: Wird das indische Patentrecht so verändert, daß es den durch das GATT festgelegte Bestimmungen entspricht, dann dürfen die indischen Hersteller diese Produkte nicht mehr ohne eine Lizenz der Patentinhaber aus den USA produzieren und vertreiben.

Zu befürchten ist auch, daß die Patentierung langfristig die freie und unbeschränkte Nutzung des Baumes durch lokale Gemeinschaften verhindern wird. Da die Patentrechtsinhaber in den USA ihre Produkte nur herstellen können, wenn sie ausreichend mit diesem tropischen Rohstoff beliefert werden, haben sich schon seit einiger Zeit die Warenströme vom inländischen auf den internationalen Markt zu verlagern begonnen. Seit 1975 verzehnfachten sich die Preise für Neem-Samen und für die lokale Bevölkerung wird es immer schwieriger, Samen oder Blätter des Baumes auf lokalen Märkten zu kaufen.

Ein brennender Rock

Neben dem Agrarbereich setzte Indien seine größten Hoffnungen auf die Verhandlungen über den Textilhandel. Die indische Verhandlungsdelegation hatte das Auslaufen des Multifaserabkommens zum 31. Juli 1996 angepeilt, im GATT 1994 wurde dies allerdings nur bis zum Jahre 2005 erreicht. Dann erst wird der Textilbereich vollständig in das GATT-Vertragswerk einbezogen. Am Tag vor Verhandlungsende konnte nur ein Schulterschluß von Indien und Pakistan die Fristverlängerung auf 13 Jahre verhindern.

Trotzdem können für weitere acht Jahre, d.h. bis zum Jahre 2013, Vertragsstaaten Bestimmungen zum Schutz der inländischen Industrie gegen Länder erlassen, die am Import einen Anteil von über drei Prozent haben. Die im Multifaserabkommen festgeschriebenen Quoten müssen innerhalb von zehn Jahren schrittweise abgebaut werden, wobei 51 Prozent der mengenmäßigen Beschränkungen in den ersten neun Jahren wegfallen müssen und im zehnten Jahr die restlichen 49 Prozent. Bevor das Multifaserabkommen endgültig ausläuft, werden die Importquoten der verschiedenen Länder weiterhin jährlich ausgehandelt.

20 Jahre AG 3 WL Arbeitsgemeinschaft 3. Welt Läden

Sonderausgabe anläßlich des 20-jährigen Jubiläums der Arbeitsgemeinschaft 3. Welt Läden

Die AG3WL wurde 1975 gegründet, um die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen Weltläden zu verbessern und eine breite Öffentlichkeit für entwicklungspolitische Zusammenhänge zu schaffen. Ein weiterer Aspekt war und ist, als Gesellschafter bei der gegründeten Importorganisation "Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt", kurz gepa, ein Wort mitreden zu können.

Als Gesellschafter der gepa personell in der Gesellschafterversammlung und einigen Ausschüssen (z.B. Projektpartnerausschuß) vertreten, war und ist deren Unternehmenspolitik nicht selten das beherrschende Thema der AG3WL bis in die jüngere Zeit hinein.

Später beteiligten wir uns auf ähnlicher Grundlage auch bei anderen Importorganisationen wie: El Puente, dritte-welt partner ravensburg, der Bayrischen 3. Welt-Handels Genossenschaft, dem Peter-Hammer Verlag und anderen kleinen Buchverlagen. Gerade die Beteiligung an den kleinen Buchverlagen erklärt sich aus den Bemühungen Ende der 70er/ Anfang der 80er-Jahre, die Info- und Bildungsarbeit durch Mitentwicklung und Konzeptionserstellung entwicklungspolitischer Bücher zu fördern.

Auch andere Themen und Konflikte sind ein Dauerbrenner. So arbeiten die jeweiligen Vorständen seit Jahren am Ausbau der regionalen Vernetzung von Weltläden und am personellen Ausbau der Geschäftsstelle.

20 Jahre sind für eine bundesweit strukturierte Organisation mit fast ausschließlich ehrenamtlicher Tätigkeit eine lange Zeit mit vielen, vielen Gesichtern im Vorstand, der Geschäftsstelle und in den verschiedenen Gremien. 1975 waren es gerade mal 7 Läden, 1979 schon 29, 1985 dann 70 und im Jubiläumsjahr 1995 sind es nun 112 Weltläden. Ganz schön, aber nicht gerade üppig angesichts von schätzungsweise 700 Weltläden in der Bundesrepublik. Bemühungen, den Organisationsgrad zu erhöhen und weitere Weltläden als Mitglieder zu gewinnen werden verstärkt. Als Anreiz gibt es einen Schnupperbeitrag in Höhe von 180,00 DM für die ersten beiden Jahre und einen verbesserten Dienstleistungsservice, wie z.B. den Kaffeebrief, die Profilierungskampagne sowie Sonderveröffentlichungen.

Impressum

Herausgeber: AG3WL e.V.
Postfach 100 205
64202 Darmstadt
Tel. + Fax: 06151 - 53 73 32

Redaktion: Monika Schlitt und Ralph Wille

Layout und Gestaltung: Ralph Wille, Grafikstudio

20 Jahre AG3WL: Sonderausgabe anläßlich des 20-jährigen Jubiläums der Arbeitsgemeinschaft 3. Welt Läden (AG3WL), April 1995

Neustrukturierung von AG3WL und rsk

Das hier vorgestellte "Struktur-Modell" ist ein Auszug aus einem Strukturpapier einer AG3WL-Arbeitsgruppe, das auf der letzten Mitgliederversammlung (MV) im März 1995 vorgestellt und verabschiedet wurde (s.a. *Weltläden aktuell* Nr. 58, S. 22 ff). Ziel der Umstrukturierung von AG3WL und rsk ist die Stärkung der Aktion 3. Welt Handel (A3WH). Im wesentlichen soll die konkrete Arbeit möglichst weitgehend regionalisiert werden.

Die folgende Strukturbeschreibung stellt eine Möglichkeit der Einbindung der regionalen Arbeit in den Dachverband AG3WL dar. Daneben sind aber auch andere Perspektiven denkbar. Auf der Basis der derzeit schon existierenden, größtenteils von ehrenamtlich arbeitenden Gruppen getragenen Strukturen, soll unter Beibehaltung der jeweiligen Stärken der regionalen und zentralen Strukturen eine umsetzbare Lösung zur Verbesserung der Effektivität und Transparenz der Arbeit gefunden werden. Dies wird unabhängig von der Lösung des Problems einer mit ausreichend personellen und finanziellen Ressourcen ausgestatteten Geschäftsstelle angestrebt. Nachdem die MV positiv beschieden hat, soll jetzt der vorliegende Entwurf auf den einzelnen Regionalkonferenzen (RK) diskutiert und verabschiedet werden. Bis Ende 1997 folgen dann alle Schritte, um die entsprechenden Veränderungen, z.B. auf der Ebene der Gremienvertretung, umzusetzen. Ab 1998 soll schließlich nur noch eine bundesweite Dachorganisation der Weltläden und Aktionsgruppen mit einer starken regionalen Verankerung und Vernetzung -"***Ein Stück Welt von morgen***"- bestehen.

Die einzelnen Gruppen und Gremien, ihre Zusammensetzung und Funktion

Mitgliedsläden/ -gruppen

Sowohl Weltläden als auch Aktionsgruppen können bei der AG3WL Mitglied werden, wenn sie sich mit deren Zielen (s. Satzung) einverstanden erklären. Läden und Gruppen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht Mitglied werden möchten, haben natürlich nur einen geringen Einfluß auf die Arbeit des Dachverbandes.

Mitgliederversammlung

Die einmal jährlich stattfindende Mitgliederversammlung (MV) des Dachverbandes ist der Ort, an dem Beschlüsse über die politischen Leitlinien der Arbeit der AG3WL diskutiert und beschlossen werden. Die Aufgaben der MV sind insbesondere:

- Wahl der Vorstandsmitglieder mit Vetorecht
- Wahl der GremienvertreterInnen
- Neuaufnahme von Mitgliedern
- Beschlüsse über Bei- und Austritt zu/aus anderen Organisationen (Importorganisationen)
- Festlegung des Mitgliedsbeitrags
- Verabschiedung des Haushaltsplans
- Beschlüsse zur Satzungs- oder Strukturveränderung

Die MV soll eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung sein (Pressemeldung im Vorfeld, Pressekonferenz zum Abschluß).

Regionalkonferenzen

Regionalkonferenzen (RK) dienen der konkreten (Zusammen-)Arbeit von Weltläden und Aktionsgruppen in einem überschaubaren -regionalen- Rahmen. Wesentliche Inhalte der RK sind:

- Informationsweitergabe, Erfahrungsaustausch, sowie Weiterbildung zwischen bzw. von Weltladen- und AktionsgruppenmitarbeiterInnen
- Vorbereitung und Koordination regionaler Aktivitäten
- Wahl von RegionalsprecherInnen

Im Gegensatz zur MV der AG3WL sind in den RK alle Läden und Gruppen, unabhängig von ihrer Mitgliedschaft bei der AG3WL, bei Beschlüssen und Wahlen stimmberechtigt. Jede Region ist autonom in der inhaltlichen Gestaltung und Intensität ihrer Arbeit; sinnvoll ist jedoch eine

Koordination mit anderen Regionen sowie der bundesweiten Ebene. In der Außendarstellung bilden RK die entsprechende regionale Ebene des zukünftigen Zusammenschlußes, d.h. Außenaktivitäten sollten inhaltlich auf die bundesweite Ebene abgestimmt werden. RK mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten ersetzen z.T. die bislang bundesweit ausgeschriebenen Seminare.

RegionalsprecherInnen

Diese werden auf den RK gewählt. Ihre Aufgaben umfassen:

- Organisation von RK
- Funktion als AnsprechpartnerInnen für alle Läden und Gruppen ihrer Region
- Funktion als Bindeglied zwischen der bundesweiten Ebene und den Läden und Gruppen. Dies dient dem wechselseitigen Informationsfluß und einer möglichst weitgehenden Koordination der Arbeit.
- RegionalsprecherInnen sind gleichzeitig AG3WL-Vorstandsmitglieder ohne Vetorecht.

Vorstand

Der Vorstand ist das politische Diskussions- und Entscheidungsgremium der AG3WL zwischen den MVs. Er besteht aus 5 vetoberechtigten Vorstandsmitgliedern (gewählt auf der MV) sowie 15-20 nicht vetoberechtigten Vorstandsmitgliedern (RegionalsprecherInnen).

Durch diesen Aufbau soll einerseits gewährleistet werden, daß im Zweifelsfall tatsächlich der Kurs der Mitglieder eingehalten wird, daß andererseits jedoch auch eine weitaus größere Zahl von Läden und Gruppen die Möglichkeit hat, ihre Interessen und Meinungen in die konkrete Arbeit der AG3WL einzubringen. Die Aufgaben des Vorstandes sind:

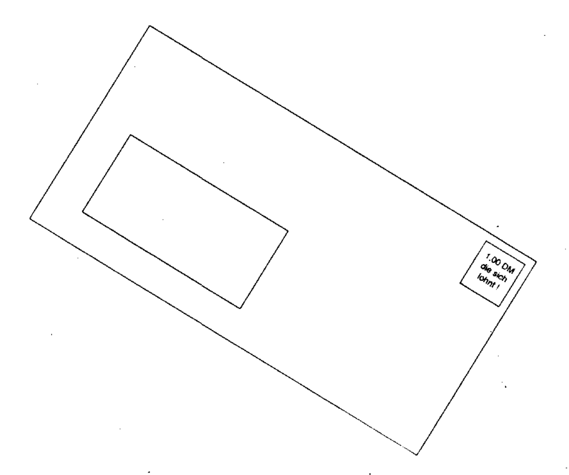
- Umsetzung der Beschlüsse der MV
- Über diese Beschlüsse hinausgehende Arbeit im Sinne der Mitglieder
- Beschlüsse über die detaillierte Verwendung der Finanzen
- Vertretung der AG3WL nach außen

Der Vorstand tagt mindestens 3x jährlich. Beschlüsse werden möglichst nach dem Konsensprinzip gefaßt; andernfalls gilt eine Vorlage als angenommen, wenn mehr als 50% der anwesenden Vorstandsmitglieder mit "Ja" stimmen. Die Vetoregelung greift, wenn mehr als 50% der anwesenden vetoberechtigten Vorstandsmitglieder ihr Veto einlegen.

Unterstützend für den Vorstand und die Geschäftsstelle richtet die MV verschiedene Arbeitsgruppen ein, die von Zeit zu Zeit auf ihre Aktualität geprüft werden. Zur Zeit bestehen z.B. folgende Arbeitsgruppen:

Finanzen; Importorganisationen (z.B. Gremienvertretung); Kaffeegruppe; Lobby- und europaweite Zusammenarbeit; Weltläden aktuell.

Über die AG3WL-Geschäftsstelle können gerne weitere Auskünfte, z.B. über die konkreten Aufgabenfelder der Arbeitsgruppen und Beteiligungsmöglichkeiten erfragt werden.



An die

AG3WL-Geschäftsstelle

Postfach 100 205

64202 Darmstadt

Eintüten, Marke drauf und Absender nicht vergessen !

Publikationen der AG3WL



3. überarbeitete Auflage
11.1992, 340 S. Paperback

19,80 DM



8. überarbeitete Auflage
03.1992

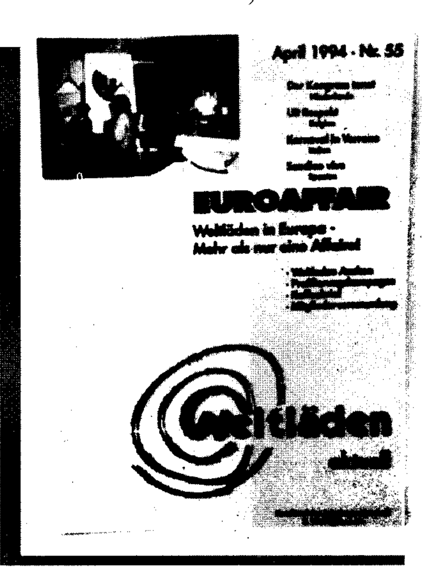
5,50 DM

Einzelheft

10,00 DM

Jahresabonnement

35,00 DM

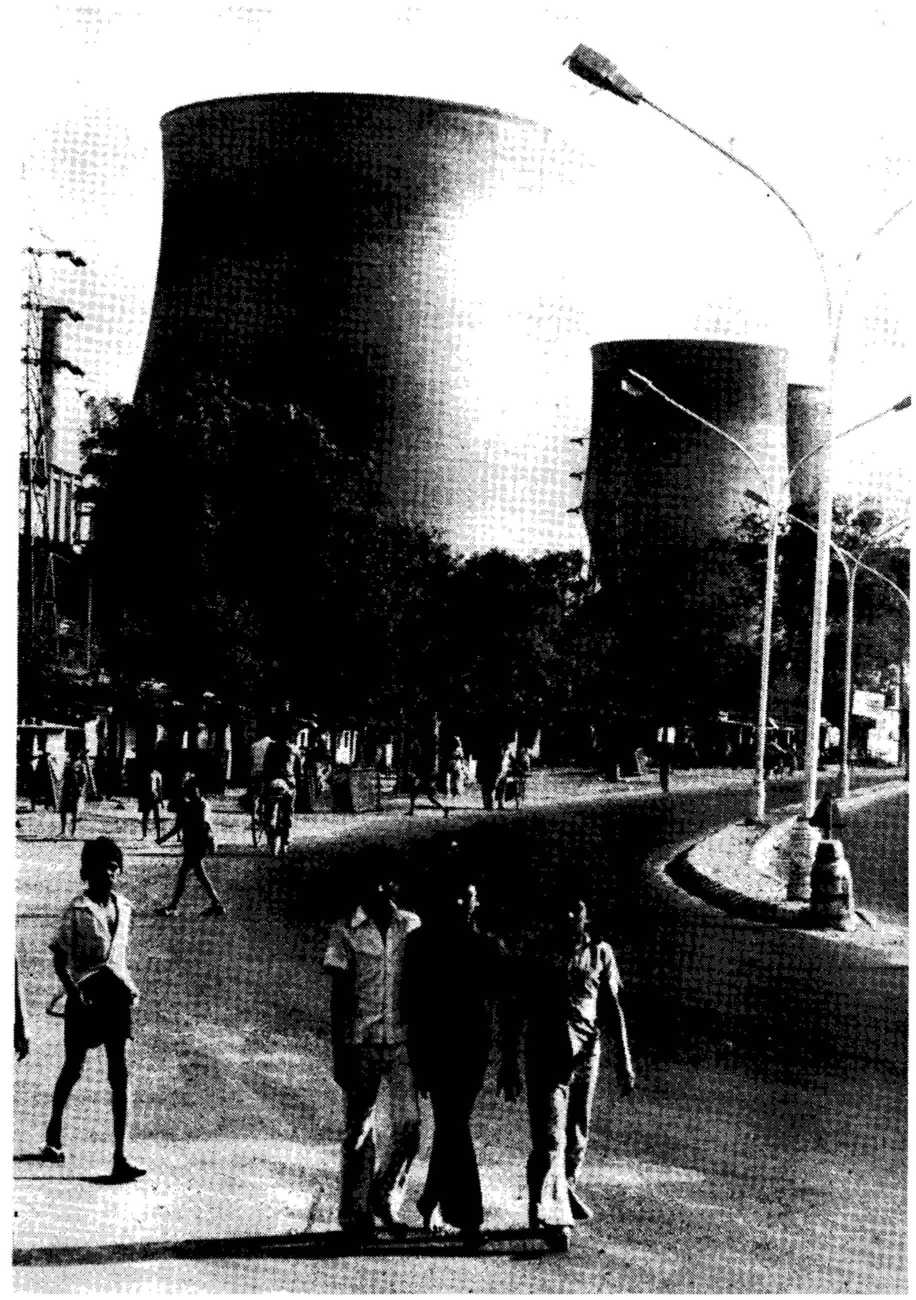


Die hier vorgestellten Publikationen stellen nur einen Auszug aus unserer Materialienliste dar. Bei Interesse für weitere Aktionen und/ oder Materialien füllt bitte nachfolgenden Abschnitt aus, steckt ihn in einen ausreichend frankierten Briefumschlag und schickt ihn an:

AG3WL-Geschäftsstelle; Postfach 100 205; 64202 Darmstadt; Tel. und Fax 06151 - 53 73 32

Wir benötigen noch weitere Informationen über die AG3WL.

- ☐ eine ausführliche Selbstdarstellung,
- ☐ die letzte Ausgabe von "*Weltläden Aktuell*" (Rundbrief der AG3WL),
- ☐ die Materialienliste.
- ☐ Wir sind mit unserem Diskussionsprozeß über eine Mitgliedschaft noch nicht am Ende. Um uns den letzten Ruck zu geben, komme doch bitte mal jemand vorbei.
- ☐ Wir sind für einen starken Dachverband; wir möchten daher Mitglied werden.
- ☐ Wir wollen uns kontinuierlich informieren und abonnieren den Rundbrief "*Weltläden aktuell*" zum Abopreis von DM 35,00 / Jahr.



Indiens Zukunft

Keinen Aufschub gibt es allerdings für die Verpflichtung der sogenannten Entwicklungsländer, ihre Einfuhrzölle für 17 Textil- und Bekleidungsprodukte auf 40 Prozent zu reduzieren. Für Indien bedeutet dies eine sofortige Senkung der Zolleinnahmen aus Textilimporten von 45 Prozent. Handelsminister Muhkerjee betonte am 2. Januar 1994 in einem Radiointerview, er wolle die bilateralen Verhandlungen im Rahmen des Multifaserabkommens nutzen, um für indische Textilien einen besseren Zugang auf den US-amerikanischen Markt zu erhalten.

Ob das gelingen kann, ist mehr als fraglich. Bereits im Sommer 1994 zeigte sich, daß die USA noch nicht einmal bereit sind, Produkte auf ihrem Markt zuzulassen, die im Multifaserabkommen ausdrücklich von Quotenbeschränkungen ausgenommen sind, beispielsweise handwerkliche Textil- und Bekleidungswaren der traditionellen Volkskunst. Im August 1994 verbot die US-amerikanische Verbraucherschutzkommission CPSC (US Consumer Product Safety Commission) den Verkauf von Ghagharas, einem traditionellen Damenbekleidungsstück aus Indien und verpflichtete die Einzelhändler zu einer großangelegten Rückrufaktion. Sie warnte die Konsumentinnen davor, diesen Damenrock zu tragen, weil ihrer Ansicht nach von diesem Kleidungsstück eine erhebliche Bedrohung für die Trägerinnen ausgehe, da es neben Baumwolle zum (geringeren) Teil aus Rayon (Kunstseide) gefertigt und deshalb in hohem Maße entflammbar sei. Bereits zuvor hatte der US-amerikanische Zoll versucht, den Import dieses Produktes zu verhindern, da es mit einem Gummiband ausgestattet und daher kein 'traditionelles' Produkt sei.

Nicht Sicherheitsbedenken führten zum Verkaufsverbot dieses Produktes, sondern die US-amerikanische Textilindustrie sollte vor einem erfolgreichen ausländischen Produkt geschützt werden. In den ersten fünf Monaten des Wirtschaftsjahres 1994/95 hatte der Import dieses Bekleidungsstückes in die USA das Volumen der beiden vorausgehenden Jahre nämlich deutlich überschritten. Diese Episode läßt erahnen, was geschehen wird, wenn nach Auslaufen des Multifaserabkommens tatsächlich Textilien auf den US-amerikanischen Markt drängen, die eine ungleich größere Bedeutung haben als ein Rock indischer Stammesvölker. Die Industrienationen, die sich beim Umgehen der GATT-Vorschriften durch die Errichtung nichttarifärer Handelshemmnisse bereits seit den 70er Jahren phantasievoll betätigen, dürften auch weiterhin Mittel und Wege finden, bei Bedarf ihre Märkte erfolgreich abzuschotten.

Mikro und Makro

Der indische Staat wird es schwer haben, auf die sich derzeit abzeichnenden Veränderungen gesellschaftlich adäquat zu reagieren. Will er die wirtschaftliche Entwicklung fördern, muß er auch weiterhin Gruppen begünstigen, die als kaufkräftige Konsumenten in Frage kommen. Soziale Disparitäten werden sich dadurch weiter verschärfen. Selbst wenn die Mittelschicht, wie geschätzt wird, in den kommenden Jahrzehnten von 250 auf 450 Millionen Menschen anwächst, wird weiterhin mehr als die Hälfte der Bewohner Indiens von jeglicher Entwicklung ausgeklammert sein. Die dann möglicherweise 450 Millionen Menschen umfassende Mittelschicht bietet jedoch eine solide Grundlage, Indien wirtschaftlich voranzubringen, weil diese Menschen einen ungeheuren Nachholbedarf haben. Diese Entwicklung wird aber weiterhin auf dem Rücken der ärmeren gesellschaftlichen Gruppen ausgetragen.

Unter dieser Perspektive macht es wenig Sinn, die Maßnahmen der Strukturanpassung und die Ergebnisse der Uruguay-Runde des GATT nur unter makroökonomischen Gesichtspunkten zu bewerten. Es ist schon vorstellbar, daß sich durch beide Maßnahmen bestimmte volkswirtschaftliche Indikatoren Indiens verbessern, zugleich wird sich das Lebensniveau von Millionen Indern und Inderinnen beträchtlich verschlechtern. Alleine zwischen 1990 und 1992 hat sich der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Inder und Inderinnen von 35,5 Prozent auf 40,7 Prozent erhöht. Hinter diesen fünf Prozentpunkten stecken immerhin 57 Millionen Menschen.

Susanne van Dillen
Eberhard Weber

Eine umfassende Liste zu Veröffentlichungen zum Thema GATT und Indien können bei uns angefordert werden.

FIAN
Für das Menschenrecht, sich zu ernähren

Die Mehrheit der Unterernährten und Hungernden lebt auf dem Land in den Staaten der Dritten Welt: Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Landlose, indigene Völker. Diese Menschen sind von der wirtschaftlichen Entwicklung an den Rand gedrängt und ausgebeutet worden. Ihre Bedeutung für die ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung ihrer Länder und der Welt wurde erst in den letzten Jahren erkannt. Dennoch hat in manchen Regionen die Unterdrückung der Landbevölkerung noch zugenommen: Sie wird Opfer von riesigen „Entwicklungs"projekten (wie etwa den Narmada-Staudämme in Indien), sie verliert ihr Land an Großgrundbesitzer oder an internationale Konzerne, die für unsere Konsumwünsche produzieren - und für die nurmehr LandarbeiterInnen gibts dort nur noch Hungerlöhne. Mit der weltweiten neoliberalen Politik und der damit einhergehenden Exportorientierung der Landwirtschaften des Südens nehmen Menschenrechtsverletzungen in diesen Agrarhandelssektoren immer mehr zu.

Die Armen auf dem Land haben keine Stimme, wenn ihre Rechte auf ein menschenwürdiges Leben verletzt werden. Die Mitglieder von FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) setzen sich weltweit bei akuten Bedrohungen der Rechte der Armen mit Eilaktionen für diese ein - beispielweise für die Gewerkschaftsrechte der PlantagenarbeiterInnen multinationaler Unternehmen.

Seit der Gründung von FIAN-Bundesrepublik 1986 sind 15 lokale Gruppen entstanden, die in langfristiger Fallarbeit mit den Betroffenen in der Dritten Welt für deren Menschenrecht auf Nahrung zusammenarbeiten. FIAN beteiligt sich überdies mit anderen Organisationen an Produkt-Kampagnen, z.B. für die Rechte kolumbianischer BlumenarbeiterInnen. Weiterhin richtet sich die FIAN-Menschenrechtsarbeit gegen die negativen Auswirkungen der EU-Agrarpolitik, die insbesondere mit den massiven Exportsubventionen die Existenzen zahlreicher Gruppen der Landbevölkerung in der Dritten Welt gefährdet oder zerstört. Bekannt geworden ist diesbezüglich insbesondere das EU-Rindfleischdumping nach Westafrika, wogegen FIAN in Kooperation mit zahlreichen europäischen NGO's erfolgreich vorgegangen ist. Weiter Informationen bei:

FIAN, Overwegstraße 31, 44625 Herne Tel. 02323/490099; Fax: 02323/496956

Die BUKO Agrar Koordination

Seit 1981 betreut die 'BUKO Agrar Koordination' als Kampagne des 'Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen' (BUKO) den Arbeitsschwerpunkt Landwirtschaft, Ernährung und Dritte Welt. Ausgehend von einer Beschäftigung mit der Problematik der Futtermittelimporte aus der Dritten Welt, thematisierte die 'BUKO Agrar Koordination' in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die europäische Agrarpolitik und deren Auswirkungen auf die Staaten der Dritten Welt.

Resultat dieser Beschäftigung war zunächst der im Oktober 1989 veranstaltete Kongreß zu Handel, Ernährung und Umwelt mit dem Titel 'Handlungsfreiheit statt Freihandel'. Mehr als dreißig Organisationen und Verbände aus den Bereichen Dritte Welt, Umweltschutz, Landwirtschaft und VerbraucherInnenschutz verabschiedeten dort mit dem 'Hamburger Manifest' eine gemeinsame Diskussionsplattform zu der damals laufenden Uruguay-Runde des GATT.

Mit den 'GATT-briefings' veröffentlichte die 'Agrar Koordination' im Rahmen einer internationalen GATT-Kampagne zwischen Juni 1990 und Dezember 1991 insgesamt sechs Ausgaben eines Informationsrundbriefes. Die 'GATT-briefings' gaben Informationen und Nachrichten zum damaligen Stand der Verhandlungen und griffen einzelne entwicklungspolitisch relevante Themenbereiche der GATT-Verhandlungen (auch außerhalb der Landwirtschaft) auf, um damit die GATT-Verhandlungen aus dem Schatten der Geheimdiplomatie herauszuholen und eine breitere Öffentlichkeit über ihre Auswirkungen zu informieren.

In den letzten Jahren hat die 'BUKO Agrar Koordination' das Thema Welthandel sowohl übergreifend in Form von Seminaren, Publikationen und Lobbyarbeit wie auch anhand konkreter Produktbeispiele (z.B. Zucker, Bananen) bearbeitet. Die produktspezifische Besachäftigung mit dem Thema Welthandel erfolgt durch die Mitarbeit in den entsprechenden Kampagnen zum Fairen Handel mit ausgewählten Agrarprodukten wie etwa der Bananenkampagne. Auch in den anderen Arbeitsschwerpunkten der 'BUKO Agrar Koordination' werden GATT-Aspekte berücksichtigt, so die Problematik der handelsbezogenen Aspekte der Schutzrechte für geistiges Eigentum (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights/TRIPs) im Arbeitsschwerpunkt Gentechnik/pflanzengenetische Ressourcen.

Das zehnmal im Jahr erscheinende vierseitige 'BUKO-Agrar-Info' bietet aktuelle Informationen über die Entwicklungen im Agrarbereich unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf die Länder der Dritten Welt. Interessant hinsichtlich GATT, WTO und Welthandel sind insbesondere die folgenden Ausgaben: 'Auswirkungen von GATT auf die Ernährungssicherheit Indiens' (Nr.40/ Jan.95); 'GATT-Agrarergebnisse nach Marrakesch' (Nr.32/April 94); 'GATT-Endspurt' (Nr.29/ Dez.93/Jan.94).

Hintergrundinformationen liefert das 'BUKO AgrarDossier'. Ein Dossier zum Thema Welthandel ist gerade in Vorbereitung. Ältere Ausgaben beschäftigten sich u.a. mit: Zucker (1992), Kaffee (1992) und Gentechnik (1994).

In der Reihe 'BUKO Agrar Studien' erschienen u.a. die Tagungsberichte 'Handlungsfreiheit statt Freihandel' sowie Beiträge zum Thema GATT (1990) und 'Anforderungen an eine international, sozial und ökologisch verträgliche Zuckerpolitik und die Rolle der EG' (1993).

Wer an einer Mitarbeit oder an den genannten Publikationen interessiert ist, wende sich bitte an:

BUKO Agrar Koordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Bilder und Texte aus dem Leben von Lissy Schmidt

Frankfurt: Zambon Verlag 1994,
ISBN: 3-88975-047-8, 58 Seiten, DIN A5, 9,80 DM
(über den Buchhandel beziehbar)



Am 3. April 1994 wurde die Journalistin Lissy Schmidt zusammen mit ihrem kurdischen Begleiter Aziz Qadir Faraj in Irakisch-Kurdistan ermordet. Anläßlich ihres Todes fand am 16. April 1994 in Frankfurt am Main eine Gedenkfeier statt, bei der wichtige Etappen aus ihrem Leben noch einmal beleuchtet wurden.

Die vorliegende Dokumentation enthält die dort vorgetragenen Texte.

Wettlaufen in Sackgassen

Weltweite Standortpolitik ohne Alternative?

Mit der Institutionalisierung der GATT-Runden im Rahmen der neugeschaffenen Welthandelsorganisation (WTO) versuchen die dominanten Akteure der Weltwirtschaft, den Prozeß der Globalisierung von Kapital, Gütern und Dienstleistungen politisch noch stärker abzusichern. Der hegemoniale Kurs der Freihandelsdenker samt seiner negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen wird seit Jahren heftig und berechtigt auch in den 'blättern des iz3w' kritisiert. Wenn es aber um die Frage nach möglichen Alternativen geht, hören die meisten Beiträge an der Stelle auf, wo es gerade spannend wird.



Die Segnungen des Freihandels: Getränkevielfalt weltweit

Die verstärkte Liberalisierung der Handelsbeziehungen und die Einbeziehung neuer Sektoren wie Dienstleistungen, geistiges Eigentum und Investitionsmaßnahmen verstärken die weitgehend bekannte Tendenz der Deregulierung des Weltmarkts. Die neue WTO ist aber auch eine qualitiativ neue und weltumspannende Institution. Sie bindet alle Mitgliedstaaten an Regeln, die auch überwacht und sanktioniert werden können. Zudem gilt nicht mehr das Prinzip der Einstimmigkeit, sondern eine qualifizierte Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Konsequenz: Das Prinzip der nationalen Souveränität ist mit den Unterschriften, die unter das Abschlußabkommen der Urugay Runde gesetzt wurden, zumindest schwer angeschlagen.

Über international anerkannte Regeln und die Überwachung derselben durch internationale Instanzen kann man lange streiten. Nur geht es im Falle der WTO um eine ausgeklügelte Wertehierachie, in der der Kurs klar ist: Nach dem Wachstum von Produktion und Handel von Waren und Dienstleistungen kommt lange nichts. Das „Ziel einer nachhaltigen Entwicklung" taucht zwar im Einleitungsabschnitt des WTO-Gründungstextes auf, wirkt aber schon auf den ersten Blick angeklatscht. Von sozialen oder bürgerlichen Grundrechten ist gar nicht erst die Rede.

In Paragraph fünf des Artikels III der WTO-Statuten heißt es in erfrischender Deutlichkeit: „Im Interesse einer kohärenten Gestaltung der weltweiten wirtschaftspolitischen Entscheidungen arbeitet die WTO gegebenfalls mit dem Internationalen Währungsfonds und mit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und den mit ihr verbundenen Institutionen zusammen". Der Gründungsvertrag der WTO umgibt sich erst gar nicht mit dem Deckmäntelchen 'weicher' UNO-Organisationen, sondern zieht neben IWF und Weltbank eine dritte Säule in den ach so liberalen Weltmarkt ein.

Im Gegensatz zu früheren GATT-Runden, die versuchten, den Welthandel zu regeln, geht es in Zukunft um die Durchsetzung klarer Handelskriterien, die sich am Maßstab des Freihandels bemessen. Alles, was sich dieser Doktrin in den Weg stellt, gilt als nicht-tarifäres Hindernis, welches abzuräumen ist.

Die hierzulande geführte Diskussion, ob es nicht sinnvoll sei, Sozialklauseln im Rahmen der WTO zu fordern oder ob eine Ökologisierung des GATT-Systems nun möglich sei, geht an der Zielsetzung des Vertragstextes und an den Interessen der G7- Staaten und der multinationalen Konzerne, die dahinter stehen, völlig vorbei. Die entwicklugspolitische Diskussion vieler Lobby-Organisationen ist eine Geisterdebatte, die die Realitäten der Vertragsparagraphen ignoriert. Um einer solchen Debatte zu entgehen, gilt es, einen knappen Blick auf das Weltmarktgeschehen zu werfen.

Das Fitneßcenter Weltmarkt

Die Anpassungen an den 'Sachzwang Weltmarkt' (Altvater 1987) gelten heute für Individuen wie für Betriebe und Staaten. Im Wettbewerb um die Attraktivität des Standorts gelten theoretisch zwar dieselben Spielregeln, bekanntlich sind einige Indu-

strienationen aber kräftig gedopt und andere, vor allem südliche Regionen, mühen sich nach dem olympischen Motto 'Dabei sein ist alles' verzweifelt ab. Sie suchen nach Nischen in der internationalen Arbeitsteilung, um ihre Schulden bedienen zu können, nicht abgehängt zu werden oder in Ausnahmefällen sich Metropolenmärkte zu sichern. Die Marktapologeten finden es aus diesem Grund einfach toll, daß die KonsumentInnen in Deutschland statt Kartoffelchips aus Rheinland-Pfalz mehr Cashewnüsse aus Indien knabbern und südkoreanische Autos von allen Werbetafeln blitzen. Frühere teure 'Kolonialwaren' und andere Importe aus fernen Ländern werden ja auch immer billiger, da die Transportkosten via Luftfracht oder Schiff kaum noch ins Gewicht fallen.

Der neoliberale Diskurs bestimmt heute fast jede ökonomische Theorieschule und praktische Politik. Ob es sich um monetaristische Brechstangenökonomen (Sachs 1994) handelt oder um Autoren, die über ausgeklügelte Modelle die „systemische Wettbewerbsfähigkeit" (Eßer u.a. 1994) einer Gesellschaft erhöhen wollen, alle gehen von der alles dominierenden Markt-, genauer Weltmarktorientierung aus.

Zwei historische Schulen

Das war nicht immer so. Die gesamte Geschichte kapitalistischer Entwicklungsmodelle und deren Strategien, internationalen Handel zum Vorteil der eigenen Nation voranzubringen, ist etwas vereinfacht gesprochen von zwei konkurrierenden Schulen geprägt. Mit David Ricardo hatten die Freihändler Anfang des 19. Jahrhunderts ihren ersten Theoretiker, der Liberalismus und Arbeitsteilung in ein universalistisches Modell der komparativen Kostenvorteile goß. Nach seiner Vorstellung sollten sich alle Länder auf diejenigen Produkte spezialisieren, bei denen auf der Grundlage natürlicher Faktoren die vergleichsweise geringsten Arbeitskosten anfallen. Selbst wenn die Arbeitsproduktivität in allen Sektoren im Verhältnis zur Konkurrenz noch schlechter ausfalle, sei eine Konzentration auf solche Sektoren noch von Vorteil, bei denen der relative Nachteil am geringsten ist.

In den Ländern, die mit einer übermächtigen ökonomischen Hegemoniemacht, im 19. Jahrhundert war dies England, zu kämpfen hatten, bildete sich alternativ der zweite Theoriestrang heraus. In Deutschland wurde er Mitte des letzten Jahrhunderts durch den Schwaben Friedrich List verkörpert. In einer Situation der ökonomischen Unterlegenheit des Deutschen Reiches plädierte er für eine nationale Produktionsweise unter dem Schutz von ökonomischen Mauern und für den gleichzeitigen forcierten Aus- und Aufbau der internen Ökonomie, um der Aufholjagd neuen Schub zu verleihen.



Highway-Idylle - US-Boom in den 50er Jahren

Beide Theorieschulen differenzierten sich im Lauf der Zeit immer weiter aus und hatten Hochphasen, in denen die Denker der Konkurrenz im Elfenbeinturm bleiben mußten und die zugehörigen Politiker abgewählt wurden. So desavouierte die Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre praktisch und theoretisch freihändlerische Ökonomiekonzepte. In einer Art Pendelreflex à la 'Pawlows-Dog' setzten die kapitalistischen Staaten auf abgeschlossene Räume und ritten sich so nur noch tiefer in die Krise.

Der Engländer John Maynard Keynes fand den kapitalistischen Weg aus der Sackgasse. Er begründete ein Instrumentarium zur staatlichen Konjunktursteuerung. Die New-Deal Politik in den USA nach der Weltwirtschaftskrise, die fordistischen Akkumulationsregime im Europa der fünfziger und sechziger Jahre setzten Vorbilder, die über den theoretischen Begriff der 'Entwicklung' eingebracht und in Form des 'Marshallplans' umgesetzt wurden. Bekanntlich hielt sich die Geschichte nur in Europa an derartige Vorstellungen und Modelle.

Eine qualitativ neue Situation

Heute, nicht erst, aber verstärkt nach dem Ende der bipolaren Situation, ist die Lage genau spiegelverkehrt. Das historische Potential des Sozialismus, aber auch das der Sozialdemokratie, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, scheint wie das des Liberalismus vor 50 Jahren ausgeschöpft. 'Schlanker Staat', 'Deregulierung der Wirtschaft' und 'Gürtel enger schnallen, da jetzt Süd-Korea an der Oder liegt', sind an die Adresse der Arbeitnehmer gerichtete Schlagwörter, die in keinem Kommentar der bundesdeutschen Wirtschaftspresse fehlen dürfen. Was steckt hinter den Erpressungsargumenten?

Seit der ersten kapitalistischen Gesell-

schaftsformation gibt es in unregelmäßigen Abständen, meistens initiiert von technologischen Entwicklungen, neue Globalisierungsschübe. Und in solch einem stecken wir mittendrin.

Zur Zeit erleben wir einen qualitativ neuen „Strukturwandel des globalen Kapitalismus, der kaum mehr als internationale Ökonomie, sondern immer mehr als Prozeß transnationaler Vergesellschaftung verstanden werden muß" (Röttger 1994). Dieser geht mit einer Neuorientierung von Konzernstrategien einher, mit der die alte Hierarchie konzerninterner Arbeitsteilung (Zentrale - Filiale) gegenüber einer neuen scheinbaren Widersprüchlichkeit von Zentralisierung und Dezentralisierung („komplexe Integration") an Bedeutung verliert. Dagegen gewinnen sowohl die Verknüpfung einzelner Standorte innerhalb eines Konzernes als auch relativ autonome Entscheidungsstrukturen an Bedeutung.

Mit dieser Transnationalisierung korrespondiert die Herausbildung eines 'global village'. Der Begriff zielt auf kulturelle Veränderungsprozesse, die sich in Form eines globalen Alltagsbewußtseins in das Individuum einbacken. „Der Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten ist kein Kampf zwischen nationalen Kapitalen, sondern ein Kampf zwischen Staaten und/oder um den Erhalt eines Teils des Weltkapitals" (Holloway 1993).[1]

Müssen wir aber nicht gleichzeitig eine Renaissance nationalstaatlicher Chauvinismen, ja regionalistischer Bestrebungen à la Lega Nord in Italien zur Kenntnis nehmen? Steht das nicht im Widerspruch zu den bisherigen Argumentationslinien? Zunächst ist ein solcher gesellschaftlicher Klammerreflex in Zeiten tiefgreifender ökonomischer Brüche nichts Ungewöhnliches. Die Gleichzeitigkeit einer gewaltigen technologischen Modernisierung und das Aufleben europäischer Imperialismen am Anfang dieses Jahrhunderts ist nicht nur ein historisches Beispiel.

Die weltweite kapitalistische Verlaufsform von Vereinheitlichung und Fraktionierung (Mistral 1986) gerade in Zeiten neuerer Globalisierungsschübe fügt sich zu einem Bild, dessen unterschiedliche Farben, auch wenn sie zunächst schrill wirken, zusammen gehören.

Der Süden im Norden und der Norden im Süden

Indem die Einbindung von Teilen der weltwirtschaftlichen Peripherie über die im Rahmen der neuen Konzernstrategien entwickelten Direktinvestitionen aus den Metropolen vollzogen wird, werden gleichzeitig die klassischen Zentrums-Peripherie Beziehungen als internationale Beziehungen in einem gesellschaftlichen Verhältnis innerhalb des Weltmarkts aufgehoben.

Der klassische Nord-Süd-Handel Rohstoffe gegen Industrieprodukte, so wie ihn noch viele AktivistInnen der Dritte-Welt-Bewegung im Kopf haben, ist heute nicht mehr schlüssig nachvollziehbar. Sicherlich, es gibt viele Staaten, gerade in Afrika, die in die alte internationale Arbeitsteilung zurückgeworfen wurden und zunehmend der 'Treuhandschaft des Nordens' (Menzel 1992) ausgeliefert sind. Das Exportprofil für die Mehrzahl der Dritte-Welt-Länder hat sich aber gewandelt (Lutz 1993). Der Anteil der Fertigwaren am gesamten Güterexport bei Vernachlässigung der Erdölexporte betrug schon vor fünf Jahren mehr als 70 Prozent.

Schon in den 80er Jahren war die faktische Bedeutungslosigkeit des Süd-Nord-Handels offensichtlich: Die Warenströme verliefen zu großen Teilen zwischen und innerhalb von wenigen hochentwickelten Wirtschaftsräumen, wie der EG oder Japan.

Wichtig ist aber eine Verlaufsform, die erst in den 90er Jahren augenfällig auftaucht. Die Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsbereiche des 'blutigen Fordismus' (Lipietz 1987) erfolgt nicht mehr im Rahmen der 'Neuen Internationalen Arbeitsteilung' (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1986) wie in den siebziger Jahren nach Südostasien. Heute ist die damalige neue internationale Arbeitsteilung veraltet. Man trifft inzwischen auch in den Metropolen auf wachsende Grauzonen von informeller Arbeit in entgarantierten Arbeitssektoren. Die Diskussion um einen zweiten bzw. dritten Arbeitsmarkt hierzulande spiegelt auch auf dem bisher noch national regulierten Arbeitsmarkt den Druck von Weltmarktsachzwängen wider. Ein bekanntes und drastisches Beispiel ist die Textilindustrie von New York, in der hauptsächlich illegale chinesische Migranten zu unmenschlichsten Bedingungen malochen. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, wenn die Textilindustrie in New York und Los Angeles wieder mit den bisherigen Billiganbietern aus Südostasien konkurrieren kann.

Umgekehrt gibt es Produktionssektoren, die bisher nur in den nördlichen Industrieländern anzutreffen waren und sich heute in einer 'Peripherie' ansiedeln, die keine mehr ist. Von Armutsschneisen umgeben, sind diese Inseln allerdings meistens auf wenige Freihandelszonen oder ökonomisch aufgerüstete Regionen begrenzt, die kaum Verbindungslinien zu anderen nationalen Produktionsformen aufweisen.

Bei den Zukunftsbranchen der Informationstechnologien sind aufgrund der technologischen Revolutionierungen in diesem Sektor qualitative Sprünge zu erwarten. Informationen sind inzwischen ein 'Rohmaterial' (Castells 1994), das soziale Prozesse und ihre Organisierung mitbestimmt. Der rasante Aufstieg der indischen Software-Industrie in der Mikro-Region Bangalore in Südindien deutet auf eine Tendenz der Entgrenzung der Dritten und Ersten Welt hin (Sträter 1994), die sich in Zukunft noch verstärken wird.

Inzwischen gibt es auch eine neue Managerklasse und Politikerkaste im Süden, die weltweite Perspektiven hat und sich wie die Kollegen aus dem Norden regionalchauvinistischer Ideologien bedient, um die eigene Bevölkerung bei der Stange zu halten. Mit der klassischen Kompradorenbourgeoisie,

die eher in den Hauptstädten der Ex-Kolonialmacht anzutreffen war, hat diese nichts mehr zu tun.

Der Widerspruch des Liberalismus

Die Gleichzeitigkeit des Niedergangs alter fordistischer Industrieräume und des Entstehens neuer Formationen wie der Informationstechnologie ist in Los Angeles, Moskau, Bogota, Madrid, Kuala Lumpur und Nairobi gleichermaßen zu beobachten. Wobei die sozialen Prozesse, von denen diese Entwicklungen begleitet sind, und ihre Verlaufsformen unterschiedlich sind. Die Gemeinsamkeit besteht darin, daß die Deregulierungsschübe und die Expansion der globalen Märkte auch im Norden die Einkommensdifferenzen verstärkt und die strukturelle Massenarbeitslosigkeit verfestigt haben (Falk 1995).

Die Umstellung auf reine Massenproduktion hatte im fordistischen Zeitalter die wichtige Aufgabe, große Teile der Bevölkerung mit langlebigen Konsumgütern zu versorgen. In der aktuellen kapitalistischen Formation führt sie außerhalb der produktiven Kerne zu ökologischen Katastrophen, sozialen Verwerfungen und zu riesigen Geldbergen. Wie das? Die riesigen Produktivitätszuwächse und die damit verbundene Kapitalintensität verschieben durch sinkenden Arbeitsanteil das akkumulierte Einkommen in die transnationalen Finanzmärkte. Die Geldvermögensbesitzer tummeln sich weltweit. Die übergroße Mehrheit allerdings kann im 'Kasinokapitalismus' nicht mitspielen und ist auf nationale Arbeitsmärkte angewiesen. Mit ihrer sinkenden Nachfrage können diese die Lücken des produktiven Sektors zu den internationalen Geldmärkten nicht schließen. Die Konsequenz: ansteigende Arbeitslosigkeit trotz konjukturellem Wirtschaftswachstum.

Die praktische Politik und die vorherrschende Ökonomieschule nützt der Wirtschaft und den Geldvermögensbesitzern, aber nicht der Gesamtgesellschaft. Eigentlich ein banaler Satz im Kapitalismus. Allerdings hat uns der 'sozialdemokratische Sicherheitsstaat', in dem die Westdeutschen die letzten vierzig Jahre lebten, vergessen lassen, daß am Horizont ein neuer 'Wettbewerbsstaat' (Hirsch 1994) auftaucht.

Internationale Standortkonkurrenz und Sozialstaat passen im Gegensatz zur Situation vor dreißig Jahren kaum noch zusammen. Herbert Giersch, neo-liberaler Vordenker des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, bringt es auf den Punkt: "Im Extrem kann einfache Arbeit in Deutschland nicht höher entlohnt werden als in Tschechien, auf Dauer auch nicht höher als auf dem indischen Subkontinent..."(Giersch 1994). Horst Afheldt zieht daraus die richtige Schlußfolgerung: „Eine Theorie, nach der internationaler Freihandel Massenwohlstand bringt, gibt es nicht. Aber eben das wird verkündet. Dagegen kennt die klassische Ökonomie sehr wohl eine einleuchtende Theorie, die das Absinken der Massen der nicht hochqualifizierten Arbeitnehmer der Industrienationen auf Entwicklungsländerniveau vorhersagt" (Afheldt 1994). Davon redet zwar Giersch in Fachpublikationen, aber nicht Helmut Kohl im Fernsehen.



Ein Joghurt geht seinen Weg

Beide Schulen haben ausgedient

Gibt es einen Ausweg? Die Schwierigkeit besteht darin, daß das neoliberale Projekt angesichts der Weltmarktverflechtungen kaum durch ein revitalisiertes nationales Abschottungs- und Aufholprojekt ersetzt werden kann. Reaktionäre Populisten mögen darauf zwar theoretisch beharren, für linke Politik kann es aber auch theoretisch kein Konzept mehr sein. Beide kapitalistische Konkurrenzprogramme sind offensichtlich an ihre Grenzen gestoßen. Wer sich allerdings Gewerkschaftsstrategien oder sozialdemokratische Umbauprogramme anschaut, kommt aus dem Staunen nicht heraus. Obwohl der letzte nationalstaatliche Keynesianismus in Europa bereits Anfang der 80er in Frankreich gescheitert ist, verharren die Analysen und Forderungen auch in den 90er Jahren im nationalstaatlichen Rahmen. Die augenfällige Schwäche und die Defensivposition der Gewerkschaften erklärt sich vor diesem Hintergrund.

Nach dem de facto Wegfall der Transportkosten wird die Standortwahl der Unternehmen zentral von der Produktivität (den Stückkosten der Fertigung) bestimmt. Bei einem erhöhten Produktoutput sinken die Stückkosten (in der Volkswirtschaft 'economies of scale' genannt). Die Wirtschaft ist unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen auf Teufel komm raus zu immer größeren Einheiten verdammt. Wachstum ist nur möglich, wenn in möglichst wenigen Standortfocussen die Fläche ausgedehnt wird und die Produktionsmenge zunimmt, um die Preise zu reduzieren. Das Umfeld, meist kleinere und langsamere Strukturen, gehen dabei vor die Hunde.

Ein alltägliches und vergleichsweise harmloses Beispiel verdeutlicht die neue kapitalistische Verlaufsform. Riesige Supermärkte auf der Wiese, die nur vom Auto angefahren werden können, zerstören zunehmend Einzelhandelsstrukturen und kleinbäuerliche Betriebe. Gerade in 'aufholenden Regionen der EU' wie in den fünf neuen Bundesländern ist dies sinnfällig. Hier bestätigt sich praktisch der oben analysierte Trend von den neuen produktiven Kernen, die von immer größeren Schneisen von Armut und Leere umgeben sind. Der Finanzstrom von West nach Ost aus dem Bundeshaushalt kaschiert die Situation nur notdürftig.

Slow statt Fast

Und doch halten die Freihändler sklavisch an ihren Wachstumsmodellen fest. Ein weiteres Beispiel ist das Konzept der 'Transeuropäischen Netze', das Ende letzten Jahres auf dem Gipfeltreffen des Rats der EU in Essen durchgepeitscht wurde. Über immer schnellere Züge, immer mehr und breitere Autobahnen und die Etablierung von Datenhighways soll Wachstum initiiert und Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Die Behauptung, neue Autobahnen würden längerfristige Arbeitsplätze in der jeweiligen Region schaffen, ist, obwohl gebetsmühlenartig immer wieder vorgebracht, nicht belegbar. Das Gegenteil klingt glaubwürdiger. In welcher Region der EU wurden in den letzten 15 Jahren die meisten Beton- und Teerpisten durch die Landschaft

geschlagen? Richtig, in Andalusien. Und wo gibt es mit die höchste Arbeitslosenrate? Auch in Andalusien! Riesige Regionalfonds der EU, die auch für intelligentere Maßnahmen hätten ausgegeben werden können, versickerten in monströsen Infrastrukturprojekten. Solche Dinosaurierpolitik schlägt sich auch im Osten nieder. So gibt es in Polen oder Ungarn ein gut ausgebautes Eisenbahnnetz. Bewußt wird es dem Verfall preisgegeben. Stattdessen fördern Weltbank, die EU, aber auch die nationalen Regierungen den forcierten Auf- und Ausbau des Straßennetzes.

Dagegen erheben sich nun in bisher leider nur wenigen 'think-tanks' Gegenstimmen, die Wege aus der Sackgassenpolitik aufzeigen. Ein Beispiel ist das 'Süddeutsche Institut' in Augsburg: „Weil das Szenario FAST die sozialen Probleme, insbesondere die weltweit steigende Arbeitslosigkeit und die Verelendung der Massen nicht stoppen kann, deshalb postulieren wir ein Szenario SLOW" (Molt/Brückl 1994). Neben dem Vorrang der Nähe, also dem Blick auf die Bedürfnisse einer Region, ist damit auch die Brechung der Diktatur der Beschleunigung in den Köpfen intendiert.

Den Augsburgern geht es nicht um ein 'Ausstiegsszenario', das sich über hohe Zoll- oder andere Mauern vom Weltmarkt verabschieden will, um in naiver Weise an einem eigenen gesellschaftlichen Biotop zu basteln. Bei dem 'Szenario Slow' handelt es sich weder um die Einführung der Subsistenzwirtschaft, die für Einzelne, aber nicht für Gesellschaften machbar ist (ich kenne jedenfalls keine Wege, die dies auch nur annähernd für dieses Land aufzeigen können), aber auch nicht um die klassische nachholende Abkopplungsstrategie. Und das macht die Geschichte spannend.

Zunächst gilt es anzudenken, was und wie sinnvoll in einem re-regionalisierten Raum lokal organisiert, produziert, vertrieben und auch wieder beseitigt werden kann. Eine Steuerreform, die das Kürzel 'öko' nicht nur als Anhängsel begreift, ist ein erster Schritt. Es muß aber über die Tagespolitik hinaus gedacht werden. Eine anzustrebende Recyclingwirtschaft, die Arbeitsplätze schafft - das könnte ein politisches Argument mit Sprengwirkung werden - ist nur im lokalen Rahmen und auf der Basis lokaler Verantwortung sinnvollerweise vorstellbar. Es gilt, in intelligenter Weise einen Bremsmechanismus über die Erstellung von regionalen Ökobilanzen zu entwicklen, der den Transportwiderstand, sprich die Konkurrenzgrenzen für nicht hochwertige Güter wieder anhebt. Der unsägliche Mülltourismus ist nur die Spitze des Eisbergs. Auch ein schlichtes Joghurt wird oft Tausende von Kilometern durch die Landschaft gefahren. Zudem gilt es, verschiedene Produktionsweisen vor Ort besser zu vernetzen und auszunützen. Wo sind zum Beispiel nachwachsende Rohstoffe einzusetzen?

Das Konzept von Re-Regionalisierung hat sehr wohl Anknüpfungspunkte an das Weltmarktgeschehen. Es gibt Grenzen auch bei optimaler Ausnutzung der regionalen Produktion. So ist es sinnlos, in Norwegen Ananasplantagen hochzuziehen. Umgekehrt sollten aber die Ananasfrüchte auf den Philippinen nicht in erster Linie für den Export angebaut werden, sondern auch dort die Bedürfnisse regionaler Bewirtschaftung im Vordergrund stehen. Was niemand hier hindern sollte, Ananscocktails zu schlürfen, sie würden nur etwas teurer sein.

Die politische Macht, die dem Marktgeschehen Ziele setzen und regulierend eingreifen muß, bedarf einer ähnlich großen Reichweite wie der Markt; und die ist weltweit. Die naheliegende, allerdings abstruse Schlußfolgerung daraus wäre die Forderung nach einer Weltregierung. Etwas abgemildert und politisch schon realistischer ist die politische Aufwertung von Großregionen wie der EU, unter deren Schirmen sich ökologische und soziale Forderungen durchsetzen lassen würden. Bekannterweise sträuben sich einem aber bei solchen Argumenten die Nackenhaare, da bürokratischen und undemokratischen Superstrukturen, die nur von oben Herrschaftswissen durchsetzen, Tür und Tor geöffnet werden würde. Es gilt folgerichtig, ein Konzept der Re-Regionalisierung von unten zu entwickeln, das sich zwar an Nationalstaaten und Großräume anlehnen kann. Dabei müßte der Schwerpunkt der Aktivitäten aber regional entfaltet werden, und, das ist zentral, als Hintergrund ein transnationales Verständnis durchschimmern.

An diesem Punkt liegt ein Seitenblick auf die Geschichte des linken Internationalismus nahe. Die Linke, die eigentlich doch nationale Grenzen überwinden wollte, fiel im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts immer deutlicher in diese wieder zurück. Im Gegensatz dazu weitete sich das Kapital mit seiner ihm eigenen zivilisatorischen Mission immer weiter aus. Wir müssen daher die Grenzen des Nationalstaats in einem anderen Sinn in Frage stellen und überwinden. „Der Internationalismus hat die Fronten gewechselt. Solange die Linke auf diesem Gebiet nicht die Initiative zurückgewinnt, darf sich das gegenwärtige System sicher fühlen" (Anderson 1993).

Im Bereich der Verkehrs- und Handelspolitik liegen Vorschläge zur Diskussion auf dem Tisch, wie Mega-Institutionen mit ihrer erpresserischen sogenannten freihändlerischen Politik theoretisch Paroli geboten werden kann. Wir sollten sie aufgreifen und damit auch in der entwicklungspolitischen Debatte wieder Wind entfachen.

Georg Lutz

Anmerkung:

1) Trampert/Ebermann werfen leider Holloway, Roth und Kurz in einen Topf. Holloway ist kein „Nivellierungsthoretiker", da er zwar die Zentrums-Peripherie Bipolarität kritisiert, aber sehr wohl den nördlichen Metropolenstaaten größere Ressourcen im Standortwettkampf zubilligt. Und, „daß der internationale Geldfluß den Nationalismus nicht hat eindämmen können", muß nicht als Widerspruch sondern als ein gesamtes Bild diskutiert und begriffen werden.

Literatur:

Afheldt (1994): Wohlstand für Niemand?, München

Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg.

Altvater, Elmar (1994): Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaat, in: PROKLA Nr.97, Berlin.

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (1994): Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO), L 336, 23. Dezember 1994.

Anderson, Perry (1993): Zum Ende der Geschichte, Berlin.

Brückl, Stephan/Molt, Walter (1994): SLOW, Nachhaltiges Wirtschaften, Verkehrsvermeidung und Entschleunigung - eine alternative Perspektive für Europa, Hrsg. Wilfried Telkämper (MdEP), Augsburg.

Castells, Manuel (1994): European Cities, the Informational Society, and the Global Economy, in: New Left Review Nr. 204, London.

Ebermann, Thomas/Trampert Rainer (1995): Die Offenbarung der Propheten II, in: Konkret 4/1995, Hamburg.

Eßer, Klaus/Hillebrand, Wolfgang/Messner, Dirk/Meyer-Stamer, Jörg (1994): Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik; Deutsches Institut für Entwicklungspiolitik (DIE), Berlin.

Falk, Rainer (1995): Weltmarktkonkurrenz und Abhängigkeit. Zum Zusammenhang zwischen ökonomischer Globalisierung und sozialer Polarisierung, in: Andere Zeiten 1/1995, Berlin.

Giersch, Herbert (1994): Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit, Stuttgart.

Hirsch, Joachim (1994): Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Internationale Regulation, Demokratie und 'radikaler Reformismus', in: Argument Nr. 203, Berlin.

Holloway, John (1993): Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat, in: PROKLA, Nr. 90, Berlin.

Lipietz, Alain (1987): Mirages and Miracles, London.

Lutz, Georg (1993): Ein (Welt-)Markt - Viele Welten, in: Arbeitsgruppe 501 (Hrsg.): Heute hier - morgen dort, Migration Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarkts, Freiburg.

Menzel (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt.

Mistral, Jaques (1986): Régime international et trajectoires nationales in: Robert Boyer (Hrsg.): Capitalisme fin de siècle, Paris.

Röttger, Bernd (1994): Europäische Union und Bedingungen linker Wirtschaftspolitik. Akkumulationsstrukturen und politisches Regulationsmodell im Eurokapitalismus, in: Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier 025, Berlin.

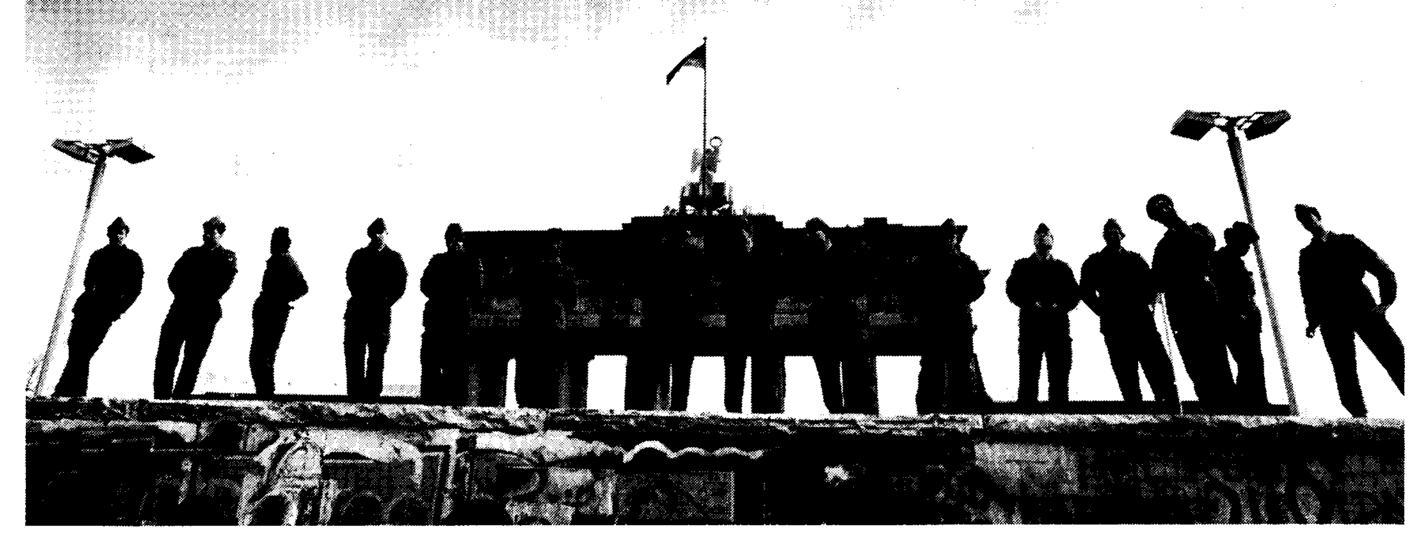
Sachs, Jeffrey/Schatz, Howard (1994): Trade and Jobs in US Manufacturing. Brookings Papers on Economic Activity, Washington D.C.

Sachs, Wolfgang (1995): Der Einzelne ist der Papierkorb, in: FREITAG Nr. 3, 13. Januar 1995, Berlin.

Sträter, Frank (1994): Last Exit Los Angeles, Entgrenzung der Dritten Welt als Wegweiser für die Solibewegung, in: blätter des iz3w Nr. 200, Freiburg.

Schön bunt und nützlich

Der Diskurs über die multikulturelle Gesellschaft



Nach der 'geistig-moralischen Wende' im Jahr 1983 wurde das 'Ausländerproblem' gezielt dethematisiert und erlebte eine Phase der relativen Latenz, die bis 1986 anhielt, als die Debatte als 'Asylnotstand' wiederbelebt wurde. In dieser Zeit richtete sich der deutsche Fremdenhaß auf die Zielgruppe der nicht-europäischen Flüchtlinge aus, die die der Arbeitsmigranten sozusagen „unterschichtet" (Blahusch 1992:61) hatte. Die Einführung des Unworts 'Asylant' in den deutschen Sprachgebrauch markiert, daß sich die Gegenüberstellung von erwünschten und unerwünschten, legitimen und illegitimen Flüchtlingen durchgesetzt hatte. Die einen kamen weiterhin aus der DDR und aus dem Osten Europas, hatten eine weiße Hautfarbe, traten als einzelne Menschen auf und galten als in ihren Herkunftsländern tatsächlich gefährdet.

Asylsuchende aus nicht-europäischen Herkunftsländern dagegen wurden fortan pauschal und undifferenziert als in Massen bzw. in den schon bekannten 'Fluten' hereinbrechende, farbige, „offenkundige Scheinasylanten" verunglimpft: „Der Begriff 'Asylanten' setzt also genau da ein, wo es darum geht, den Flüchtlingscharakter generell in Zweifel zu ziehen." (Gerhard 1993:240)

Als Bestandteil, Resultat und Katalysator dieses Prozesses der fortschreitenden Enttabuisierung rassistischer und nationalistischer Haltungen muß der elektorale Aufschwung der rechts- extremen und nationalpopulistischen Parteien, insbesondere der DVU und der REPs, bewertet werden. Sie kandidierten scheinbar mühelos von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und repräsentieren deutschen Rassismus und Nationalismus seit 1989 in den jeweiligen Parlamenten.

Dies ist der zeitgeschichtliche Hintergrund, vor dem wiederum Heiner Geißler mit einem vielbeachteten Interview in der ZEIT 1988 seine alte Idee von multikultureller Integration neuauflegte und damit die Debatte um die MKG neu entfachte. „Der Begriff 'multikulturelle Gesellschaft' mobilisierte die Geister, und es antwortete ein vielstimmiger Chor", zeigte sich Geißler (1990:180) rückblickend selber überrascht über das Echo auf seinen erneuten Vorstoß. Angesichts der Wahlerfolge rechtsextremer Parteien avancierte die politische Chiffre 'MKG' schnell zu einer Formel, auf die sich die Anhänger einer 'alternativen Ausländerpolitik' verständigten.

Im Hinblick auf ihre Verortung im gesellschaftspolitischen Spektrum betrachtet, ist die Koalition der Verfechter einer MKG eigentümlich breit: So reicht die Anhängerschaft im parlamentarischen Bereich von konservativen Modernisierern in der CDU über einzelne Liberale und zahlreiche Sozialdemokraten, insbesondere die Jungsozialisten, bis zu den GRÜNEN und (später) der PDS. Ihre vehementen Fürsprecher hat die MKG vor allem aber auch bei Spitzenvertretern von Wirtschaft und Kapital, in Gewerkschaften, Kirchen und vielen außerparlamentarischen Initiativgruppen.

Zwei Gründe sind für die Partei- und ideologische Grenzen übergreifende Zusammenarbeit angebbar: Die heterogene Schar wird erstens geeint durch das gemeinsame Bestreben, dem von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geprägten Klima in der Bundesrepublik entgegenzuwirken.

Zweitens ist der Begriff MKG als solcher zunächst so schillernd wie vage: „Wie bei allen politischen Schlagwörtern steht seine inhaltliche Aussagekraft und Präzision in umgekehrter Proportionalität zur Häufigkeit seiner Verwendung." (Voss 1991:8). Er ist beliebig inhaltlich ausgestaltbar, multifunktional und für die verschiedensten Zwecke einsetzbar: Mit dem Eintreten für die MKG können unterschiedlichste Interessen einhergehen.

Mit dem Begriff 'Interessen' ist, so meine These, die zentrale Kategorie des Multikulturalismus der zweiten Phase der Diskussion benannt.

Heiner Geißlers Satz: „Wer die ethische Dimension des Zusammenlebens mit Ausländern nicht versteht, sollte wenigstens die ökonomische begreifen" (1991:83), drückt kurz und bündig den qualitativen Sprung in der Motivation, Stoßrichtung und Programmatik des Multikulturalismus im Vergleich zur ersten Phase aus. Nicht länger bildet die politisch-moralische Verpflichtung gegenüber den Ausländern den Angelpunkt des Engagements, diese als gleichberechtigt anzuerkennen. Stattdessen wird mit Blick auf den rassistischen Diskurs, der die Anwesenheit von Ausländern zur Gefährdung deutscher Interessen erklärt, die Widerlegung dieser Behauptung in den Vordergrund der Anstrengungen gestellt: Bereicherung statt Bedrohung, lautet die Devise. So wird das wohlverstandene *Eigeninteresse*, das die Deutschen dazu bewegen sollte, mit Ausländern auf Dauer zusammenzuleben, zum zentralen Begründungselement des Diskur-

ses. Wenn sich dabei die Freunde der MKG die Argumente auch beständig gegenseitig zuspielen und voneinander übernehmen, so bestimmt doch letztlich die Frage, *welche konkreten Interessen* dabei in den Vordergrund gestellt werden, die jeweilige Ausprägung der promultikulturellen Haltung.

Danach lassen sich auch die bekannten Varianten des Multikulturalismus unterscheiden. Der 'demographisch-arbeitsmarktpolitische' Multikulturalismus Geißlerscher Prägung begrüßt die Migranten als Leistungsbringer, die das deutsche Sozialsystem stabilisieren und den demographischen Knick begradigen.

Der 'pädagogisch-psychologische' Multikulturalismus rühmt die therapeutische Wirkung von Minderheitenkulturen. Mit ihren Charaktereigenschaften wie Spontaneität, Herzlichkeit und Kommunikationsfähigkeit würden Menschen aus anderen Kulturen die Kälte und Langeweile der modernen Leistungsgesellschaft abmildern helfen.

Der 'urbane' Multikulturalismus preist die Fremden als Stadt- und Welterneuerer. Diese seien als Garanten der Vielfalt kulinarischer Freuden aus dem Image weltoffener Städte gar nicht wegzudenken.

Ausländer, so läßt sich der promultikulturelle Diskurs also insgesamt auf den Punkt bringen, helfen in unterschiedlicher Weise, Defizite der bundesrepublikanischen Gesellschaft und/oder ihrer Kultur zu kompensieren und sollten deshalb tunlichst im eigenen nationalen Interesse akzeptiert werden. In der wohlmeinenden Absicht, auf die Vorbehalte der Deutschen gegenüber 'Fremden' einzugehen und sie argumentativ auszuräumen, präsentiert der Multikulturalismus eine Kosten-Nutzen-Rechnung, aus der hervorgehen soll, daß es vernünftig, da gewinnbringend sei, mit Ausländern friedlich zusammenzuleben. Der Multikulturalismus appelliert hier an den deutschen Sinn für Nutzen und Profit, denn die Bilanz ergibt immer, daß Toleranz sich unterm Strich lohnt - psychologisch, kulturell oder ökonomisch.

Ohne Zweifel war 'MKG' eines der populärsten Wörter des Jahres 1989. Unabhängig davon, wie man zu seinem Inhalt stand, wurde dem umstrittenen Schlagwort als Verdienst angerechnet, zumindest die Tatsache, daß in der Bundesrepublik ethnische Minderheiten auf Dauer leben und leben werden, ins gesellschaftliche Bewußtsein gerückt zu haben. Im Zuge des Vereinigungsprozesses brach die Debatte dann aber jäh ab. Statt 'Multi-Kulti' standen nun Begriffe wie Hoyerswerda, Mannheim oder Rostock für den Umgang der Deutschen mit 'Ausländern'.

Nicht die Angriffe auf die Unterkünfte von Asylbewerbern allein, sondern vor allem auch der Umstand, daß viele Deutsche diesem Treiben lautstark applaudierten, hat die Namen dieser Orte zu Symbolen werden lassen. Zu Symbolen für den Bruch mit der stillschweigenden Übereinkunft, die in der Nachkriegsgesellschaft tabuisierten, aber stets virulenten fremdenfeindlichen und rassistischen Ressentiments nicht in nackte Gewalt umschlagen zu lassen. Dieser Konsens „war nun nicht mehr ohne weiteres vorauszusetzen, er mußte beschworen werden." (Balke et al. 1993:VII)

Die Forschung nach den Ursachen des deutschen Rassismus erfolgte auf bekannte Weise. Die Opfer der rassistischen Angriffe, ihre Anzahl, deren 'fremde' Verhaltensmuster, ja vor allem der Umstand, daß sie überhaupt in Deutschland sich aufhielten, daß also der Art.16 (noch) existierte, wurden für das Geschehene verantwortlich gemacht. Auf diese Weise verkehrte sich die Täter-Opfer-Relation. Der rassistische Terror wurde von Politikern als ultimative Aufforderung der Bevölkerung interpretiert, daß es nun endgültig gelte, „den Asylmißbrauch einzudämmen" , so Kanzler Kohl, der weiterhin warnte: „Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr (...) eines Staatsnotstandes" (zit.n. konkret1/93:11f.). Auch die SPD beugte sich dem 'Massenbewußtsein' und änderte ihren Kurs in der Asylpolitik, so daß alsbald eine 'Große Sachkoalition' sich an die Arbeit machen konnte, den Asylparagraphen in seinem Kerngehalt abzuschaffen.'

Erst nach dem Brandanschlag in Mölln, wo drei türkische Frauen und Mädchen den Flammen zum Opfer fielen, war eine spürbare Veränderung der öffentlichen Reaktionen auf den rechten Terror zu verzeichnen. Dieser hatte sich diesmal nicht die ohne nennenswerte Lobby in Deutschland lebenden 'Asylanten' zur Zielscheibe gewählt, sondern die Familie eines ehemaligen Gastarbeiters, die seit Jahrzehnten am Ort gelebt, gearbeitet und die bundesrepublikanische

Veränderungen im politischen Diskurs seit 1989

Das Jahr 1989 hat im wahrsten Sinne des Wortes keinen Stein auf dem anderen gelassen. Einst auferstanden aus Ruinen mündete der DDR-Sozialismus in 'Deutschland-einig-Vaterland'. Erde zu Erde, Staub zu Staub - damit ließ es der Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus aber nicht bewenden. Nachdem die Völker als solche in der Vergangenheit in romantisch-dümmlicher Weise immer wieder dazu aufgefordert wurden, hören sie seit 1989 die Signale mystifizierter Vergangenheiten und rüsten zum letzten Gefecht.

Auch in Deutschland wurde in den letzten Wochen das Ende der Nachkriegszeit offiziell gefeiert. Die diversen Festredner bedauerten mehr oder weniger besinnlich noch einmal die „im deutschen Namen" begangenen Verbrechen (wer hat sie außer dem österreichischen Führer eigentlich ausgeführt?). Doch über keine der Tanz-in-den-8.Mai-Festivitäten konnte berichtet werden ohne darauf hinzuweisen, daß Deutschland nun wieder ein normaler Staat, eine normale Nation unter anderen sei. So könnte 1989 als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem die Vorkriegszeit begann.

Die politische Klasse und ihre intellektuellen Hofnarren basteln seit dieser Zäsur verstärkt an der Sinnbestimmung dessen, was die Nation sein soll. In einer Zeit, in der nichts mehr zählt als eine Identität aufweisen zu können, bietet sich auch die Nation wieder zur Selbstdefinition an, zumal die 'Auschwitz-nicht-enden-lassen-könnende-deutsche-Geschichte' genau selbiges nun doch konnte. Ob im autoritären Gleichschritt, in der die Nation und die Gemeinschaft alles, der/die Einzelne nichts zählt, oder im humaneren multi-völkischen Gewande 'Einheit in Vielfalt': allerorten boomt der Wahn des Nationalen als politische Kategorie.

Ob durch unverkrampft artikulierte nationale Interessen deutscher Herzöge oder humanitäre globale Verantwortlichkeiten friedensschaffender Gutmenschen: Auch in die internationale Politik greifen deutsche Befindlichkeiten wieder verstärkt ein.

Die politischen Diskurse verschieben sich in einem Maße, wie es sich vor Jahren niemand hat vorstellen können, und in einem Tempo, das kaum Zeit zum Luftholen und Luft zum Zeitgewinnen läßt. Neue Normalitäten bestimmen das Denken, die vormals vielen als ungeheuerlich galten. Das Feld der Diskurse bestimmt wiederum die Wirklichkeit und die Politik, die jene gestalten will. Der Kampf um die Hegemonie im öffentlichen Diskurs ist der Kampf um Macht und Herrschaft in der Gesellschaft.

Die 'blätter' setzen in diesem Heft die Reihe **„Veränderungen im politischen Diskurs seit 1989"** fort mit dem zweiten Teil der Re- und Dekonstruktion des Multikulturalismus-Diskurses. Der erste Teil zeichnete die Entstehung des Multikulturalismus-Konzeptes nach und bewertete es als ein kulturelles Trostpflaster für den konsumfreudigen Ausländerfreund und als einen Kompromiß zwischen dem völkisch-nationalen Selbstverständnis des Staates und den Erfordernissen wirtschaftlicher Prosperität.

Die Autorin **Susanne Frank** ist Soziologin an der Albert- Ludwigs-Universität in Freiburg. Die Fotos, die die Reihe begleiten werden, stammen - soweit nicht andersweitig ausgewiesen - von **R. Maro**.

Wir hoffen, mit der Reihe von Diskursanalysen dem Marxschen Diktum nahekommen zu können: *„Die wahre Kritik analysiert nicht die Antworten, sondern die Fragen."*

Gesellschaft in der Weise 'bereichert' hatte, wie es der multikulturelle Diskurs jahrelang aufzuzeigen bestrebt gewesen war. Die Tatsache, daß der Rassismus die Unterscheidung zwischen 'Asylanten' und 'zu tolerierenden Ausländern' nicht mehr mitvollzog, machte deutlich, daß die Kontrolle auf der Rutschbahn, die durch die Asyldebatte betreten wurde, verloren war (vgl. Blanke 1993:12). Die Brandstifter machten nicht mehr exakt an den Definitionsgrenzen halt, die von den Biedermännern vorgegeben wurden. Nach Mölln nun verurteilten Politiker aller Parteien scharf jegliche Gewalt gegen „unsere ausländischen Mitbürger", und Millionen aufgeschreckter Menschen fanden sich zu jenen medienwirksam inszenierten 'Lichterketten' zusammen, die sich und anderen beweisen sollten, daß es noch ein 'anderes Deutschland' gab.

Diese blutigen Ereignisse markieren einen tiefen Einschnitt auch in der Multikultur-Debatte. Das multikulturelle Lager kam um die selbstkritische Feststellung nicht umhin, mit seiner Strategie, mit den Verheißungen von „kultureller Vielfalt statt nationaler Einfalt" für die Akzeptanz von Ausländern zu werben, schlichtweg gescheitert zu sein. Für diese Einsicht hätte es, zynisch gesagt, der Pogrome nicht bedurft.

Die Multikulturalisten mußten sich *erstens* vorwerfen lassen, daß ein - niemals intendierter, aber nichtsdestoweniger hervorgebrachter - Effekt ihres Diskurses darin bestanden hatte, zu der Verankerung der Differenz von 'nützlichen', d.h. akzeptierten Ausländern, und 'nicht-nützlichen', d.h. unerwünschten 'Asylanten' in der öffentlichen Wahrnehmung beigetragen zu haben. Wenn seit der 'Erfindung' der 'Asylanten' das öffentliche Bewußtsein zwischen wenigen legitimen und zahllosen illegitimen Flüchtlingen unterschied, so hatte der Multikulturalismus jener Disqualifikation der letzteren Gruppe von Flüchtlingen nicht nur nichts entgegenzusetzen gehabt, sondern ihr sogar noch Vorschub geleistet: Denn das Argument der Bereicherung durch Immigration hat die Toleranz gegenüber Ausländern ja stets an den Gesichtspunkt des Ertrags gebunden, den sie der deutschen Volkswirtschaft, Kultur, Psyche usw. erbringen sollten. Damit hat auch der Multikulturalismus die Flüchtlinge diskriminiert und ausgegrenzt, nämlich als diejenige Bevölkerungsgruppe, die aus der interessegeleiteten Kosten-Nutzen-Rechnung herausfallen mußte, weil sie aufgrund ihres labilen rechtlichen, politischen und sozialen Status niemals in der Lage sein konnte, die multikulturell aufgestellte Qualifikationshürde der 'Bereicherung' zu nehmen.

Wer meint, die Anerkennung von Ausländern als gleichberechtigte Bürger mit solchen Kosten-Nutzen-Kalkülen erwirken zu können, muß darauf gefaßt sein, daß jemand mit gleichem Recht aus anderen Variablen andere Ergebnisse ableitet bzw. daß dieselbe Gleichung unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen zu anderen Ergebnissen führt. Es ist deshalb keine billige Polemik, den Multikulturalismus zu fragen, ob denn die Diskriminierung von 'Ausländern' dann legitim sein soll, wenn Toleranz keinen erkennbaren Gewinn mehr bringt; ob das Zusammenleben mit Ausländern dann infragegestellt werden darf, wenn deren Präsenz einmal keine schwarzen Zahlen mehr schreibt.

Weil er einer solchen Logik Vorschub leistet, muß sich der Multikulturalismus anlasten lassen, eine Katalysatorfunktion dafür geboten zu haben, daß die 'Asylfrage' zum Menetekel des vereinigten Deutschland hatte werden können.

Zweitens hatten spätestens die Ereignisse von Mölln und Solingen ein altes Problem in Erinnerung gerufen, das einst der Ausgangspunkt der ersten Phase der Debatte war: Die nach wie vor unveränderte Situation der ehemaligen Gastarbeiter und ihrer Familien.



Rassige Klepper im Osten

Die öffentlichen Reaktionen zeigten zwar an, daß im Vergleich zu den frühen 80er Jahren eine große Entwicklung stattgefunden hatte; da diese Gruppe nun offenbar von der Mehrheit der Deutschen als Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft akzeptiert wurde. Und zu diesem Einstellungswandel beigetragen zu haben, mag dem Multikulturalismus als Erfolg angerechnet werden.

Nichtsdestoweniger hatte die auch nach Solingen anhaltende Serie von Angriffen auf ehemalige türkische und andere Gastarbeiter, deren Wohnungen und Einrichtungen noch einmal dramatisch die noch immer ungelöste und prekäre rechtspolitische und soziale Lage dieser Bevölkerungsgruppe ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Insbesondere die Ausweisungsdrohung gegen die in Solingen demonstrierenden Türken illustrierte eindringlich das „Paradoxon der Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland" (Bade 1992:29). Gerade dieses Beispiel schien den Vorwurf zu rechtfertigen, daß durch die Inflation des Multikulturellen die ökonomische Nutznießung der Immigration bei gleichzeitiger Verweigerung ihrer politischen Anerkennung nicht angegriffen, sondern lediglich mit einem „kulturellen Heiligenschein" (Baier 1993:57) versehen worden war.

Drittens mußte sich der Multikulturalismus eingestehen, die Hintergründe des deutschen Rassismus verkannt und eine dementsprechend falsche Gegenstrategie entwickelt zu haben. Der promultikulturelle Diskurs basierte auf der Voraussetzung, sich mit seinen Gegnern in einer auf dem Boden aufgeklärter Rationalität stattfindenden Auseinandersetzung zu befinden. In dem

Literatur:

Bade, Klaus J. (1992) Auswanderer, Einwanderer, Wanderarbeiter... Deutsche Erfahrungen in Geschichte und Gegenwart, in: Winkler, Beate (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung, München: 17-31

Baier, Lothar (1993) Muslimische Schwimmstunden. Multikulturalismus in Deutschland, aus Frankfurter Blickwinkel, in: WESPENNEST. zeitschrift für brauchbare texte und bilder, nr.91, Wien: 55-66

Balke, Friedrich/ Habermas, Rebekka/ Nanz, Patrizia/ Sillem, Peter (Hg.) (1993) Vorwort, in: Dies. (Hg.) Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt/M.: VII-XIX

Blahusch, Friedrich (1992) Zuwanderer und Fremde in Deutschland. Eine Einführung für soziale Berufe, Freiburg

Blanke, Bernhard (1993) (Hg.) „Schnell entscheiden, rasch abschieben." Zur Kommunikationsstruktur der Asyldebatte, in: Ders. (Hg.): Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft, Opladen

Bommes, Michael/ Scherr, Albert (1990) Die soziale Konstruktion des Fremden, in: Vorgänge, 29.Jg., Heft 103: 40-50

Geißler, Heiner (1988) „Demokratie ist kein Gesangverein Harmonie". ZEIT-Gespräch mit Heiner Geißler, in: Die Zeit vom 28.10.1988: 9-11

Geißler, Heiner (1990) Die multikulturelle Gesellschaft, in: Zugluft. Politik in stürmischer Zeit, München: 177-218

Geißler, Heiner (1991) Wir brauchen die Ausländer. Ein Plädoyer gegen die völkische Renaissance der Deutschen, in: Die ZEIT vom 11.10 1991: 83

Gerhardt, Ute (1993) „Fluten", „Ströme", „Invasionen" - Mediendiskurs und Rassis-mus, in: Heßler, Manfred (Hg.): Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft. Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: 239-253

Hoffmann, Lutz (1990) Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat, Köln

Leggewie, Claus (1993) Vom Deutschen Reich zur Bundesrepublik - und nicht zurück. Zur politischen Gestalt einer multikulturellen Gesellschaft, in: Balke et al. (Hg.): 6-20

Oberndörfer, Dieter (1991) Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas, Freiburg

Voss, Eckhard (1991) Weiße Haut und bunte Masken. Wem nützt die 'multikulturelle Gesellschaft'?, in: Radikale Linke-Rundbrief, Nr.3: 8-11



Bestreben, die artikulierten 'Ängste der Deutschen' ernstzunehmen, hat er diese Ängste 'beim Wort', d.h. als Argument genommen; entsprechend sein Gegenargument formuliert und darauf gesetzt, daß dieses Gegenargument die Position des Kontrahenten als 'irrtümlich' entlarve. Letztendlich sollte das bessere Argument überzeugen und gewinnen.

Dieses Streitmodell ist nun nicht allein wegen der Annahme problematisch, Rassismus sei eine auf falschen Informationen oder bloßen Vorurteilen beruhende Haltung, sondern v.a. auch wegen der Qualifizierung ausländerfeindlicher Einstellungen als 'irrational'. Diese Unterstellung übersieht die Existenz verschiedener Rationalitäten, d.h., daß es durchaus rational sein kann, diskriminierend zu agieren: Nämlich z.B. dann, wenn das vorrangige Interesse im Sozialstaat darin besteht, Strukturen sozialer Ungleichheit aufrechtzuerhalten, um Ausländer etwa als potentielle Konkurrenten im Verteilungskampf um knappe gesellschaftliche Güter zu schwächen. In diesem Sinne wäre die Nutzung der grundgesetzlich gestützten Chance, die Anspruchsgemeinschaft weiterhin als ethnische Gemeinschaft zu definieren und damit auf 'Deutsche' zu begrenzen, nichts anderes als realitätstüchtiger Umgang mit den vorhandenen Möglichkeiten in einer unsicheren ökonomischen, sozialen und (sozial)psychologischen Situation.

Die unter dem Eindruck der deutschen Pogrome neu in Gang gekommene und bis heute forcierte Auseinandersetzung um die Gestaltung des Verhältnisses von Einheimischen und Zuwanderern in Deutschland ist auf der Seite der Multikulturalisten von der Einsicht in die Unzulänglichkeiten, Leerstellen und politischen Fehler ihrer bisherigen Strategie(n) gekennzeichnet. Zwar war in einigen promultikulturellen Stellungnahmen der zweiten Diskussionsphase der Hinweis enthalten, daß ohne die Veränderung des rechtlichen und politischen Status der Ausländer in Deutschland ein wirklich gleichberechtigtes Verhältnis zwischen Einheimischen und Zuwanderern nicht denkbar sei. Hierauf hatte der Multikulturalismus aber niemals seinen Schwerpunkt gelegt. An dieser Stelle kann nun die einschneidendste Veränderung festgemacht werden. Die Multikulturellen verlagern das Augenmerk auf den 'harten Kern' der Problematik, d.h. auf die strukturelle Diskriminierung der Einwanderer und entdecken die maßgeblich vom Freiburger Politikwissenschaftler Dieter Oberndörfer und dem Bielefelder Soziologen initiierte und schon seit 1987 engagiert geführte Auseinandersetzung um die „unvollendete" (Hoffmann 1990) bzw. für die „offene" (Oberndörfer 1991) Republik.

Mit der deutschen Lebenslüge 'Deutschland ist kein Einwanderungsland' nun endgültig aufzuräumen, ist das Ziel des neuen politischen Projekts, um das sich eine Bewegung von Intellektuellen und Politikern formiert. Einwanderung, Niederlassung, Einbürgerung und Minderheitenpolitik lauten dessen Schlüsselbegriffe (vgl. Leggewie 1993). Den bedeutendsten Aspekt stellt die Forderung nach einer Neufassung der Kriterien des Zugangs zur deutschen Staatsbürgerschaft dar: Die Verfechter der 'offenen' Republik fordern, dem bestehenden völkischen Abstammungsprinzip das Territorialprinzip hinzuzufügen. Damit würde nicht nur Einwanderern nach einer bestimmten Dauer des Aufenthalts das Recht auf Einbürgerung eingeräumt, sondern es würde all jenen Personen, die auf dem Boden des deutschen Staates geboren werden, das Staatsbürgerrecht automatisch gegeben werden. „Mit diesem Schritt erst wird die Ausübung bürgerlicher und politischer Rechte endgültig nicht mehr an ethnische Voraussetzungen gebunden." (ebd.:11)

Die ehemaligen Multikulturellen treffen sich heute im Eintreten für eine republikanische Verfassung mit vielen ihrer damaligen Kritiker. Die programmatischen Forderungen zeigen, daß die Multikulturalisten ihr Augenmerk langsam abwenden vom 'schwierigen Fremden' und nunmehr 'das Eigene', das nationale Selbstverständnis kritisch in den Blick nehmen. Antirassisitisches Engagement will nun zunächst an den politischen und rechtlichen Grundlagen der staatlich propagierten und juristisch verankerten deutschen Homogenitätsfiktion ansetzen.[2] An die Seite der interessegeleiteten Befürwortung von Einwanderung tritt wieder die Kategorie der politischen Moral.

Das Aufmachen der Spannungspole republikanisches versus ethnisch-nationales Staatsverständnis soll die Frage nach dem sozialintegrativen Zusammenhang der europäischen Einwanderungsgesellschaften auf die Alternativen 'Teilhabe aller' oder 'Ausgrenzung von Minderheiten' zuspitzen (vgl. Bommes/Scherr 1990). Damit wird die Frage der gesellschaftlichen Stellung von Ausländern - stellvertretend für andere Minderheiten - zur Nagelprobe auf das Niveau der politischen und moralischen Kultur erklärt. Die Frage nach dem Verhältnis zu bzw. dem Umgang mit nicht-deutschen Minderheiten erhält damit eine normative Bedeutung, die weit über den Ausgangspunkt der Diskussionen von 1980-83, dem 'Gastarbeiter-Problem', hinausreicht. In den Worten von Lothar Baier: „Sage mir, wie ein Land mit Fremden umgeht, die weder eine exotische Religion noch eine spannende Küche als kulturellen Beitrag anzubieten haben, die weder als gesuchte Fachkräfte oder dynamische Marktteilnehmer für sich einnehmen können noch als bedeutende Steuer- und Beitragszahler auf sich aufmerksam machen, die auch keine besondere Lust haben, durch eifriges Kindermachen zur Begradigung der demographischen Kurve beizutragen oder wenigstens den interkulturellen Dialog zu bereichern, die als Zeitgenossen durchschnittlich uninteressant, vielleicht sogar so langweilig wie zahlreiche Einheimische sind - und ich sage dir, welchen Kulturstandard es hat." (1993:66)

Susanne Frank

Anmerkungen:

1) Bislang hatte die SPD ihre Bereitschaft zur Änderung des Art. 16 an die Forderung nach einem flexibleren Instrumentarium zur Entlastung des Asylparagraphen und zur Regelung der Zuwanderung gekoppelt. Zur Debatte standen beispielsweise die Schaffung einer besonderen Kategorie 'Bürgerkriegsflüchtlinge', die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, eine großzügige Einbürgerungspraxis, ein Einwanderungsgesetz u.v.m.. Dieses Junktim wurde unter dem Druck der Ereignisse mit folgender Begründung aufgegeben: „Der Hut, den wir in der Vergangenheit gefertigt hatten, der paßt nicht mehr auf die heutige Lage. Da kann man sagen: Wir müssen einen neuen Hut machen. Wir sind dabei, einen neuen Hut zu machen." (SPD-Vorsitzender Engholm auf dem Sonderparteitag der SPD in Bonn am 16.11.1992, zit. n. konkret 1/93:11)

2) An dieser Stelle kann nur kurz darauf hingewiesen werden, daß die Protagonisten der Debatte um 'Deutschland als Einwanderungsland' bislang darüber schweigen, daß dem Popularitätszuwachs ihres Projekts die 'Erledigung' der 'Asylfrage' in und mitsamt ihrer historischen und politisch-moralischen Dimension zugrundeliegt - was vielen sicherlich auch nicht unwillkommen ist. Den Finger immer wieder in diese Wunde zu legen, muß Bedingung aller kritischen Sympathie für die Idee einer 'offenen Republik' sein.

Ein Platz zum Knutschen

Vietnams Kino im Schatten von Hollywood

Als sich Vietnam 1986 für ausländische Investoren öffnete, ließen sich auch westliche Filmgesellschaften nieder. Während bei uns in Vietnam gedrehte Hollywood-Produktionen für volle Kassen sorgen, steckt die vietnamesische Kinokultur in einer Krise. Dorothee Wenner ist dem Phänomen nachgegangen.

Knapp 100 Jahre nach Erfindung des Kinos, nachdem es in Hollywood kaum mehr eine ungefilmte Seitenstrasse gibt, wird die Dritte Welt als Drehort für westliche Filmproduktionen immer attraktiver. In den Städten und Landschaften des Südens lassen sich mit dem richtigen Kamerawinkel alle Facetten der Exotik entdecken, von authentischer Armut bis zum sinnebetörenden Luxus tropischer Landschaften. Vietnam hat in dieser Hinsicht einiges zu bieten.

Von 'Apokalypse Now' bis 'Platoon' entstand in den 70er und 80er Jahren eine ganze Serie amerikanischer Kriegsfilme, die allerdings nicht an Originalschauplätzen, sondern irgendwo zwischen Malaysia und den Philippinen gedreht wurden. Seit die Kommunistische Partei Vietnams 1986 ihr großes wirtschaftliches Reformprogramm beschloß, sind ausländische Investoren willkommene Gäste in Vietnam. Im Schlepptau japanischer Honda-Mopeds und „La-vache-qui-rit"-Käse aus Frankreich kamen auch westliche Filmproduktionsfirmen ins Land. Seit einiger Zeit beschert uns das Kinoprogramm alle paar Monate einen neuen, in Vietnam gedrehten Spielfilm. Der 'Liebhaber', 'Indochine', 'Die Schlacht von Dien Bien Phu', 'Der Duft der grünen Papaya' und schliesslich Oliver Stones Epos 'Zwischen Himmel und Hölle'.

Für den Exotismus ist kein Preis zu hoch

So unterschiedlich diese Filme auch sein mögen, sie alle leben von der unverbrauchten, romantischen Patina der Straßen Saigons, von den smaragdgrünen Reisfeldern und wundersam in den Himmel ragenden Bergen. Der Sozialismus hat sich in Vietnam als begnadeter Konservator entpuppt. Man braucht nur hier und dort einen Plastikstuhl gegen einen Korbsessel auszutauschen, die Mopeds von der Strasse zu nehmen - und fertig ist das stilechte Kolonialambiente. Das heutige Vietnam, auf Kodakcolor gebannt, entführt die Kinozuschauer in eine echt wirkende, lang zurückliegende Traumwelt, wie sie kein Studio simulieren könnte. Diese günstigen „natürlichen" Voraussetzungen machen Kostümbildner und Requisiteure aber keineswegs überflüssig - im Gegenteil. Beflügelt durch das Vorhandene, geraten die Ausstattungen so pompös und aufwendig wie die Inszenierungen legendärer Hollywood-Schinken aus Zeiten, als die Komparsen in Amerika noch billig und gewerkschaftsfern gemietet werden konnten. So wurde zum Beispiel der große schwarze Ozeanriese für die Schlußsequenz im 'Liebhaber' für 600.000 US$ Miete aus Zypern nach Ho-Chi-Minh-Stadt gefahren und mußte außerdem noch für 190.000 US$ der Buchvorlage entsprechend umgebaut werden. Der Ex-Soldat Pierre Schöndörffer legte als Zeitzeuge der Schlacht von Dien Bien Phu besonderen Wert auf militärische Akkuratesse bei der Rekonstruktion der Niederlage der französischen Armee: Er ließ im nordwestlichen Hochland mit logistischer Beratung der Vietnamesen 119 Kilometer Gräben ausheben, 76 Kilometer Stacheldrahtzäune aufbauen und engagierte 26.000 Statisten, die nur als anonyme Masse auftreten. Keine einzige Nahaufnahme eines Vietminh erlaubte sich der Regisseur.



Mit Cola kam auch Hollywood

Wenn die Bruderschaft zu Ende geht

Die politischen Klimaveränderungen, die die Produktion großer westlicher Spielfilme im Land ermöglicht haben, führten gleichzeitig die vietnamesische Filmindustrie in eine schwere Krise. Getreu Lenins Losung, nach der der Film die wichtigste der Künste im Sozialismus sei, gab es bis Ende der 80er Jahre eine kleine, aber aktive Filmszene. Besonders vietnamesische Dokumentarfilme über das Schicksal des kriegsgeplagten Landes erregten auf internationalen Festivals immer wieder Aufsehen. Kinos und Filmproduktion wurden voll staatlich subventioniert. Nach dem Krieg war zwar nicht viel, aber doch ausreichend Geld da, um eine selbständige, nationale Filmkultur zu entwickeln und am Leben zu erhalten. Zudem schickten die sozialistischen Bruderländer früher ganz umsonst ihre neuesten Filmkopien in die Kinos, und so mancher vietnamesische Nachwuchsregisseur wurde in Moskau oder Ost-Berlin ausgebildet.

Das alles gibt es nicht mehr: Heute regiert der Kommerz im Kino. Allenthalben stehen viertklassige Liebesfilme auf dem Programm, die in aller Regel mit miserablen Video-Beamern auf viel zu große Leinwände projiziert werden. Im vergangenen Jahr wurden in Vietnam nur 9 Spielfilme auf Zelluloid gedreht, im Unterschied zu immerhin 93 Videoproduktionen. Schon wegen der traurigen Bildqualität geht außer Liebespaaren, die gerade keinen besseren Platz zum Knutschen finden, kaum jemand mehr ins

Kino. Zwar sind die fürs staatliche Fernsehen produzierten Spielfilme ähnlich einschläfernd, pädagogisch und amateurmäßig - im schlechtesten Sinne des Wortes -, aber die TV-Apparate stehen stets halbdraußen, in Kneipen, Geschäften oder Postbüros, und so wird das Fernsehgucken zumindest noch zu einer geselligen Angelegenheit. Wer etwas mehr Geld hat, schafft sich einen Videorekorder an. Vor allem in Süd-Vietnam müssen in den letzten zwei Jahren unendliche Mengen davon verkauft worden sein, denn Videotheken gibt es in Ho-Chi-Minh-Stadt mehr als Bäckereien. Raubkopierte Hongkong-Filme sind die begehrtesten Kassetten.

Für engagierte Regisseure ist diese Situation desolat: Was anderswo im kapitalistischen Filmbusiness immer noch ein Rettungsanker für die Produktion nicht nur kommerziell orientierter Projekte ist - die Zusammenarbeit mit dem Fernsehen - das funktioniert in Vietnam überhaupt nicht. Vietnamesische Filmemacher müssen viel Geld dafür bezahlen, wenn ihre Produktionen im Fernsehen gezeigt werden sollen. Unter diesen Umständen ist es fast ein Wunder, daß sich immer noch eine Handvoll Regisseure bemüht, unter waghalsigen finanziellen Bedingungen ambitionierte Filme zu realisieren. In Hanoi gibt es einen Verein professioneller Filmschaffender, der sich den Erhalt der vietnamesischen Filmkultur zum Ziel gesetzt hat.

Die Vietnam Cinematography Association (VCA) gibt u.a. eine der sechs Filmzeitschriften des Landes heraus: 'Dien Anh' erscheint einmal monatlich mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren. Der Präsident der VCA, der Regisseur Dang Nhat Minh, analysiert die augenblickliche Kino-Krise mit einer Mischung aus Resignation und Realitätssinn. Heute, so Minh, könne es der einst so einflußreichen Zensurbehörde nicht mehr angelastet werden, wenn die vielen brisanten Probleme der Gegenwart filmisch nicht thematisiert würden. In der jetzigen wirtschaftlichen Umbruchphase hätten die meisten Regisseure ein vorrangiges Interesse daran, mit ihren Filmen möglichst viel Geld zu verdienen. Und das geht in Vietnam, genau wie bei uns, am einfachsten mit Polizei-, Action-, oder Liebesfilmen.

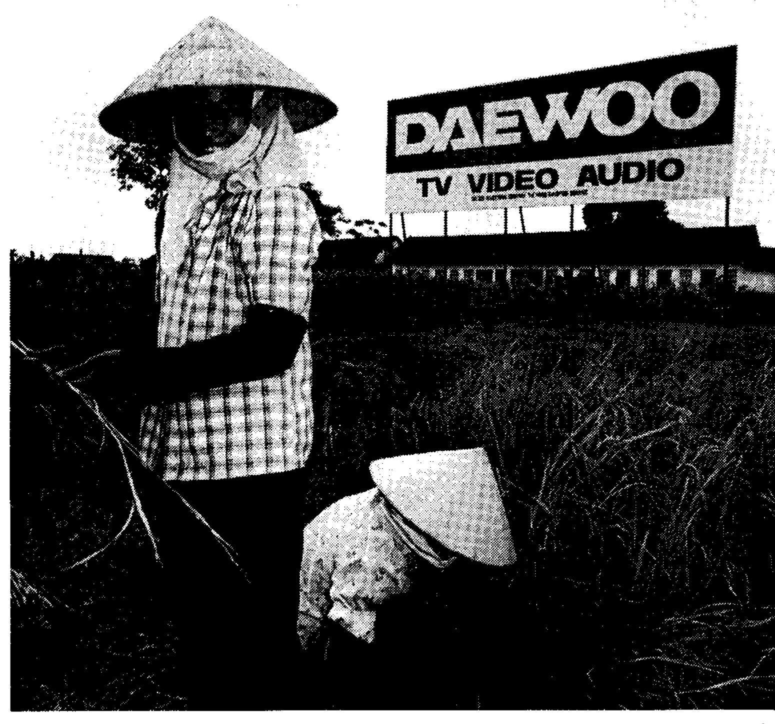
Unüberwindbare Diskrepanzen

Künstlerisch oder intellektuell anspruchsvolle Filme über Vietnam und seine Geschichte zu drehen, das scheint mehr und mehr das Terrain westlicher Filmemacher zu werden. Dang Nhat Minh beobachtet diese Tendenz mit höflicher Distanz, die nur unterschwellig erahnen läßt, was es für vietnamesische Filmemacher für ein Gefühl sein muß, derzeit ganz und gar vom *good-will* irgendwelcher westlicher TV-Redakteure abhängig zu sein, während die reichen Produzenten für z.B. eine hübsche Schiffs-Kulisse mehr Geld ausgeben, als ein kompletter vietnamesischer Spielfilm kosten würde. „Wir freuen uns darüber, daß so viele bekannte Filmemacher nach Vietnam kommen, um hier ihre Filme zu drehen. Wir haben viel von ihnen gelernt. Aber diese Produktionen haben uns auch schmerzhaft bewußt gemacht, wie groß die Diskrepanz zwischen der westlichen und unserer Filmtechnik ist." Das verdeutlicht eine simple Zahl: Die Produktion eines vietnamesischen Spielfilms kostet durchschnittlich 12 US$ pro Meter, in Oliver Stones Himmel und Hölle kostet die gleiche Länge fertig belichtetes Zelluloid 640 US$.

Thanh An ist einer der bekanntesten Dokumentarfilmer Vietnams. Er hat in der Vergangenheit über 50, zum Teil preisgekrönte Filme, gedreht, u.a. 'Lieder neben dem Bombentrichter'. Im Unterschied zu Dang Nhat Minh, der gerade für das britische Fernsehen einen Spielfilm über Rückkehrer-Schicksale fertiggestellt hat, ist Tanh An derzeit arbeitslos. Von dieser Position aus fällt seine Kritik an der Welle westlicher Filme über Vietnam verständlicherweise etwas harscher aus. „Diese Filme entsprechen ganz und gar nicht nicht der Wirklichkeit, wie wir sie erlebt und erfahren haben. Ein Film vermittelt immer auch eine politische Meinung, deswegen würde ein vietnamesischer Film zum Beispiel über die Kolonialzeit immer ganz anders aussehen als ein französischer. Nehmen wir 'Die Schlacht von Dien Bien Phu': Der Regisseur Pierre Schöndörffer zeigt die französischen Soldaten als Opfer, als Schachfiguren der französischen Regierung. Genauso wenig wie bei Oliver Stone treten in seinem Film jene Leute auf, die damals die Verantwortlichen waren."

Opfer sind sie fast alle, die Helden und Hauptdarstellerinnen in den neueren Filmen über Vietnam. Das dramaturgische Grundmuster variiert Geschichten von Weißen, die von ihren eigenen Leuten bestraft oder verachtet werden, weil sie sich fern der Heimat „zu weit" mit Vietnamesen und der fremden Kultur eingelassen haben. „Ich bin eine Asiatin", sagt Catherine Deneuve in 'Indochine' zu ihrer vietnamesischen Adoptivtochter. Historisch gesehen wird mit solchen Film-Biographien der Kolonialismus nachträglich als Vorform multikultureller Lebensweisen stilisiert. So etwas läßt sich derzeit gut vermarkten und wäre vielleicht nur eine filmische Modeerscheinung. Wenn aber z.B. Oliver Stone 'Himmel und Hölle' ohne größere Proteste als "einen Film aus vietnamesischer Perspektive" präsentieren kann, dann scheint man sich im Westen allmählich darauf zu verständigen, daß die Dritte Welt als Drehort von Hollywood-Produktionen die immer weniger werdenden Filme aus der Dritten Welt eigentlich ganz überflüssig macht. Die Problematik erinnert ein bißchen an vorlaute Ehemänner, die antworten, wenn ihre Frauen etwas gefragt werden.

Dorothee Wenner



Erst die Arbeit und dann...

Dieser und der folgende Beitrag sind entnommen aus „journal film. Die Zeitschrift für das andere Kino". Die aktuelle Ausgabe (Nr. 29) widmet sich in einem Schwerpunkt dem Filmschaffen in der „Dritten Welt." Beiträge zu Indien, Ägypten, Vietnam und Afrika südlich der Sahara vermitteln neue Einblicke in andere Kinokulturen.
Die Zeitschrift kostet 12.-DM und ist erhältich im Buchhandel oder direkt bei: Kommunales Kino, Urachstraße 40, 79102 Freiburg.

Von einem Afrikaner, der auszog, in Europa zu filmen

Mweze Ngangura, Filmemacher aus Zaire, hat die meisten seiner Filme in Belgien gedreht, wo er mittlerweile auch lebt. Mit einem subjektiven Blick beschreibt er das intensive, vielseitige und auch schwierige Verhältnis zwischen dem schwarzafrikanischen und dem europäischen Filmkontinent.

Seit einiger Zeit mehren sich afrikanische Filmfestivals und Kolloquien in Europa. Ohne große Kosten können ihnen die Veranstalter eine internationale Bedeutung verschaffen. Das liegt daran, daß zahlreiche anerkannte afrikanische Filmemacher dazu veranlaßt wurden, ihren Wohnort nach Paris oder in eine andere europäische Metropole zu verlegen. Dieses Phänomen - in anderen Kontinenten eher selten - scheint für Afrika die Regel zu sein. Was zieht so viele afrikanische Cineasten vor allem nach Europa?

Eine mögliche Antwort liegt auf der Hand. Die meisten Regisseure sind in Europa ausgebildet worden und haben dort sowohl persönliche als auch berufliche Kontakte geknüpft. Damit erklären sich Zuneigung und Verbindung zu Europa. Vielleicht sollte man auch das Problem der Zensur erwähnen, das in vielen afrikanischen Ländern umgeht, obwohl - das muß man zugestehen - sehr wenige afrikanische Filmemacher in ihrem Land Dissidenten sind. Wie alle Verallgemeinerungen wären solche Antworten, obgleich wahr, so doch zu einfach und verfälschend. Als in Brüssel lebender zairischer Cineast möchte ich deshalb diese Antworten mit meinen persönlichen Erfahrungen anreichern.

Nach meinem Filmstudium in Belgien kehrte ich nach Zaire zurück und arbeitete acht Jahre lang als Lehrer. Trotz mehrfacher Aktionen, die wir innerhalb der OZACI (Organisation der Zairischen Cineasten) durchgeführt haben, ist es Zaire nie gelungen, irgendeine Filminstitution aufzubauen. Aus diesem Grund konnte ich im Lauf dieser acht Jahre nur zwei Kurzfilme drehen, die hauptsächlich mit französicher Unterstützung produziert wurden. Nach meiner ersten Erfahrung mit einem Spielfilm ('La vie est belle'), dessen vor allem belgische Finanzmittel nur unter der Bedingung einer belgischen Co-Produktion freigegeben wurden, habe ich mich wieder in Belgien niedergelassen, wo ich bis heute lebe.

Inzwischen bin ich tatsächlich der Überzeugung, daß die Finanzierung eines Spielfilms für einen jungen Filmemacher, der zwischen Zaire und Europa hin und her pendelt, nicht möglich ist. Ausreiseformalitäten erfordern selbst für einen Beamten Anstrengungen bis zu einer Woche. Dazu kommt, daß in Zaire für Produktion oder Förderung der nationalen Filmkultur kein Etat vorgesehen ist. Die Kommunikationsmittel (Post, öffentliche Verkehrsmittel, Telefon) sind defekt oder kostspielig und die Gehälter niedrig.

In einem Land mit 30 Millionen Einwohnern könnte man sich durchaus eine billige Produktion für den lokalen Markt vorstellen, wie das beispielsweise in Nigeria der Fall ist. Das hieße aber eine weitere Eigenart Zaires ignorieren, die die Verleihbedingungen betrifft. In den kommerziellen Sälen, fast ausschliesslich mit 16mm ausgestattet, kostet eine Eintrittskarte nie mehr als umgerechnet 2 FF. Trotz der Begeisterung des Publikums für 'La vie est belle' gelang es mir kaum, die Kosten für die neue 16 mm-Kopie zu amortisieren, bevor diese durch schlechte Projektoren völlig beschädigt wurde. Damit sind bereits einige Gründe geschildert, die einen zairischen Filmemacher zur Auswanderung nach Europa bewegen können. Ich bin mir aber sicher, daß sich auch Filmemacher aus anderen afrikanischen Ländern in diesem Porträt wiedererkennen würden.

Die größte Befürchtung eines afrikanischen Cineasten im Einwanderungsland ist, sich von den Realitäten seiner Heimat - für deren Zeuge er ja gehalten wird - zu entfernen. In Brüssel jedoch trifft ein Zairer auf eine günstige Situation: Die zairische Gemeinde schuf in der belgischen Hauptstadt den Mikrokosmos Kinshasa - das „Matongue-Viertel". Dorthin gehen die meisten Landsleute, um Kräfte zu schöpfen, neue künstlerische oder spirituelle Quellen zu finden. So gesehen ist Europa nicht nur eine Kapitalquelle, sondern auch ein Reservoir typischer afrikanischer Themen. Wie sollte das nach so vielen Jahrhunderten gemeinsamer Geschichte auch anders sein? Ein paar bekannte afrikanische Filme wurden bereits in Europa gedreht. In Belgien spielt auch mein nächster Film 'Pièces d'indentité'.

Europa scheint sich endlich den afrikanischen Bildern zu öffnen. In den letzten Jahren sind einige afrikanische Filme im kommerziellen Bereich gelaufen. Und eigentlich müßte diese Öffnung beim europäischen Publikum ein Interesse für afrikanische Filme wecken, in denen die Hauptfiguren sowohl Schwarze als auch Weiße sind. Aber: Europäische Zuschauer erwarten von afrikanischen Filmen hauptsächlich Exotik, in die sie flüchten können. Filmprojekte, die diesen Erwartungen nicht entsprechen, haben es nicht so leicht. Das Projekt 'Pièces d'identité', in dessen Mittelpunkt die Beziehung zwischen Zaire und Belgien steht, wurde zum Beispiel von dem belgischen Kulturministerium abgelehnt. Begründung: Die Figuren aus Zaire seien „unverständlich" (Koproduktionsleiter eines Fernsehsenders) und: Die belgischen Figuren seien karikiert. Dabei hatte das gleiche Ministerium den Film 'La vie est belle' großzügig finanziert, bei dem die Zairer nicht weniger karikiert dargestellt wurden.

Für einen afrikanischen Cineasten ist es nicht einfach, sich in den kommerziellen Bereichen der europäischen audiovisuellen Produktion zu integrieren, weil diese nicht immer offen sind für seine Interessen und seine Sensibilität. Oft kann er sich deshalb nur an die für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa zuständigen Institutionen wenden. In Frankreich hat die Interministerielle Filmförderungskommission für Entwicklungsländer 'Pièces d'identité' keine Gelder bewilligt mit der Begründung, die Geschichte spiele nicht in Afrika. Umgekehrt wäre es schwer vorstellbar, daß ein französisches Drehbuch keine Fördermittel bekommt, weil seine Handlung in Asien oder in Afrika spielt.

Dennoch ist die Geschichte des afrikanischen Kinos eng mit Europa und besonders mit Frankreich verbunden. Zahlreiche afrikanische Filme konnten nur dank des Engagements des „Kooperationsministerium Frankreich" realisiert werden, das sich immer für die Unterstützung des afrikanischen Kinos eingesetzt hat. Diese unersetzliche Hilfe hat die Existenz des afrikanischen Kinos gesichert. Sie hat aber gleichzeitig zu seiner Unselbständigkeit und Entfernung von den Realitäten seines eigenen Marktes beigetragen. So fällt beim panafrikanischen Film- und Fernsehfestival in Ouagadougou die fast totale Abwesenheit afrikanischer Verleiher und Kinobesitzer auf, während zahlreiche Projekte, die in Europa an der Förderung des afrikanischen Films arbeiten, vertreten sind. Diese Situation offenbart eine beschämende Abhängigkeit unseres Kinos von Europa, sowohl in bezug auf die Finanzierungsmittel als auch die menschlichen und materiellen Mittel, die für die Produktion und die Amortisierung eines Films benötigt werden. Vor diesem Hintergrund kann man nur hoffen, daß die Filme aus Afrika tatsächlich afrikanisch bleiben! Aber was ist im Grunde genommen ein afrikanischer Film?

Quelle: Cinéastes africains: l'Europe et nous, in „Le Film Africain", Nr. 13, novembre 1993, leicht gekürzte Fassung einer Übersetzung aus dem Französischen von Claire Naveau

Ein Briefwechsel mit der 'Gesellschaft für bedrohte Völker'

In der Nr. 201 erschien in den 'blättern' eine Kritik an Politik und Ideologie der 'Gesellschaft für bedrohte Völker'. Auf der Grundlage von GfbV-Verlautbarungen und Zitaten aus der GfbV-Zeitschrift 'pogrom' stellte der Beitrag das Weltbild der in Göttingen ansässigen Organisation in Bezug zu neurechten Positionen.
Nach einer Vorab-Veröffentlichung des Artikels in der 'Jungen Welt' erhielten wir einige aufgeregte Anrufe von Tilman Zülch, dem Vorsitzenden der GfbV, in denen er die Redaktion der 'blätter' wüst beschimpfte. Außerdem warf er uns vor, mit „Kommunisten" zusammenzuarbeiten und die GfbV, obwohl doch eigentlich mit uns in einem Boot, nicht konsultiert zu haben.
In einem an Tilman Zülch gerichteten Brief bekräftigten wir daraufhin, daß die GfbV mit ihrem unreflektierten Umgang mit den Begriffen „Volk", „Ethnie", „Identität", „Rasse" etc. einen Diskurs führe, der sie in die Nähe der 'Neuen Rechten' rückt. Dieser Diskurs sei es auch, der die GfbV aus dem Zusammenhang kritischer Diskussionen herausbefördere. Trotz der Überschneidungen in einigen unserer Arbeitsbereiche sei uns daher eine Konsultation der GfbV vor der Veröffentlichung nicht erforderlich erschienen. Zudem wäre es journalistisch unsinnig, wenn zu jedem Beitrag über eine Person oder eine Organisation erst dessen bzw. deren Meinung eingeholt werden müsse. Wir forderten die GfbV zu einer Stellungnahme auf, regten eine Debatte zum Themenkomplex Ethnizität an und verblieben mit freundlichen Grüßen.

Aus der GfbV-Geschäftsstelle in Göttingen erreichte uns dann folgender Brief:
„Unsere international angesehene Menschenrechtsorganisation hat in früheren Jahren immer wieder mit iz3w zusammengearbeitet. Die Bedeutung Ihres Dritte-Welt-Zentrums hat nachgelassen, das hängt offensichtlich wohl auch mit Ihrem Arbeitsstil zusammen. (...)
Befremdet waren wir darüber, daß Sie einen Beitrag in Ihr Heft nehmen, ohne jene überhaupt befragt zu haben, über die Sie schreiben. (...)
Da Sie aber - in Goebbelscher Propagandamanier - eine Menschenrechtsorganisation diffamieren und Ihr entsprechendes Elaborat in einer reaktionär-kommunistischen Zeitung vorab drucken, geht es Ihnen offensichtlich nicht um Diskussion.
Wir verlangen also nichts weiter, als eine Gegendarstellung in gleicher Länge."
Suleyman Yildirim (Mitglied der GfbV-Koordinationsgruppe Kurdistan)

Sehr geehrter Herr Yildirim (resp. Zülch),
der selbstgefällige Ton Ihrer Antwort auf mein Schreiben erscheint mir doch einigermaßen unangebracht - vor allem insofern, als Sie zu den Vorwürfen an die GfbV noch mit keinem Wort Stellung bezogen haben. Tatsächlich sind sie (beide) weder schriftlich noch fernmündlich über einige gleichlautende und gleichermaßen unqualifizierte Beschimpfungen hinausgekommen. (...)
Ihre „international angesehene Menschenrechtsorganisation" hat sich die Kritik selbst zuzuschreiben. Ich muß allerdings bezweifeln, ob sie überhaupt in der Lage sind, diese Kritik zu verstehen; das heißt, daß ich nach Ihren bisherigen Verlautbarungen bezweifle, ob sie eine Reaktion auf die Vorwürfe in einer unseren Ansprüchen genügenden Form und Länge zustande bringen. Falls dies dennoch der Fall sein sollte, wäre eine Veröffentlichung ihrer Replik in den 'blättern' selbstverständlich denkbar. (...)
Ihre Forderung nach einer „Gegendarstellung in gleicher Länge" entbehrt dagegen wohl jeder Grundlage - es sei denn, sie wollten uns auf zwei Seiten sachliche Fehler bzw. sachlich falsche Darstellungen nachweisen (die Bestimmungen des Presserechts dürften ihnen bekannt sein). [1]
Mit freundlichen Grüßen
Jochen Müller (für die Red. der 'blätter')

In den 'blättern' Nr.203 erschien dann eine Antwort auf unsere Kritik von Wolfgang Mayr, einem GfbV-Mitglied aus Bozen. Der Text wurde in Absprache mit dem Autor von der Redaktion gekürzt. Unbekannt war uns bis dahin leider, daß es sich um die offizielle Stellungnahme der GfbV handeln sollte - gerne hätten wir dies unseren LeserInnen mitgeteilt. Wir gaben unserem Autor, Klaus Mayer, im selben Heft die Gelegenheit zu einer direkten Antwort. Bevor wir nun die GfbV zu den Akten legen konnten, erreichte uns aus Göttingen noch folgendes Werk in Form eines Leserbriefs:

Sehr geehrter Herr Dr. Müller,
Sie bezweifeln, ob ich überhaupt in der Lage bin, „ diese Kritik zu verstehen". Sie fügen hinzu: „daß ich nach Ihren bisherigen Verlautbarungen bezweifle, ob Sie eine Reaktion auf die Vorwürfe in einer unseren Ansprüchen genügenden Form und Länge zustande bringen". Es ist hochinteressant, daß Sie einem in Deutschland lebenden Emigranten in einer Form schreiben, wie ich das in Deutschland nur von Neonazis gewöhnt bin. Das spricht für sich.
Nun zu Ihrem Vorgehen im einzelnen. Sie haben einen Artikel verfaßt (Autor des in den 'blättern' erschienenen Artikels ist Klaus Mayer, die Red.), in dem Sie sich über das journalistische und wissenschaftliche Einmaleins hinwegsetzen. Sie arbeiten mit Vermutungen, zitieren falsch oder reißen Zitate aus ihrem Zusammenhang etc... Sie denunzieren also und argumentieren nicht. Das ist gute alte Tradition bei totalitär gesinnten Menschen, sei es nationalsozialistischer wie stalinistischer Geisteshaltung.
In diesem Zusammenhang ist es symptomatisch, daß Sie den Autoren (der „Gegendarstellung") zu einem beliebigen GfbV-Mitglied degradieren (obwohl er die offizielle GfbV-Gegendarstellung liefert) und daß Sie diese Gegendarstellung um die Hälfte nur deshalb gekürzt haben, weil Sie Ihrer Sache so unsicher sind, daß Sie die auf so unlautere Weise gewonnene Seite dazu verwenden, mit einer neuen wiederum primitiv polemischen Antwort zu reagieren. Sie sind also nicht manns genug, auch nur die Gegendarstellung auf faire Weise abzudrucken und so erst einmal stehen zu lassen.
Wenn Sie zu faul, unfähig und unwillens sind, die mit dem Verfassen eines Artikels verbundenen Mühen auf sich zu nehmen und ein bißchen die Originalquellen zu studieren, dann ist es in der Tat selbstverständliche Journalistenpflicht (angenommen Sie wären einer), die Institution, die man so gerne kritisieren möchte, zu befragen. (...)
Aber erfahrungsgemäß sind linksradikale Geister in der Regel ebenso irrational wie rechtsradikale. Wären Sie ein demokratischer Linker, würden Sie im Geist der Aufklärung, etwa der Prinzipien von Sokrates oder Voltaire, erst fragen (oder studieren) und dann urteilen. Aber links kommt nicht von link. Das müßten Sie sich einmal klar machen.
Suleyman Yildirim

Sehr geehrter Herr Yildirim,
aus dem, was Sie uns meinen, mitteilen zu müssen, entnehme ich allerhöchstens, daß Sie beleidigt sind. Deshalb nur eines: Selbst wenn ich in meinen Schreiben nicht ausdrücklich Sie und Herrn Zülch angesprochen hätte, wäre der von mir geäußerte Verdacht hinsichtlich des begrenzten Horizonts Ihres politischen Verständnisses nicht milder ausgefallen. Oder können Sie mir verraten, warum ich auf äußerst fadenscheinige Anwürfe eines Menschen, der nicht in Deutschland geboren ist, weniger scharf reagieren sollte, als wenn diese aus „deutschem Munde" gekommen wären?
Jochen Müller (für die Redaktion)

Anmerkung der Redaktion:
1) Tatsächlich hat die GfbV, trotz solcher von Ihr wiederholt erhobenen Anklagen, bis heute kein einziges Beispiel für falsches oder sinnentstellendes Zitieren nennen können.

Zeichen der Eroberung

Edward Saids neues Buch 'Kultur und Imperialismus'

Der Bayreuther Komparatist János Riesz stellt in seinen „Zehn Thesen zum Verhältnis von Kolonialismus und Literatur" unmißverständlich fest: „Die Literatur Europas ist die eines Kontinents von Kolonisatoren. (...) Meistens ist der Kolonialismus in der Literatur 'Hintergrundphänomen', d.h. er wird nicht eigens wahrgenommen, gehört zum selbstverständlichen Bestand des europäischen Weltbildes."[1] Den Zusammenhang zwischen der Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts und der weltweiten Herrschaft der Staaten des Okzidents im Zeitalter des Imperialismus zu verdeutlichen, ist das Anliegen von *Kultur und Imperialismus*, des jüngsten Werkes des amerikanischen Literaturwissenschaftlers palästinensischer Herkunft Edward W. Said.

Der Professor der Anglistik an der New Yorker Columbia Universität, den Werke wie *Orientalism* (1978) und *Covering Islam* (1981) weltweit bekannt machten, untersucht in *Kultur und Imperialismus* die Verbindung zwischen Kultur und Herrschaft, zwischen Literatur und Macht. Er geht dabei von der Grundannahme aus, daß künstlerisch-kulturelle Phänomene nur eine eingeschränkte ästhetische Autonomie besitzen, da sie immer eine bestimmte „Weltsicht" vermitteln: Said spricht diesbezüglich von „Strukturen der Einstellung und Referenz". Europäische Schriftsteller wie Joseph Conrad, Rudyard Kipling und Albert Camus seien an der Bildung und Konsolidierung der Kolonialreiche Großbritanniens und Frankreichs beteiligt gewesen, da sie in ihren Werken den „geographischen Raum" der überseeischen Territorien mitsamt ihren Bewohnern ideologisch „vermessen" und somit dem westlichen Imaginären einverleibt hätten.

Die Texte dieser Autoren, zumeist Romane, werden nur selten langatmig referiert. Sie werden vielmehr historisch kontextualisiert, also innerhalb der Kolonialgeschichte Schwarzafrikas, des britischen Indien und des französischen Algerien verortet. Doch damit nicht genug. Die narrative Prosa Conrads, Kiplings und Camus' wird außerdem in andere Zusammenhänge transferiert und „dekonstruktivistisch" gegen den Strich gelesen, denn Said greift wiederholt auf die Aussagen antikolonialistischer Theoretiker wie Frantz Fanon und auf die literarischen Werke kolonialkritischer Dichter wie etwa Aimé Césaire zurück, um die Auslassungen, Bruchlinien, inneren Widersprüche und ideologischen Verzerrungen innerhalb der Werke der westeuropäischen (Kolonial-) Literatur sichtbar zu machen.

Der Musikliebhaber Said nennt diese interpretatorische Vorgehensweise eine „kontrapunktische Lektüre". Er bestimmt sie als „ausgerichtet (...) an einem atonalen Ensemble". Und weiter: „Wir müssen alle Arten räumlicher, geographischer und rhetorischer Praktiken in Rechnung stellen - Brechungen, Grenzen, Zwänge, Einmischungen, Einschlüsse, Verbote -, um eine komplexe und ungleichmäßige Topographie zu erhellen." (S. 420)

Eine der Stärken von *Kultur und Imperialismus* besteht also darin, einerseits Geschichte und Literatur, andererseits die literarische Aneignung des überseeischen kolonialen Raums durch europäische Autoren und die „Rückeroberung" dieses Raums durch die afrikanischen, asiatischen oder karibischen Schriftsteller der Unabhängigkeit „kontrapunktisch" miteinander zu verknüpfen. Das erlaubt die Erstellung einer „neuen literarischen Weltkarte", welche die im 19. Jahrhundert gezogenen Grenzen zwischen den „Nationalliteraturen" und den einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen aufhebt und durch die unscharfen Konturen „sich überschneidender Territorien" ersetzt. Der in Amerika lebende Araber Said zieht daraus, Erich Auerbach zitierend, die folgende Konsequenz: „Unsere philologische Heimat ist die Erde; die Nation kann es nicht mehr sein." (S. 419)



Edward W. Said

Allerdings besteht ein gewichtiger Unterschied zwischen Said und dem deutschen Romanisten, der sich während des Zweiten Weltkrieges im türkischen Exil aufhielt: Sicherlich lebt Auerbachs Festhalten an einer Betrachtung der „Weltliteratur" in einem „historisch-perspektivischen Sinne" in *Kultur und Imperialismus* fort, nicht jedoch dessen Postulat einer „synthetischen Philologie der Weltliteratur".[2] Said versucht zwar, die Literaturen verschiedener Epochen (19. und 20. Jahrhundert) und verschiedener Erdteile (Europa, die beiden Amerika, Asien, Afrika) von seinem Ansatz her, der Verbindung von Imperialismus und Kultur, zu begreifen und zu deuten, doch wird keine Synthese angestrebt, die das Ungleichartige über einen Leisten schlägt. Denn Said verzichtet darauf, den Widerspruch zwischen seiner Kritik an der Ideologie des europäischen Imperialismus und der Bewunderung, die er Ideologen der europäischen Weltherrschaft wie Kipling und Conrad wegen ihrer schriftstellerischen Begabung zollt, aufzulösen. Und keineswegs beabsichtigt er, den Gegensatz zwischen der imperialen Einstellung dieser Schriftsteller und dem emanzipatorischen Anliegen Fanons im „Ewigmenschlichen" des traditionellen europäischen Humanismus aufgehen zu lassen. Seiner „kontrapunktischen Lektüre" sind die „sinfonischen" Züge des Universalismus der Aufklärung und der hegelianischen Synthese fremd.

Das zeigt auch die Darstellungsweise, die in *Kultur und Imperialismus* vorherrscht. Die

Gedankenführung der Verfassers, der den Gegenstand der Darstellung in immer neuen Annäherungen umkreist, zeichnet sich durch ihre Sprunghaftigkeit aus, durch die Abwesenheit logischer Stringenz. Inhalt und Form fallen in seinem Werk zusammen, weil der Text sich in seinem formalen Aufbau dem Forschungsgegenstand anpaßt: den sich „überschneidenden Territorien" von Zentrum und Peripherie, europäischer Literatur und postkolonialer Theoriebildung, Literatur und Geschichte. *Kultur und Imperialismus* hat daher mit den üblichen Darstellungsformen einer „akademischen" Literaturwissenschaft wenig gemein. Said setzt dem etablierten literaturwissenschaftlichen Diskurs eine Alternative entgegen: die fragmentarisch-offene Form des Essays. Damit



Schöngeist unter Verdacht

bemüht er ein gefährliches Genre, birgt es doch die Gefahr willkürlicher Verkürzungen und Assoziationen. Eine Gefahr, vor der Saids Groß-Essay - er umfaßt immerhin knapp 500 Seiten - nicht gefeit ist.

Der Verfasser konstatiert wiederholt einen kausalen Zusammenhang zwischen dem europäischem Ausgreifen nach Übersee und den Erzählformen des realistischen Romans des 19. Jahrhunderts, allerdings ohne diesen Zusammenhang plausibel zu begründen. Das liegt sicherlich daran, daß *Kultur und Imperialismus* sich in erster Linie an ein amerikanisches Publikum wendet, das von der „politischen Korrektheit" solcher Thesen von vornherein überzeugt zu sein scheint. Mehrmals wird die Instanz des verfügungsmächtigen, allwissenden und die Romanfiguren zu Objekten degradierenden auktorialen Erzählers mit der imperialistischen Ideologie des expandierenden Europa in Verbindung gebracht (z.B. S. 101 und 116). Leider wird dieser Zusammenhang nie näher erläutert, so daß sich die Frage aufdrängt: Kann die Erzählerautorität nicht auch ein „Reflex" auf das politische System der absolutistischen Monarchie oder auf das christliche Menschen- und Weltbild sein?

Überzeugender ist da schon die Kritik am Jargon der westlichen Wissenschaft, deren unpersönliche Formulierungen nur allzu oft Neutralität, Objektivität und Wissenschaftlichkeit vortäuschen, um die eurozentrische Arroganz und den Herrschaftsanspruch des Kolonialherren zu verschleiern (S. 345f.).

Problematisch ist meines Erachtens auch, daß der Untersuchungszeitraum sich weitgehend auf das 19. und 20. Jahrhundert beschränkt. Die überseeischen Kolonialreiche der iberischen Mächte Spanien und Portugal werden kaum erwähnt, obwohl sie seit dem 16. Jahrhundert eine Kolonialliteratur (bzw. Kolonialhistoriographie) hervorbrachten. Wie Tzvetan Todorov für Spanisch-Amerika zeigt[3], wurden hier die maßgeblichen „Repräsentationen" entwickelt, die über Jahrhunderte hinweg die westeuropäische Wahrnehmung des nicht-europäischen „Anderen" bestimmten. Daß die spanische Kolonialdiskussion des 16. Jahrhunderts nicht berücksichtigt wird, ist umso bedauerlicher, als es sich bei kolonialkritischen Missionaren wie Las Casas und Sahagún um frühe europäische Vertreter eines wirklichen Humanismus handelte, der dem „Anderen" nicht nur Gleichheit, sondern vor allem auch das Recht auf Andersartigkeit zugesteht.

Einige Passagen zeichnen zudem ein zu einseitiges Bild von den ideologischen Strukturen der europäischen Kolonialliteratur. Das gilt vor allem für den Abschnitt, welcher der Auseinandersetzung mit einigen Texten des Algerienfranzosen Albert Camus gewidmet ist (S. 235-256). Said wirft hier zu Recht vielen europäischen Interpreten vor, Camus lediglich als „Philosophen des Absurden" zu deuten, der sich in seinen Werken vor allem mit den universellen Fragen der menschlichen Lebenssituation beschäftigt habe und nicht als „Ideologen" des französischen Algerien. Umgekehrt heißt es aber das Denken Camus' in seiner ganzen Komplexität verkennen, wenn man wie Said übersieht, daß Camus nicht einfach nur ein Apologet des französischen Kolonialsystems war, sondern sich auch für eine franko-arabische „Brüderlichkeit" in einem reformierten französischen Algerien einsetzte und vielleicht gerade deswegen in seinen literarischen Texten deren algerische Thematik in der Dimension des Allgemeinmenschlichen aufgehen ließ. Außerdem geht Said den antikolonialistischen Legenden des unabhängigen Algerien auf den Leim, wenn er sich auf den postkolonialen Mythos einer einigen algerischen Nation vor 1830 (dem Jahr der Eroberung Algiers durch französische Truppen) beruft, um Camus' Sicht eines kulturell vielfältigen Algerien zu widerlegen.

Kultur und Imperialismus ist trotz dieser kritischen Anmerkungen eine gelungene, engagierte und gerade wegen ihrer vom Verfasser bewußt intendierten internen „Widersprüche" lesenswerte literaturwissenschaftliche Studie, wenn auch die deutsche Übersetzung vieler Passagen sehr schlecht ausgefallen ist - so erscheint an einigen Stellen, wo das metropolitanische „Zentrum" der nichteuropäischen „Peripherie" gegenübergestellt wird, anstelle von „metropolitanisch" das Adjektiv „großstädtisch"! Die Leistung dieser Untersuchung besteht vor allem darin, die Fixierung vieler Literaturwissenschaftler auf „Nationalliteraturen" als reduktionistisch auszuweisen, die Doktrin der ästhetischen Autonomie des sprachlichen Kunstwerks zu relativieren und die wissenschaftliche Beschäftigung mit den europäischen und nicht-europäischen Literaturen des 20. Jahrhunderts um das Paradigma „Kultur und Weltherrschaft" zu ergänzen.

Gunther Verheyen

Edward W. Said: Kultur und Imperialismus. Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht. Frankfurt (Fischer) 1994 (engl.: Culture and Imperialism. New York/London 1993)

Anmerkungen:

1) János Riesz: „Zehn Thesen zum Verhältnis von Kolonialismus und Literatur", in: Wolfgang Bader/ J. Riesz (Hrsg.): Literatur und Kolonialismus: Die Verarbeitung der kolonialen Expansion in der europäischen Literatur. Frankfurt/Bern 1983, S. 9.

2) Erich Auerbach: „Philologie der Weltliteratur", in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Romanischen Philologie. Bern/München 1967, S. 302 und 310.

3) Tzvetan Todorov: Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen. Frankfurt 1985.

Inmitten der Macht

Ein Sammelband zu Frauen, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt

Rassismus, das wichtigste Kernideologem des Rechtsextremismus, ist nicht am Rande der Gesellschaft angesiedelt; er hat seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft". So lautet die Ausgangsthese eines Sammelbandes, der als Ergebnis einer Veranstaltungsreihe der Uni Osnabrück von Christine Tillner herausgegeben wurde. 'In der Mitte der Gesellschaft', das heißt, daß Frauen eben nicht das mystifizierte 'friedfertige Geschlecht' sind, sondern auf ihre spezifische Weise Beiträge zu Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt liefern. Den Mythos von der friedfertigen Frau unterstützen einige feminstische Analysen, die eine Verbindung zwischen Rassismus und Sexismus herstellen, aus der sie eine fatale Folgerung konstruieren. Aus der Feststellung, daß ein Rassist meistens auch sexistisch ist, wird häufig der Schluß gezogen, daß eine Frau nicht rassistisch sein könne, da sie ja nicht sexistisch sei.

Dem setzt Tillner in ihrem Vorwort eine These entgegen, die alle Autorinnen teilen und auf unterschiedliche Weise zu belegen versuchen. „Die Unterdrückung durch ein Herrschaftsverhältnis immunisiert nicht automatisch gegen Herrschaftsausübung: Opfer von Sexismus können rassistische (Mit-) Täterinnen sein."

Birgit Rommelspacher analysiert zunächst die wichtigsten herkömmlichen Erklärungsmuster für die Ursachen von rechtsextremer Gewalt aus den Bereichen der Soziologie, Psychologie und aus der feministischen Forschung. Alle drei Ansätze, so die Kritik, gehen davon aus, daß es sich um ein besonderes Phänomen handelt, das nur eine bestimmte Gruppe aufgrund be-stimmter Ausnahmesituationen betrifft. Dabei kristallisiere sich doch gerade aus diesen Forschungen eine interessante Gemeinsamkeit heraus: die Anfälligkeit für autoritär-nationalistische und rassistische Einstellungen ist vor allem ein Phänomen, das bei Etablierten auftaucht und bei denen, die diesen Status anstreben - und das um jeden Preis. In einer Dominanzgesellschaft, die sich vor allem durch Wohlstandschauvinismus und einer Vergötterung des Leistungsprinzips auszeichne, wird der Kampf um die 'Sonnenplätze' notfalls mit Gewalt geführt, von beiden Geschlechtern.



Saufen, prügeln und stolz sein wie ein Typ

Angesichts dieser Entwicklung hält Rommelspacher eine neue Wertediskussion für unumgänglich. Vor allem eine Rückbesinnung auf die Kritikansätze der 68er Bewegung sollte der 'Erstarkung' einiger altbekannter Werte entgegengesetzt werden. „Analysen, die so unbefangen nach Familie, naturwüchsigen Milieus und Arbeitstugenden hier in Deutschland als Bollwerk gegen den Rassismus rufen, sind nicht nur unpolitisch, sondern auch gefährlich geschichtsvergessen." In der Wertediskussion sollten folgende Aspekte berücksichtigt werden: Die Infragestellung der Werte unseres Wohlstandschauvinismus, die entschiedene Kritik der Frauenbewegung an der Dominanz des Produktionsbereichs und der wirtschaftlichen Verwertungslogik sowie die Distanzierung z.B. der Ökologiebewegung von einem unhinterfagten Fortschritts- und Wachstumsdenken. Aus diesen Kritikansätzen könnten Werte wie Mitmenschlichkeit, ökologische Verantwortung sowie der Einsatz für die Abschaffung der Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern als positive Anknüpfungspunkte für eine Veränderung dienen. Will eine solche Wertediskussion wirkungsvoll sein, so das Fazit von Rommelspacher, muß sie immer einhergehen mit einer gleichzeitigen Veränderung der politischen Realität.

Körper und Herrschaft

Theresa Wobbe geht im folgenden zwei Fragen nach: erstens, wie das körperlich Gewaltsame des Rassismus sich zur Geschlechtsrollenzuschreibung verhält, die in unseren kulturellen Deutungsmustern bestimmend ist. Zweitens untersucht sie, wie und warum diese Zuschreibungen und die damit verbundenen Machtverhältnisse konstruiert sind. Sie verdeutlicht in ihrer Analyse, wie soziale Ein- und Ausschlüsse konstituiert werden. Ein interessanter Aspekt, der Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus mit dem Thema Körperlichkeit zusammenbringt. Letzteres wird übrigens in der feministischen Debatte unter dem Stichpunkt „gender studies" zur Zeit heiß diskutiert.

Christine Holzkamp bringt die gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Herrschaftsverhältnisse in die Diskussion. Sie kommt wie Rommelspacher zu dem Schluß, daß unser Kultur- und Gesellschaftsbegriff der von einer Dominanzkultur ist. Über Rommelspachers Schlußfolgerung geht sie aber mit der These hinaus, daß die Geschlechtsrollenzuweisungen mit ihren Konsequenzen notwendiger Teil von Dominanzkulturen sind. Das bedeutet, daß sowohl die Zugehörigkeit zu diesen Kulturen als auch die Geschlechtszugehörigkeit für die Entwicklung von ausgrenzendem

und gewalttätigem Handeln eine wesentliche Rolle spielen. Mit rassistisch begründeten gewalttätigen Handlungsmustern versuchen sich laut Holzkamp Männer und männliche Jugendliche Privilegien zu sichern und sich ihrer männlichen Identität zu vergewissern. In dem Spektrum rechtsextremen, rassistischen und gewalttätigen Denkens und Handelns leisten Frauen in Erfüllung der traditionellen Geschlechtsrollenzuschreibung eher passive Unterstützungs- und Zurüstungsarbeit, sind auf ihre Weise subtil gewalttätig und ausgrenzend. So, wie es geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gibt, so Holzkamps Fazit, gibt es auch eine geschlechtsspezifische Gewaltteilung.

Sicherlich treffen Holzkamps Ausführungen zu, daß die meisten Frauen mit rassistischen oder rechtsextremen Einstellungen körperlich nicht so gewalttätig sind wie Männer dieses Spektrums, aber die Differenzierung suggeriert doch einmal mehr, daß Frauen ja 'doch nicht ganz so schlimm' wie Männer seien. Dabei vernachlässigt die Autorin, daß auch Frauen nationalistische Ideologien verfestigen und verbotene, internalisierte Gefühle der Höherwertigkeit unserer Kultur gegenüber 'Fremden' durch eine - nicht immer negativ konnotierte - paternalistische Haltung verdecken. Diese verfestigten Ideologien und Dominanzgefühle sind es, die es in erster Linie aufzudecken gilt, denn sie sind auf Dauer ebenso gefährlich wie die allseits verurteilten gewalttätigen Auswüchse des rechtsextremen Spektrums.



... weil ich ein Mädchen bin.

Geschlecht, Klasse, Ethnie

Einen sehr interessanten Beitrag liefert Ilse Lenz, die sich kritisch mit Theorien zum Verhältnis von Geschlecht, Klasse und Ethnie und mit der feministischen Antirassismusdebatte auseinandersetzt. Sie vertritt die Ansicht, daß Geschlecht und ethnische Identität als künstliche Gebilde betrachtet werden müssen, die sozial konstruiert werden, aber beide auf einer dualistischen symbolischen Ordnung aufbauen und den Charakter sich ausschließender Gegenätze angenommen haben. Die Konstrukte Geschlecht und ethnische Identität können aber durchaus in Wechselbeziehung miteinander treten und sich verstärken: Rigide Geschlechtsnormen werden z.B. oft mit dem Verweis auf Ethnizität als besonders effektives Mittel der Grenzziehung zu anderen eingesetzt. Auf diese Art können ethnische Strategien patriarchale Autorität stärken. Laut Lenz verfolgen Individuen bestimmte Handlungsstrategien: Sie wählen einzelne Elemente ihrer Geschlechtsrolle, ihres ethnischen Hintergrundes u.s.w. aus, kombinieren sie, vermeiden sie oder spielen sie herunter - dies alles innerhalb bestehender Gesellschaftshierarchien. Ein Individuum kann also nicht einfach durch feste Größen wie Geschlecht, Rasse oder Klasse determiniert werden. Daraus folgt für Lenz aber nicht das berühmte 'rien ne va plus', sondern es können ihrer Ansicht nach durchaus Übereinstimmungen zwischen den Geschlechtern auf der Ebene des Handelns und der Politik entstehen. Ein Ansatz, der für eine weitere Auseinandersetzung auf diesem Gebiet sehr lohnenswert scheint.

Der abschließende Artikel von Mechtild Janßen analysiert Ideologie und Praxis rechtsextremer Organisationen. Sie bilanziert die neuesten empirischen Untersuchungen über Nähe und Ferne von Frauen zu rechtsextremen Auffassungen und Gewalt und skizziert verschiedene Strategien, die gegen die Rechtsentwicklung aus feministischer Perspektive abgeleitet werden können. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die ideologischen Entwürfe und Rollenangebote für Frauen im rechtsextremen Spektrum erheblich differenzierter geworden sind. Daher werden Frauen z.T. in diesen Gruppen auch aktiver als früher.

Janßen faßt zusammen, welche Konsequenzen sich aus den verschiedenen Ansätzen für die Analyse von Rechtsextremismus, Rassismus, und Gewalt ergeben. Sie bestätigen zum einen die These, daß sich eine offene und direkte Legitimierung von Gewalt nur bei einem relativ geringen Teil aller Jugendlichen findet. Frauen, so Janßens persönliches Fazit, sind sowohl Opfer als auch Mittäterinnen und Täterinnen im gewalttätigen, rechtsextremen, rassistischen Spektrum. Sie können dem Rechtsextremismus, aufgrund ihrer doppelten und widersprüchlichen Vergesellschaftung distanzierter gegenüberstehen, können aber von ihm an den äußeren Rändern der Rollenbandbreite auch polarisiert und radikalisiert werden. „Der Rechtsextremismus kann trotz Mittäterinnenschaft von Frauen durch deren soziale Geschlechtsrolle gebremst werden; er kann diese aber auch weiter sprengen. Frauen im unwiderruflichen Umbruch ihrer Geschlechtsrolle und in der Neuorientierung ihrer Lebensweisen werden so oder so zu Pionierinnen ihrer Zeit." (86)

Als Grundlage für eine notwendige Auseinandersetzung auch des Feminismus mit dem Thema Rechtsradikalismus, Rassismus und Gewalt ist dieser Band mit verschiedenen Erklärungsansätzen auf jeden Fall zu empfehlen, auch wenn die Lösungsvorschläge mancher Autorin ein wenig übers Knie gebrochen scheinen - ein störendes Phänomen, das sich leider in so vielen Texten findet. Ärgerlich ist dies deswegen, weil solche Lösungsvorschläge eine Debatte schon von vornherein in feste Bahnen lenken, wo Flexibilität im Denken gefragt wäre.

Monika Bierwirth

Christiane Tillner (Hrsg.): Frauen - Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt, Feministische Beiträge, Münster 1994, agenda Verlag, 93 Seiten, 18,- DM

Lust auf Südsee?



Mal ehrlich: Wer hatte noch keine Exotik-Sehnsüchte nach dem 'einfachen, aber glücklichen Leben' von Südsee-InsulanerInnen, wer hat keine romantisch verklärten Vorstellungen von fremden Kulturen - oder wahlweise von Befreiungskämpfen in fernen Ländern? Vor exotisierenden Denkmustern ist wohl nicht nur in Europa kaum jemand gefeit.

Unter dem Titel **'Arm aber glücklich... - Wahrnehmungsmuster im Ferntourismus und ihr Beitrag zum (Miß-)verstehen der Fremde(n)'** sind die Beschaffenheit, die Entstehung und die Folgen von exotisierenden Wahrnehmungsmustern der Fremde(n) im Kontext des Ferntourismus Thema einer jetzt veröffentlichten Arbeit von Jutta Bertram (Auszüge erschienen bereits in den 'blättern' Nr.205). Die zentralen Fragestellungen lauten: Wie passen Fremdenfeindlichkeit und Sehnsucht nach der Fremde zusammen? Warum kann der Ferntourismus nicht zur Revision fremdenfeindlicher Einstellungen beitragen? Fragen, die in ähnlicher Form zum Beispiel auf der Internationalen Tourismusbörse 1993 in Berlin unter dem Eindruck der Ereignisse von Rostock diskutiert wurden.

Die Autorin weist anhand der Durchsicht von historischen Darstellungen der Fremde(n), von theoretischer Literatur zu Tourismus und Interaktion sowie anhand von moderner Reiseprospektwerbung nach, daß rassistische und exotisierende Vorstellungen zwei Seiten der gleichen Medaille sind: „Exotisierende Wahrnehmungsmuster haben mit einer von Bedrohung und Angst gekennzeichneten Wahrnehmung gemein, daß sie die Fremden als Projektionsfläche mißbrauchen und damit buchstäblich entfremden. Als Folge dieser Gemeinsamkeit kann die eine Wahrnehmungsweise relativ problemlos in die andere umschlagen" (S.123). So ist es kaum überraschend, daß z.B. ein in Rostock beteiligter Skinhead ohne weiteres von einer Reise nach Afrika träumen kann...

J. Bertram läßt in ihrer Analyse keinen Zweifel daran, daß exotisierende und mißverstehende Wahrnehmungsmuster in der Struktur des Ferntourismus angelegt und untrennbar mit Industrialisierung, Zivilisierung und Kolonialismus verbunden sind. Deswegen können ihrer Ansicht nach moralisierende Appelle an die TouristInnen wenig bewirken. Während die Autorin das Zusammentreffen von EuropäerInnen und NichteuropäerInnen im Ferntourismus generell als „Verständnisblockade" (S.125) bewertet, ist sie sich in der Einschätzung von Begegnungen im europäischen Alltag nicht so sicher. Bei 'multikulturellen' (Solidaritäts-) Festen, Bauchtanzkursen usw. sind die Grenzen von Verstehen-Wollen, exotischer Verklärung und bloßer Indienstnahme nicht mehr so klar ersichtlich.

Die Darstellung des Themas ist pointiert, manchmal etwas zu verallgemeinernd, aber immer hochinteressant und kenntnisreich. Etwa, wenn die angesehenen Aufklärer Kant und Hegel als üble Rassisten geoutet werden. Schade nur, daß Bertram keine Stimmen von 'Bereisten' oder AutorInnen aus der 'Dritten Welt' zu Wort kommen läßt, obwohl diese sicher andere und ergänzende Sichtweisen der Problematik beisteuern könnten. Leichter verschmerzen läßt sich hingegen das Fehlen jeglicher empirischer Überprüfung ihrer Aussagen. Fazit: Ein sehr lesenswerter Beitrag zur Tourismus- und (Anti-)Rassismusdebatte!

Christian Stock

„Arm, aber glücklich...." Wahrnehmungsmuster im Ferntourismus und ihr Beitrag zum (Miß-)Verstehen der Fremde(n), Bd.6 der Reihe: Fremde Nähe - Beiträge zur interkulturellen Diskussion, LIT-Verlag, Hamburg 1995, 134 Seiten, DM 29,80

Ruandas Tragödie



Der Krieg in Ruanda hat, wie alle Kriege, eine Vorgeschichte. In der Kolonialzeit bestimmte die Politik der belgischen Verwaltung über die Zugangschancen zum politischen und kulturellen System. Zumeist lief es dabei auf eine Privilegierung der Tutsi-Angehörigen hinaus. Seit den späten 50er Jahren, also bereits vor der Unabhängigkeit Ruandas 1962, entwickelte sich die politischen Auseinandersetzungen zu „ethnischen Konflikten" - die Tutsi wurden am Ende aus dem Land geworfen. Sie formierten sich militärisch und führten von Uganda aus seit 1990 einen Krieg gegen das Regime von Präsident Habyarimana in Kigali. Die seitens der Regierung halbherzig geführten Friedensgespräche von Arusha kamen zu spät. Der Flugzeugabsturz, bei dem sowohl der ruandische als auch der burundische Präsident ums Leben kamen, gab den rechten politischen Kräfte in Ruanda Anlaß für ihren Versuch, „reine zu machen".

In dem von ihr herausgegebenen Buch **„Ein Volk verläßt sein Land. Krieg und Völkermord in Ruanda"** sieht Hildegard Schürings für die nachfolgende Tragödie in Ruanda und das Flüchtlingsproblem auch in den angrenzenden Ländern noch lange kein Ende. Auf politischer Ebene ist eine Lösung abhängig von der Integrationspolitik der neuen Regierung in Kigali. Auf sozialer Ebene müssen die traumatischen Erlebnisse der Bevölkerung überwunden und vorhandene Feindbilder abgebaut werden.

Schürings Buch, das Aufsätze verschiedener AutorInnen u.a. aus Ruanda enthält, versteht sich auch als ein Beitrag gegen stereotype, eurozentristische Afrika-Bilder. Begrifflichkeiten wie Ethnie und Stamm werden relativiert, Darstellungsweisen afrikanischer Kriege als bloße ethnische Konflikte oder gar Stammeskriege widerlegt. Die „Vorhersehbarkeit der Ereignisse" macht sie dabei gleichermaßen deutlich, wie das internationale Versagen, die Katastrophe zu verhindern. Wenn Schürings in diesem Kontext Partei ergreift, dann für eine von anderer Seite allerdings heftig kritisierte internationale politische Verantwortung für die Länder der Dritten Welt.

Es wäre wünschenswert gewesen, daß neben dem Bemühen um authentische Berichterstattung und der Fülle von Daten zur historisch-politischen Entwicklung etwas mehr Raum für sozioökonomische Analysen zur Verfügung gestanden hätte. Allerdings schließt Schürings mit dem Band eine große Lücke in der deutschen Ruanda-Literatur.

Gerhard Lang

Hildegard Schürings (Hg.) „Ein Volk verläßt sein Land. Krieg und Völkermord in Ruanda", Neuer ISP Verlag, Köln 1994, 253 S., DM 25.-

Betr.: Kritik der Tourismuskritik 'blätter' Nr. 205 (April)

Schön, daß die 'blätter' erstmals seit längerem einen Beitrag zur Tourismusdebatte veröffentlichen. Gut auch, daß die Tourismuskritik selbst und ihre Folgen thematisiert werden.

Aber warum mußte der Beitrag von Jutta Bertram gleich zum Rundumschlag geraten, bei dem viele ihrer richtigen Argumente von allzu pauschalen Vorwürfen in den Hintergrund gedrängt wurden? Oder war der Beitrag nur als Provokation gedacht? (...)

Bertrams Kritik an sog. „Begegnungsreisen", mit denen manche Veranstalter Fernreisen als Beitrag zur „Völkerverständigung" hochstilisieren wollen, ist völlig korrekt (s. auch die Rezension zum Buch der Autorin in diesem Heft). Nicht nachvollziehbar ist hingegen ihre generelle Behauptung von der „Horizontenge der Tourismuskritik", die europäische Wahrnehmungsmuster beim Ferntourismus wie „exotische und rassistische Klischees" außer acht lasse. Im Gegenteil haben viele TourismuskritikerInnen unermüdlich auf die Problematik der sog. 'interkulturellen Kontakte' hingewiesen und belegt, daß rassistische Einstellungen sich bei Reisen häufig wie eine 'self-fulfilling-prophecy' erfüllen. Fast alle Standardwerke der Tourismuskritik (z.B. May 1985, Scherrer 1986, Maurer et al. 1992) heben auf diese und andere koloniale Erblasten des Tourismus ab. Ist dies der Autorin entgangen, weil es nicht in ihr Negativbild der Tourismuskritik paßt?

Bei ihrer Kritik der „pragmatischen Strömung der Tourismuskritik, die einen sanften Tourismus propagiert", bedient sie sich meines Erachtens nach ungeeigneter Beispiele: Die 'Naturfreunde', ein aus der Arbeiterbewegung hervorgegangener Touristenverein, der nicht unwesentlich als Reiseveranstalter in Erscheinung tritt, ins Lager der TourismuskritikerInnen zu versetzen, ist gewagt. Noch gewagter ist dies bei den 'Sympathiemagazinen', die u.a. von so illustren „TourismuskritikerInnen" wie dem Bundesministerium für Frauen und Jugend und dem BMZ finanziell gefördert werden. (...)

Das Hauptproblem des Beitrags ist die allzu selektive Wahrnehmung der Autorin. Durchaus fragwürdige Reformstrategien einiger weniger AutorInnen und Gruppen werden leichthin mit der gesamten Tourismuskritik gleichgesetzt. Diese hat sich aber von Beginn an aus völlig heterogenen Motiven und politischen Überzeugungen gespeist - vom konservativ-elitären Zivilisationsskeptizismus bis hin zur linksradikalen Fundamentalopposition. Dementsprechend unterschiedliche Strategien wurden vorgeschlagen und wechselseitig kritisiert. Die zu Recht angesprochene „Überschätzung individueller Handlungsspielräume" und die blauäugige Vorstellung, mit 'Erziehungsmaßnahmen' bei den Touristen Verbesserungen bewirken zu können, haben Autoren wie Scherrer (1986) schon frühzeitig kritisiert.



Ignoriert die Strategie des Reiseverzichts ein Bedürfnis nach interkulturellem Kontakt?

Weiterhin bezieht sich die Autorin ausschließlich auf die deutschsprachige Diskussion und negiert damit die im letzten Jahrzehnt verstärkt laut gewordene Tourismuskritik im Trikont. Als ob z.B. in Indien oder Thailand nicht ähnliche Fragen diskutiert würden!

Wer die wichtigen Kampagnen der letzten Jahre gegen Sextourismus und Kinderprostitution und gegen den zunehmenden Golftourismus mitverfolgt hat, kann wohl kaum kategorisch vom „Verschwinden der Tourismuskritik" sprechen. Natürlich ist es um die Tourismuskritik genauso wie um die Dritte-Welt-Bewegung in letzter Zeit ruhiger geworden. Aber statt vollmundig den verbliebenen Resten die Existenz abzusprechen, sollte lieber eine konstruktivere Diskussion um die Ursachen und zukünftige Aktivitäten geführt werden.

Nicht zuletzt muß sich die Autorin fragen lassen, was sie eigentlich will. Strategien wie Reiseverzicht und Ghettotourismus ignorieren nach ihrer Ansicht das Bedürfnis nach Reisen und Kontakten mit der 'Fremde'. 'Sanfter Tourismus' ist für sie ausschließlich ein Werbeetikett der Tourismusbranche. Indem J. Bertram alle diese Strategien pauschal ablehnt und auch keine Alternativen aufzeigt, landet sie in der Sackgasse der Perspektivlosigkeit bzw. im Elfenbeinturm der ideologiekritischen Wissenschaft.

Die Heuchelei der Tourismusindustrie und vieler Reisender kann aber meiner Meinung nach nur entlarvt werden, wenn wir ihre Praxis an deutlich zu formulierenden und radikalen Utopien und Kriterien von verträglicheren Reiseformen messen. Die nicht nur bei J.Bertram implizit grassierende Vorstellung, jede Reise in den Trikont sei unabhängig von ihrer Form gleichermaßen schädlich, arbeitet sowohl der Gleichgültigkeit der Reisenden als auch der an der Erhaltung des Status Quo interessierten Tourismusindustrie zu. Gerade weil die Reiselust der Menschen ein kaum abzuschaffendes Faktum ist, müssen FundamentalkritikerInnen sich an der Formulierung von Reise-(verzichts)utopien beteiligen und dies nicht allzu kompromißbereiten ReformerInnen überlassen.

Vielleicht ist sich Jutta Bertram mit mir wenigstens in der Forderung nach einer (Re-)Politisierung der Tourismusdebatte einig. Mit dem Niedergang der Dependenztheorie gerieten auch in der Tourismuskritik politisch-ökonomische Fragestellungen aus der Mode, obwohl die z.B. im Zusammenhang mit den neuen GATT-Regelungen von größter Bedeutung sind.

Christian Stock

Betr.: Artikel zur Salsa
blätter des iz3w, Nr. 205

Ein Leserbrief aus Cali in Kolumbien von einer Organisation, die sich für die Reintegration von Jugendlichen einsetzt.

Ihren Bericht über „Rebellion und Ketchup (Eine Sozialgeschichte des Salsa)" habe ich unseren Jugendlichen übersetzt und diese meinten, daß eigentlich recht viel Kluges gesagt wird, doch der Schreiber wohl nie in einer Lebenssituation war, wo der gute alte, rebellische Salsa lebt.

Wenn wir nun von Salsa sprechen, dann nicht über die Schnulzen, die an simple deutsche Schlager („Er steht im Tor" & Co) erinnern, wie ihn heute leider die Mehrheit der Bands machen. Die Zeit, in der Salsa die Alltagsprobleme schilderte, ist leider vorbei. Doch solange Schnulzenbands wie die „Salsa Kids" aus Puerto Rico bei ihren tumben Darbietungen in Cali mit Flaschen beworfen werden, solange haben wir die Hoffnung, daß unser Salsa weiterlebt.

Diese gute alte Musik (inkl. der „Son") ist hauptsächlich die Musik der Menschen bei uns in den Slums. Wenn wir mit den sich bei uns in Rehabilitation befindlichen bewaffneten Jugendbanden eine Tanznacht machen, dann hört man nur die ganz großen wie R. Ray, Pacheco, Cheo Feliciano, Barreto, u.s.w. Denn dies ist unsere Musik, unsere Kultur. Diese Musik läßt uns das tägliche Elend vergessen, die Gewalt. Und zu vergessen, daß man vom Tode bedroht ist, wenn auch nur für Stunden, tut ganz schön gut. Denn davon sind nicht nur unsere Jugendlichen betroffen, die auf den Todeslisten stehen und von welchen wir alleine im letzten Jahr über 30 beerdigen mußten, sondern auch wir Mitarbeiter, die man ebenfalls umnieten will, weil wir diesen „Ratten" eine Chance zur Wiedereingliederung geben wollen. Salsa ist für uns vor allem ein Versuch der Verarbeitung von Elend, Hunger, Schmerz, Angst, Verzweiflung, Entwürdigung, des jähen Todes, Verlust von immer mehr Freunden. Unsere Jungs sind Tanzakrobaten. Die Musik ist ihre Identifikation, sagt, was sie aufgehört haben zu sagen und sich stattdessen bewaffneten, weil sie niemand ernst nahm.

Nun hört man sie, hat Angst vor ihnen, gründet Kommandos, die die soziale Problematik, auf die unsere Jungs aufmerksam machen, eliminieren. Nacht für Nacht sterben diese Produkte und Opfer des Systems, und solange diese Ungerechtigkeit anhält, bleibt unsere Musik am Leben in unseren Vierteln, bei unseren Festen, bei unseren Beerdigungen. Wie schön es doch wäre, dieses Identitätsgefühl in Frieden zu leben und nicht in einer Situation, wo in der friedlichsten Zeit bei uns im Viertel wöchentlich immer noch mehr Menschen durch Gewalt ums Leben kommen als im jugoslawischen Bürgerkrieg. Doch niemand spricht von Krieg, niemand hat Verständnis, uns finanziell zu unterstützen (auch in Europa nicht), denn diese Arbeit macht sich für niemanden bezahlt, da unsere Zielgruppe nicht hübsche, verschmutzte und weinende Kinder sind, dankbar für jedes Almosen und das mitteleuropäische Herz ansprechend. Kinder schon, doch bereits mit 13 Jahren eine ausgebuffte Hure, ein mehrmaliger Mörder. Wie heißt es so schön in einem der Lieblingslieder: „Ob mein Glückstag jemals kommen wird"!

So, dies war der Wunsch unserer Jungs, daß ich der Zeitschrift in Deutschland mitteile, was wir so denken, in unserer ganz anderen Art von Realität.

Für die Fundación und deren Zugehörige
Beat Herrmann

Betr.: 'blätter'- Sprache
Ein Beitrag gegen den Lesefrust

„Die kolonialen Interessen unterminierten die Tendenzen zur Herausbildung von Staatsformen als Kohäsionsfaktor zur Sicherstellung fortgesetzter gesellschaftlicher Reproduktion autochthoner sozialer Schichten." (blätter des iz3w, April/Mai '95, S.29) Daß Eure Zeitung, bzw. Eure Beiträge voll sind von solchem Nonsens, wißt ihr sicher selbst. Ihr müßt Euch entscheiden: Wollt Ihr Euch mitteilen, und somit ein Forum schaffen für eine solidarische und linke Opposition in der Bundesrepublik, oder wollt Ihr, daß die wenigen noch übrig gebliebenen Dritte-Welt-Interessierten Euer wichtiges Blatt resigniert zur Seite legen. Wir meinen, auch radikale und linke Beiträge zur Nord-Süd Problematik können verständlich geschrieben sein!
Herzliche Grüße, Kathrin Simon (terre des hommes - Arbeitsgruppe Schwäbisch-Hall)

Anmerkung der Redaktion:
Liebe Kathrin, zunächst mal vielen Dank für Deinen Hinweis. Du hast Dir allerdings ein besonders eindrückliches Exemplar kaum verständlicher Wortgebilde ausgesucht. Wenn unser Heft wirklich voll solcher kaum zu entschlüsselnder Monstrositäten wäre, hätten wohl tatsächlich längst alle LeserInnen die 'blätter' entnervt beiseite gelegt. Wir gestehen aber, allzuhäufig nicht genügend auf eine zugänglichere Ausdrucksweise zu achten, die das Verständnis unserer Mitteilungen erleichtern würde und versprechen deshalb unser Bemühen um Besserung.

BRD im Regenwald

Die Entwicklungszusammenarbeit wird nach wie vor durch Wirtschaftsinteressen dominiert, die auf die Verwertung der Ressourcen der Tropenregion gerichtet sind. Obwohl sich die Bundesregierung international ausdrücklich für den Schutz der Regenwälder eingesetzt hat, hat sie es unterlassen, Vorkehrungen zu schaffen, damit wenigstens multilaterale Entwicklungsbanken wie die Weltbank nicht weiter Geschäfte mit der Tropenwaldzerstörung machen können. Die Banken werden von ihren Mitgliedsländern noch immer völlig unzureichend beaufsichtigt und kontrolliert.

Die Vernichtung der tropischen Wälder trägt mit 15 Prozent zur Verstärkung des menschgemachten Treibhauseffektes bei, da durch Brandrodungen große Mengen Kohlendioxid freigesetzt werden. Der Schutz der Tropenwälder sollte nach dem Willen der Bundesregierung deshalb bereits 1990 zur internationalen Schwerpunktaufgabe werden. Doch die Bundesregierung ist mit ihrer Tropenwaldhilfe nicht nur erfolglos geblieben, sondern hat sich mitschuldig gemacht an der Vernichtung weiterer Tropenwälder. Denn die Hauptrolle bei diesen Zerstörungen spielt die Weltbank, und als deren drittgrößter Anteilseigner nach den USA und Japan gehört die Bundesregierung zu den Hauptverantwortlichen für die Tropenwald- und Klimagefährdungen.

In Brasilien, das ein Drittel aller verbliebenen Regenwälder der Erde beherbergt, zeigt die Entwicklungszusammenarbeit ernüchternde Resultate. Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank finanzieren Milliarden teure Straßenbau-, Landwirtschafts- und Bergbauprojekte, die direkt und indirekt zur Rodung und Degradierung großer Tropenwaldflächen führen.

Im Westamazonien beispielsweise unterstützt die Weltbank die Wirtschaftspolitik der Landesregierungen von Rondônia und Mato Grosso, obwohl diese aktiv ihre Regenwälder vernichten.

Ziel der meisten Entwicklungsvorhaben ist die Förderung von natürlichen Ressourcen aus Amazonien und deren Export nach Europa, in die USA oder nach Japan. Die auf Straßenbau gerichteten Entwicklungsprojekte tragen zur Verbilligung der Erzeugung und des Transports bei und dienen damit dem Interesse der Industrieländer an billigen Rohstoffen.

Die entwicklungspolitischen Initiativen zum Schutz der brasilianischen Tropenwälder, die von der deutschen Bundesregierung und anderen Industrieländern gefördert werden, sind dagegen bisher völlig wirkungslos. Im Rahmen des 1990 von der Gruppe der Sieben (G7) vorgeschlagenen Pilotprogramms zur Bewahrung der brasilianischen Tropenwälder sind noch keine praktischen Maßnahmen durchgeführt worden. Das 1987 initiierte brasilianische Nationale Umweltprogramm hat ebenfalls keine Erfolge vorzuweisen. Andere umweltorientierte Projekte beinhalten sogar erhebliche Risiken. So sieht die globale Umweltfazilität der Weltbank die Entwicklung eines Kraftwerktyps vor, der Strom aus der Verbrennung von Eukalyptus erzeugt, obwohl die CO_2-Bilanz dieser Biomasseverstromung zweifelhaft ist.

Beispielhaft für die Erfolglosigkeit der Umweltvorhaben sind die deutschen Bemühungen. Die deutsche Bundesregierung hat seit 1988 für erste konkrete Maßnahmen zur Sicherung von Wald und Indianerschutzgebieten erst rund fünf Millionen DM ausgeben können - rund sechs Pfennig pro Bundesbürger. Diese Umweltvorhaben stagnieren vor allem aufgrund des Widerstands von Interessengruppen, die an der ungehemmten Ausbeutung Amazoniens interessiert sind.

Für die Tropenwaldpolitik der Bundesrepublik muß die Kontrolle und Überprüfung der multilateralen Entwicklungsprojekte absolute Priorität gewinnen. Da einige große Vorhaben sich noch in einer frühen Phase befinden, können noch größere ökologische und soziale Schäden vermieden werden. Darüberhinaus müssen die Außenwirtschaftsbeziehungen mit Brasilien auf ihre ökologischen und sozialen Folgen überprüft werden. Solange die Bundesrepublik Jahr für Jahr viele Millionen Tonnen rücksichtslos produzierter Rohstoffe wie Eisenerz, Soja, Aluminium, Tonerde und Holzfasern aus brasilianischen Tropenwaldregionen importiert, ist mit Pfennigbeträgen weder dem Wald noch dem Klima zu helfen.

Helmut Hagemann

Weitere Informationen gibt die Studie 'Banken, Brandstifter und Tropenwälder. Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit bei der Zerstörung der brasilianischen Tropenwälder', die erhältlich ist bei:
URGEWALD
Husarenstr.11
53117 Bonn
Fax und Tel.: 0228/674501

Herkunftsland: Afrika

In Ruanda und Liberia herrscht Bürgerkrieg. Flüchtlinge aus diesen Ländern können nicht abgeschoben werden. Nicht, weil die bundesdeutschen Behörden um das Leben der Abzuschiebenden fürchteten, sondern weil es keine Flüge dorthin gibt. Die Gefahr für die Flugzeugbesatzung wäre zu groß.

Diese Abschiebehindernisse wollen jedoch Regierungspräsidien und Grenzschutz jetzt aufheben. Die Behörden handeln nach einem sich wiederholenden Prinzip: Wenn die Flüchtlinge sich nicht ausweisen können, wird ihnen ihr angegebenes Herkunftsland nicht geglaubt. Ein Staat, in den abgeschoben werden kann, muß her.

So teilte beispielsweise das Regierungspräsidium Freiburg die Absicht mit, „den Betroffenen solange den Botschaften der afrikanischen Staaten vorzuführen, bis die wahre Staatsangehörigkeit feststehe". In Oldenburg ist diese Absicht bereits praktiziert worden: Ein dort lebender Liberianer „wurde am 11.01.1995 den Botschaften der Republik Liberia, Mali und Sierra Leone vorgeführt. Die Befragungen in den Botschaften erbrachte keine Staatszugehörigkeit. Aufgrund der Mundart in der Sprache Mendinka wurde mitgeteilt, daß es sich um einen Staatsangehörigen der Republik Gambia handeln könnte". Wegen dieser Mitteilung der Grenzschutzdirektion Koblenz an die Bezirksregierung Weser-Ems wurde der Liberianer Anfang März in Abschiebehaft genommen. Nur der Weigerung des Piloten ist es zu verdanken, daß die Abschiebung zunächst nicht durchgeführt werden konnte. Einem Flüchtling aus Ruanda blieb die Abschiebehaft bisher erspart - wegen der „unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit unzulässigen Dauer (...), da die Vorführung des Betroffenen bei den jeweiligen afrikanischen Botschaften einer umfangreichen organisatorischen Vorbereitung bedarf". Die Prozedur dieser „Vorführung" wird mit diesem Beschluß des Landgerichts Freiburg jedoch nicht in Frage gestellt. Wie erniedrigend und im Ergebnis zweifelhaft eine solche Vorführung ist, verdeutlicht ein Gedächtnisprotokoll, das zwei Liberianer aus Oldenburg formulierten. Verhöre durch verschiedene Botschaftsangehörige, lange Wartezeiten und Bewachung durch Polizisten gehören danach ebenso zu dieser Tortur wie offensichtlich willkürliche Ergebnisse. Während die Flüchtlinge zunächst zu den liberianischen Botschaftsangestellten in ihrer Muttersprache Mantingo sprachen und dann als Nicht-Liberianer deklariert wurden und sie in derselben Sprache in der Botschaft von Sierra Leone angesprochen wurden, diente schließlich genau dieses Argument der Sprache als Indiz für die gambische Staatsangehörigkeit. Daß gerade die gambische Botschaft ausgelassen wurde bei den „Vorführungen", verdeutlicht die Willkür, mit der nach einem Abschiebeziel gesucht wird.

Doch damit nicht genug: Einem der Liberianer wurde ein gambischer „Emergency Passport" ausgestellt mit der Begründung, er habe der Grenzschutzdirektion Koblenz Auskunft über seine Nationalität gegeben. Die jedoch verweist lediglich auf die „Mundart" des Flüchtlings, wobei der ausdrücklich betont, daß in Liberia sechzehn Sprachen gesprochen würden und es somit gut möglich sei, daß die Botschaftsangehörigen ihn nicht verstünden. Während Flüchtlinge ohne oder mit falschen Papieren mit Geldstrafen belegt oder gar inhaftiert werden, bedient sich der Bundesgrenzschutz auf der anderen Seite der Urkundenfälschung, um Abschiebepapiere zu besorgen.

step

EU und Weltfinanzordnung

Am 27. Juni 1994 fand anläßlich des 50.Jahrestages von Bretton Woods im Europaparlament in Brüssel eine Anhörung zur politischen Verantwortung der Europäischen Union für die internationale Finanzordnung statt. Dabei ging es im ersten Teil, zu dem u.a. auch VertreterInnen aus Brasilien, Polen und Tansania eingeladen waren, um die Auswirkungen der Welt-Finanzordnung auf eine nachhaltige Entwicklung des Südens, im zweiten Teil um die Auswirkungen auf Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit in Europa. Den Fragen und Vorschlägen der VertreterInnen der einzelnen Länder antworteten RepräsentantInnen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission.

Das Ökumenische Netzwerk Kairos Europa hat die Referate und Beiträge dieser Anhörung nun dokumentiert. Die 80seitige Broschüre „Die politische Verantwortung der Europäischen Union für die internationale Finanzordnung im Blick auf nachhaltige Entwicklung, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit", Heidelberg 1994, kann für DM 6,- plus Portokosten bestellt werden bei:

Kairos Europa
Hegenichstr.22
69124 Heidelberg

Coca '95

Die Coca-Kampagne '95, eine Initiative von 15 europäischen Organisationen, die sich besonders dem Thema Drogen und Entwicklung widmen, möchte die Drogendebatte von Vorurteilen und Mißverständnissen befreien und um einen Standpunkt bereichern, nämlich um den der CocaproduzentInnen aus Venezuela, Kolumbien, Peru, Bolivien und Chile.

Für sie ist Coca eine geheiligte Pflanze und Symbol ihrer kulturellen Identität. Sie betonen die kulturelle und religiöse Bedeutung der Pflanze, und ihre medizinischen und ernährungsphysiologischen Eigenschaften.

Vor dem Hintergrund des von den Vereinten Nationen ausgerufenen 'Jahrzehnts der indigenen Völker' ist die grundlegende Forderung der europäischen Initiative die Entkriminalisierung von Coca und deren ProduzentInnen, konkret: die Streichung des Cocablattes aus der Wiener Betäubungsmittelkonvention der Vereinten Nationen, da Coca nicht mit Kokain gleichzusetzen ist, die ProduzentInnen keine Dealer und die Konsumenten keine Süchtigen sind.

Weitere Informationen zu Coca '95 in Deutschland bei:

Informationsstelle Peru e.V.
22765 Hamburg
Nernstweg 32-34
Tel.: 040/392396

Indigenenrat in Kolumbien

Im Rahmen des CRIC (Consejo Regional Indígena del Cauca - Regionaler Indigenenrat des Cauca) initiieren VertreterInnen der indigenen Bevölkerung im Südwesten Kolumbiens Projekte zur Förderung ihrer Lebenssituation, ihrer Kultur und der ökologischen Landwirtschaft. Seit 1971 führen sie Schul-, Gesundheits-, Landwirtschafts- und Wiederaufforstungsprojekte durch.

Nun ist die kanadische Partnerorganisation eines seit acht Jahren arbeitenden Projektes nicht mehr in der Lage, das Projekt zu unterstützen, obwohl sie es weiterhin für unterstützenswert hält. Es handelt sich um ein Beratungs-, Koordinations- und Erwachsenenbildungsprojekt, das die Organisationsstrukturen des CRIC und seine Kommunikation mit anderen Organisationen verbessern soll.

Das Heinrich-Böll-Haus Lüneburg kümmert sich um die Verwaltung der Projektfinanzierung und hat bei der Europäischen Union Finanzmittel beantragt, jedoch ist die Genehmigung nicht absehbar. Das Heinrich-Böll-Haus bittet daher Gruppen, Kommunen und einzelne Interessierte um Spenden und Finanzierungsbeteiligungen.

Einen Bericht über die Geschichte des CRIC, weitere Informationen und Kontakt zu einem Referenten gibt es beim:

Heinrich-Böll-Haus
Katzenstr.2
21335 Lüneburg
Tel.: 04131/41093
Konto: 50005834/Sparkasse Lüneburg
BLZ:24050110/Stichwort: Kolumbien

Was macht die Banane unfair?

Die 'deutsche' Südfrucht hat ihren festen Platz in unseren Ernährungsgewohnheiten. Zugleich ist sie Symbol für ungerechte Handels- und Produktionsbedingungen, denn ihr Anbau in großflächigen Monokulturen hat kaum begrenzbare ökologische, soziale, kulturelle und ökonomische Folgen für die Anbauregionen und darüber hinaus.

Die 24seitige Broschüre „Cuadernos BanaFair" lenkt den LeserInnenblick nach Costa Rica, von dessen Bananenproduktion immerhin 25% in Deutschland gegessen werden. Die VerfasserInnen beschreiben die Lebens- und Arbeitsbedingungen der PlantagenarbeiterInnen, die von unsicheren Arbeitsverhältnissen, sinkenden Reallöhnen, regelmäßigem Kontakt mit chemischen Pflanzenschutzmitteln und fehlender Organisationsfreiheit geprägt sind. Auch die Probleme Abholzung, Landraub, Weitergabe der Chemikalien durch Grundwasser und Flüsse werden angesprochen. Außerdem wird aufgezeigt, wie die costaricanische Regierung die Bananengesellschaften durch ihre Arbeits-, Steuer- und Umweltgesetzgebung unterstützt.

Verfasser der Studie ist das FORO EMAUS, ein Forum von rund 40 Aktions-, Umwelt-, kirchlichen Basisgruppen und BananenarbeiterInnen-Gewerkschaften, das die grundlegende Veränderung der herkömmlichen Bananen-Exportproduktion durchsetzen will und dabei auf eine Strategie der Zusammenarbeit von Organisationen aus ProduzentInnen- und VerbraucherInnenländern setzt.

Die Broschüre liefert Basiswissen über alle wichtigen Bedingungen und Auswirkungen der großflächigen Bananenproduktion. Das Kapitel über den internationalen Bananenmarkt ist allerdings zu kurz geraten und hilft wenig, die Preisbildung am freien und am quotierten Bananenmarkt zu verstehen.

Die Broschüre und Informationen über fairen Handel mit Bananen sind erhältlich bei:

BanaFair e.V.
gebana Deutschland / Büro Süd
Langgasse 41
63571 Gelnhausen
Tel: 06051/16350
Fax: 06051/16260

Zeitschriftenschau

ila 184
Thema ist diesmal „Strukturanpassung", ein beschönigendes Schlagwort, das im wirtschaftlichen Kontext für Zwangsanpassung steht. Anhand von Mexico, eigentlich Musterschüler für die Entwicklung à la IWF, und dessen wirtschaftlichem Zusammenbruch wird stellvertretend für andere lateinamerikanische Länder das Dilemma ökonomischer Anpassung verdeutlicht. Weitere Themen u.a.: Peru: Diktatur der Korrupten * Chiapas nach der Armee-Offensive * Chile: Das „Vergessen" in einer Demokratie * Uruguay: 10 Jahre Freilassung der politischen Gefangenen. 7,- DM. Bezug: Informationsbüro Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn.

Lateinamerika Nachrichten 250
Vorweg: Es ist eine außerordentliche Leistung im Dritte-Welt-Bereich 250 Nummern herauszubringen: Hut ab! Das Schwerpunktheft heißt diesmal „Die Stadt, der Müll und das Leben", mit Berichten zu Buenos Aires, Caracas, Lima und Managua und all ihren Problemen wie Armut, Hektik, Abfall, Dekadenz der Metropolen. Die Länderberichte fallen wie gewohnt vielfältig aus, mit Betonung auf Argentinien diesmal. Weitere Themen: Mexiko: Hunger als Waffe * Brief des Subcomandante Marcos an die Solibewegung. 6,- DM. Bezug: Lateinamerika-Nachrichten, Gneisenaustr. 29, 10961 Berlin.

Vehement Standpunkte 1/95
Das Thema Sextourismus wird in diesem Sonderheft umfassend und kompetent behandelt. Die außergewöhnlich weit gespannte Palette reicht von den ökonomischen Ursachen über die Situation der im Sextourismus Tätigen, den Folgeerscheinungen wie Kinderprostitution und zunehmende Abhängigkeit bis hin zu rechtlichen Aspekten. Besonders wertvoll ist die Thematisierung des Zusammenhangs mit den Nord-Süd-Beziehungen, da viele Abhandlungen sonst bei moralischen Gesichtspunkten stehenbleiben. Preis: 10,- zuzgl. Porto. Bezug: Vehement, Remigiusstr. 21, 50937 Köln.

Kunsthandwerk im alternativen Handel
Die Broschüre faßt Informationen zu Organisationen zusammen, die mit KunsthandwerkerInnen in Süd- und Südostasien Handel treiben. Sie ist als Nachschlagewerk zu Firmen, Initiativen und Projekten gedacht, aber auch als Grundlage für die kritische Auseinandersetzung mit dem alternativen „Dritte-Welt-Handel". Preis 4,- DM. Bezug: Laden im Dritte-Welt-Haus Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld.

Bolivia 108
Das neue Heft enthält, neben den aktuellen Berichten zu Bolivien, zwei Beiträge, die auch für Nicht-Insider von Interesse sein können: 'Bolivien und der Sozialgipfel in Kopenhagen' und 'Ethno-Öko-Tourismus - auf der ITB 1995'. Weitere Themen: Coca und die Alternative Entwicklung - ein Scheitern? * Abkommen mit dem IWF für 1995-1997 * Gasexport nach Chile* Preis: 3,- DM. Bezug: Bolivia, Kottbusser Damm 101, 10967 Berlin.

Brasilien Rundbrief März '95
Der Schwerpunkt des Heftes ist auf den ersten Blick (und wie es der Titel „Briefe, Bücher, Bildende Kunst" nahelegt) rein kultureller Art und nähert sich über die kulturelle Schiene der südamerikanischen Realität. Dennoch geht es auch um Politik, genauer um die Indianerpolitik Brasiliens allgemein und speziell im Norden. „Briefe" bedeutet hier auch eine Briefaktion zu den Zuständen in Raposa. Das Heft versteht sich als Ergänzung zu dem Buch „Die Hoffnung stirbt als Letzte - Handbuch brasiliansicher Wirklichkeit". Preis des Rundbriefs: 6,50DM in Briefmarken. Bezug: Brasilien Initiative, In den Weihermatten 27, 79108 Freiburg.

Zeitschrift für Kulturaustausch 1/95
Im Themenheft „Migration und kultureller Wandel" soll das Augenmerk auf den kulturellen Hintergrund der Flüchtlingsproblematik gelenkt werden, der oft hinter politischen Debatten zurückstehen muß. Dabei geht es den HerausgeberInnen durchaus um die Herausforderungen an beide Seiten, MigrantInnen wie Aufnahmeländer. Aber auch die Ursachen und Folgen von Migration werden thematisiert. Preis: 12,- DM. Bezug: Institut für Auslandsbeziehungen, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart.

Tagungshinweise

Ein Seminar zum Thema **„Islam und Frauen - Frauen und Islam in Deutschland"** bietet das AKE-Bildungswerk vom **23. - 25.6.** an. Vorgesehen sind Vorträge zur Geschichte und zur Frauenrolle des Islam. Ziele des Seminars sind es, differenziertere Informationen jenseits der Reduzierungen auf den Fundamentalismus zu vermitteln und ein besseres „multikulturelles" Zusammenleben in Deutschland. Infos und Anmeldungen bei Jugendhof Vlotho, Oeyenhausener Str. 1, 32606 Vlotho, Tel.: 05733/923-311.

Die BUKO-Agrar-Koordination widmet sich einem normalerweise in Verbindung mit Biotechnologie thematisierten Problem, der biologischen Vielfalt: Unter dem Motto **„Früher schmeckten die Äpfel besser"** soll in einem Einführungsseminar vom **23.-25.6.** auf die Folgen der „modernen" Landwirtschaft hingewiesen werden. Dies im Vorfeld der 4. technischen Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen in Leipzig 1996. Anmeldungen nur noch bis zum 10.6. bei: BUKO Agrar Koordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/392526.

„Zur Entwicklung von Entwicklungsprojekten" heißt ein Seminar, das ebenfalls vom **23.-25.6.** in Berlin stattfindet. Laut Programm wird es um die Planung, Durchführung und Finanzierung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und der Solidarität gehen. Geplant sind Fachvorträge, Workshops, Finanzierungsberatung. Veranstalterin ist die Stiftung Nord-Süd-Brücken in der Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin, Tel.: 030/24063225.

Vom 28.-31.8. findet ein Seminar unter dem Titel **„Das Ende der weißen Vorherrschaft im Südlichen Afrika?"** statt. Die Veranstaltung beschäftigt sich mit den Chancen und Möglichkeiten eines nachhaltigen Wachstums in den Ländern des Südlichen Afrika nach der Abschaffung des institutionalisierten Rassismus. Infos beim Evangelischen Studentenwerk, Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte, Tel.: 02304/755211.

Eine Zeitung

von Projekten

über Projekte

Wir zeigen Contraste

Die Monatszeitung für Ökologie und Selbstverwaltung

Contraste für 10 Mark drei Monate frei Haus!

Ja, ich will dieses Schnupperabo

Name: ____________________

Straße: ____________________

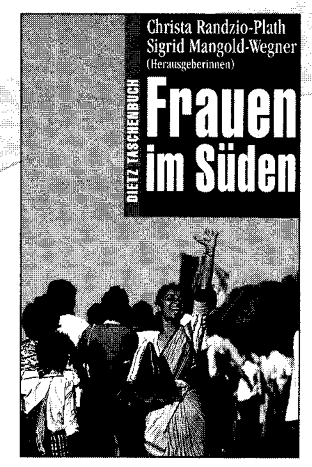
PLZ, Ort: ____________________

10,- DM in Briefmarken oder Bargeld liegt bei.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an: **CONTRASTE** Postfach 10 45 20 69035 Heidelberg

WELTWÄRTS

und nicht vergessen ...



Dietz-Tb 66, DM 19,80
öS 155,-/sFr 20,80
Ein Plädoyer für die „Feminisierung der Entwicklung" in Erfahrungsberichten und Analysen aus der 1. und 3. Welt.



Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger



Dietz-Tb 65, DM 24,80
öS 194,-/sFr 25,80
„Ärzte ohne Grenzen" berichten vom Einsatz in fünf Krisenregionen: Burundi, Ruanda, Zaire, Haiti und Bosnien. Im Zentrum des zweiten Teils steht ein humanitärer Atlas, der die Entstehung von Krisen anhand von 40 kommentierten Welt- und Regionalkarten erklärt. ARTE sendete diese Karten wochenlang in der Reihe „Mit offenen Karten".

„Fundierte, knappe Analysen zeigen Probleme und Perspektiven der wichtigsten Weltregionen und fügen sich mosaikartig zu einem Gesamtbild." Stuttgarter Nachrichten
DM 29,80/öS 233,-/sFr 30,80



Zum 50. Geburtstag der Gründung: Eine lebendig geschriebene, kritische Geschichte der Vereinten Nationen in sechs Porträts ihrer Generalsekretäre.
DM 36,-/öS 281,-/sFr 37,-

